



Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

1 | 2014



Gedenkstätte KZ
Lichtenburg Prettin



Gedenkstätte für
Opfer der NS-„Euthanasie“
Bernburg



Gedenkstätte für die
Opfer des KZ
Langenstein-Zwieberge



Gedenkstätte
ROTER OCHSE
Halle (Saale)



Gedenkstätte
Moritzplatz
Magdeburg



Gedenkstätte
Deutsche Teilung
Marienborn



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

Meine Wünsche für 2014

Georges Petit 1

Haft und Befreiung.

Ernst Reuter im Konzentrationslager Lichtenburg 1933 – 1934

Michael C. Bienert 5

Gabriel Bach – vom Flüchtling aus Deutschland zum Ankläger im Eichmann-Prozess

Jana Müller 20

Der 13. März 1925 in Halle/Saale – Polizeigewalt und die Entstehung eines politischen Märtyrers

Sebastian Merkel 33

Verschleppt bei Nacht und Nebel. Widerstand und Öffentlichkeit in der politischen Justiz des Nationalsozialismus

Markus Wegewitz 48

Die „Zeitreise-Manufaktur. Agentur für Geschichte und Kult(o)ur“ – Bildungsangebote und Dienstleistungen auch für Gedenkstätten

Benjamin Kant/ Reiner Trautmann 61

Aus der Arbeit der Stiftung 70

Rezensionen 100

Meine Wünsche für 2014

Georges Petit¹

Aus dem Französischen übersetzt von Gesine Daifi

Als ich kürzlich auf einer Versammlung ehemaliger Häftlinge unvorsichtigerweise die ausufernden Erinnerungen einiger meiner Kameraden kritisierte, gab es Protest von einer Dame, sicherlich eine Angehörige. Sie war fassungslos, derartige Worte aus dem Mund eines ehemaligen Häftlings zu hören!

Dieser groteske Zwischenfall bestimmt nun den Tonfall meiner Wünsche, die ich zum Jahresende an meine Freunde verschicken werde. Und warum, mögt ihr fragen, sollte das für diejenigen von Interesse sein, die sich nicht an diesem überflüssigen Erinnerungsfluss stören? Sie mögen mir verzeihen, ich übergehe sie nicht, sondern wünsche allen ein gutes Neues Jahr.

Georges

Liebe Freunde unter den ehemaligen Häftlingen,

2013 geht zu Ende und ein paar von uns sind noch auf dieser Welt. Hoffen wir also, dass sich dieses schon recht lange Stück noch um einen weiteren Akt verlängert!

Vor der Deportation [nach Deutschland] hatten wir uns am Widerstand gegen die totalitäre Unterdrückung beteiligt, und dieses Erleben hat unseren Mut und unsere klare Position glaubwürdig erscheinen lassen. Aber haben wir diese Klarheit dann auch später immer unter Beweis gestellt? Wir wissen, dass ein Trauma – und die Deportation war eines – bei den Betroffenen Spuren hinterlässt, die nicht mit einem Mal verblasen. Wenn das Trauma zu intensiv war, wenn es das Leben des Opfers in Gefahr gebracht hat, wenn die Verletzungen – wie bei einer massiven Erniedrigung – moralischer Art waren oder wenn das Opfer ein Gefühl der Schuld verspürte – auch wenn dieses Gefühl nur eingebildet ist –, dann wird der Mechanismus des Geistes zum Löschen dieser Erinnerungen in Gang gesetzt, damit sich das Subjekt regenerieren kann.



Georges Petit (links) mit seiner Frau und seinem Bruder (2010)

Dieser zutiefst positive Mechanismus bedingt die Abneigung von Überlebenden der Konzentrationslager, ihre Geschichte zu erzählen. Er steht in völligem Gegensatz zu dem, was man uns im Namen einer angeblichen Pflicht gern aufzwingen möchte. Diese Pflicht obliegt aber eigentlich der Gesellschaft bzw. den damit befassten Organisationen (Kriegsveteranen, Opfer rassistischer Verfolgung, Asbestopfer usw.).

Die Erinnerungsriten stellen sich als Pflichten dar, weil sie den Überlebenden aufgezwungen werden. Sie haben nur einen losen Bezug zu der Bekundung einer individuellen Erinnerung an dieselben Ereignisse und können dieser mitunter sogar gegensätzlich gegenüberstehen.

Ihr könntet mir jetzt erwidern, dass ich ja auch gerne meine Kameraden treffe, an Gedenkveranstaltungen teilnehme und somit auch irgendwie eine Art „Erinnerungspflicht“ erfülle. Aber es ist eben nicht eine Pflicht, die uns dies tun lässt. Hört uns doch einmal zu bei diesen Treffen: Nie werdet ihr uns in diesem tragischen und belehrenden Ton reden hören, den ihr von uns erwartet, denn das ist der Ton von berufsmäßigen Moralisiern. Wir genießen bei diesen Wiedersehen einfach nur das Glück, dass wir davongekommen sind. Und wenn wir unser Gedächtnis nach Erinnerungen durchforsten, dann geht es in den meisten Fällen weder um heldenhafte Handlungen noch um Augenblicke der Schwäche, sondern um lustige oder gar komische Momente. Sie halfen uns beim Überleben, denn sie bildeten ein Gegengewicht zur Todesstimmung im Lager. Es fällt uns nicht leicht, darüber zu sprechen, weil es für die [Außenstehende] befremdende Heiterkeit bestimmter Erinnerungen keinen Platz mehr im offiziellen Gedenken gibt. Dieses erlegt uns auf zu erklären, dass wir vor allem von Depression und einem Gefühl des Verfalls beherrscht wurden. Im Unterschied zu Freude lassen sich Unglück und Schmerz eben schlecht mit anderen teilen.

Was mich betrifft, so habe ich, mit mehr oder weniger Glück, aber immer mit einer klaren Position gegen die Übel angekämpft, unter denen meiner Meinung nach unsere Epoche litt. Heute kommen weitere Fehler zu den alten hinzu [und damit entstehen neue Probleme], aber wir sollen in der Pflicht stehen, fortwährend unsere Vergangenheit im Namen einer angeblichen „Erinnerungspflicht“ zu reaktivieren. Das nützt niemandem, weder uns noch sonst irgendjemandem. Hören wir also auf mit diesem Bemühen, die Zukunft an die Vergangenheit zu ketten.

Packen wir es an! Und frohes Neues Jahr!

Anmerkungen

- 1 George Petit (geb. am 6. 10. 1921 in Saint-Denis-en-Bugey / Frankreich) war vom 22. 5. 1944 bis zur Evakuierung des Lagers am 9. 4. 1945 Häftling im Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge. Nach seiner Rückkehr nach Paris im Mai 1945 arbeitete er von 1948 bis 1968 an der Zeitung „Socialisme ou barbarie“ (Sozialismus oder Barbarei) mit, wo er sich vor allem der Verurteilung der sowjetischen Lager, der Unterstützung der ungarischen Revolution 1956 und des sog. Prager Frühlings 1968 widmete. Nach Tätigkeiten in verschiedenen Bereichen nahm er ein Studium der Psychologie auf und arbeitete bis zu seinem Ruhestand im Jahr 1990 als selbständiger Psychologe in Paris. Den vorliegenden Text, dessen Veröffentlichung er freundlicherweise genehmigte, versandte George Petit als privates Grußschreiben zum Jahreswechsel 2013/2014.

Haft und Befreiung.

Ernst Reuter im Konzentrationslager Lichtenburg 1933 – 1934

Michael C. Bienert

Unter den geschätzten 8.000 bis 10.000 Häftlingen, die zwischen 1933 und 1937 im Männer-Konzentrationslager Lichtenburg inhaftiert waren¹, kommt Ernst Reuter ein besonderer Stellenwert zu. Im Gegensatz zu den Schicksalen vieler anderer Insassen, die aufgrund der schwierigen Quellenlage häufig im Dunkeln liegen, sind wir in seinem Fall sowohl über die Ursachen als auch über den Verlauf und die Bedingungen der Haftzeit relativ gut informiert. Diverse Briefe und Erinnerungsberichte, die heute vornehmlich im Landesarchiv Berlin aufbewahrt werden, dokumentieren die unterschiedlichen Facetten der Inhaftierung. Als Willy Brandt und Richard Löwenthal bald nach dem Tode Reuters im September 1953 mit der Arbeit an ihrer Biografie über den ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin begannen, der während der sowjetischen Blockade 1948/49 zur großen Symbolfigur des Kampfes der Stadt um Freiheit und Selbstbestimmung aufgestiegen war, trugen ihre Mitarbeiter aus aller Welt Materialien zusammen, die mit dessen Lebensweg in Verbindung standen.²

Die Zeit von Reuters Haft in der Lichtenburg erwies sich dabei als ein zentrales Kapitel. Ehemalige Mitgefangene, Weggefährten und Freunde wurden ausfindig gemacht, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen mitteilten, um über die politische Verfolgung unter den Nationalsozialisten zu berichten. Darüber hinaus erfolgten die Auswertung zahlreicher Zeitungen aus dem In- und Ausland und die Sichtung verfügbarer Aktenbestände in staatlichen und privaten Archiven. Auf diese Weise entstand eine sehr umfangreiche Dokumentation, deren Wert über die individuelle biografische Ebene hinausreicht.³ So lassen sich am Beispiel Ernst Reuters wichtige Erkenntnisse über die grundsätzlichen Bedingungen von Verfolgung und Terror in der Frühphase des NS-Regimes gewinnen. Zugleich weist sein Fall aber einige Besonderheiten auf, die man ebenfalls im Auge behalten muss.

Oberbürgermeister von Magdeburg (1931 – 1933)

In den Jahren 1933 und 1934 wurde Ernst Reuter zweimal in das Konzentrationslager (KZ) Lichtenburg eingeliefert. Insgesamt saß er dort siebeneinhalb Monate in Haft. Hinzu kam eine vierwöchige Untersuchungshaft im Polizeigefängnis von Magdeburg. Wer nach den Hintergründen der Gefangenschaft fragt, der wird unweigerlich bei Reuters Mitgliedschaft in der SPD fündig. Ohne Frage stand seine Verhaftung im Zusammenhang mit der Verfolgung von Andersdenkenden und Oppositionellen durch die neuen nationalsozialistischen Machthaber, die nach dem 30. Januar 1933 das politische Leben in Deutschland bestimmten.

Und dennoch erklärte das SPD-Parteibuch für sich allein genommen nicht alles. Vielmehr ging der KZ-Haft Reuters eine längere Vorgeschichte voraus. Eines ihrer wichtigsten Kapitel verband sich dabei mit dessen Tätigkeit als Oberbürgermeister von Magdeburg. Am 29. April 1931 wurde Ernst Reuter von der Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg zum neuen Stadtoberhaupt gewählt.

Er trat damit die Nachfolge von Hermann Beims an, der die Geschicke der Stadt zwölf Jahre lang sehr erfolgreich gelenkt hatte.⁴ Auch wenn Reuter später in der Rückschau mit einigem Stolz und Dankbarkeit auf die Zeit an der Elbe zurückblickte, so dürfte sie dem aufstrebenden Kommunalpolitiker zunächst wohl kaum mehr als eine Zwischentappe erschienen sein. Dem erfahrenen Berliner Verwaltungsfachmann, der als Stadtrat für Verkehr seit 1926 mit großem Geschick ein wichtiges Ressort in der Reichshauptstadt geleitet hatte, bot der Wechsel nach Magdeburg die Möglichkeit, nun die Verantwortung für eine mittlere Großstadt zu übernehmen. Die Stadt war ein wichtiger Standort der Schwerindustrie im Deutschen Reich, und sie hatte in den 1920er Jahren unter Beims eine beachtliche Modernisierung erfahren. Zudem galt das „rote“ Magdeburg als eine Hochburg der Arbeiterbewegung, namentlich der Sozialdemokratie.⁵

Gleichwohl ergaben sich aus dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 erhebliche Konsequenzen: Die Industrie erlebte einen deutlichen Rückgang, die Zahl der Arbeitslosen nahm rapide zu, die öffentlichen Schulden stiegen. Seit 1930 stand die Stadt wegen ihrer finanziellen Lage unter der Zwangsverwaltung eines Staatskommissars. Das Damoklesschwert der Zahlungsunfähigkeit hing über Magdeburg.⁶ Diese dramatische Situation bot also keineswegs die Aussicht auf leichte Erfolge, zumal Reuter, dem Neuling aus Berlin, den bislang nichts mit Magdeburg verbunden hatte, die gerade in der Kommunalpolitik so entscheidende personelle Einbindung anfangs fehlte. Zwar



Ernst Reuter als Oberbürgermeister von Magdeburg, 18. Mai 1931

konnte er sich bei seiner Wahl auf die Unterstützung durch die Fraktionen der SPD und der linksliberalen Deutschen Staatspartei in der Stadtverordnetenversammlung verlassen, aber solche Mehrheiten mussten nicht für immer dauern. In der Magdeburger Stadtpolitik war er zunächst ein „Außensteiter“⁷, dem aus dem Lager der bürgerlichen Parteien sowie von der extremen Rechten und Linken erheblicher Widerstand entgegenschlug.

Ernst Reuter begriff seine Tätigkeit daher als eine große Herausforderung und Bewährungsprobe für höhere Aufgaben. Mit Unterstützung eines Kreises an loyalen, fähigen Mitarbeitern nahm er sich der drängenden Probleme an. Pragmatisch setzte er auf eine Kooperation mit den demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung. Auf der einen Seite verfolgte er einen Sparkurs, forcierte die Umstrukturierung des kommunalen Haushalts und suchte nach neuen Einnahmemöglichkeiten. Auf der andern Seite investierte er in Infrastrukturprojekte und initiierte ein reges bürgerschaftliches Engagement, um der zunehmenden Zahl an Bedürftigen und Arbeitslosen durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, soziale Förderprojekte und praktische Hilfen entgegenzuwirken. Alle diese Maßnahmen hatten einen großen Anteil daran, dass Magdeburg die Krise trotz aller Schwierigkeiten relativ glimpflich überstand. Anfang 1933 war die Talsohle durchschritten. Mit seinem verbindlichen Auftreten und der

sachorientierten Amtsführung erwarb sich der neue Oberbürgermeister innerhalb kurzer Zeit großes Vertrauen und Ansehen unter den Magdeburgern.⁸

Auch wenn Ernst Reuter den Niedergang der Weimarer Republik nicht aufhalten konnte und die frühen 1930er Jahre in Magdeburg unter einem wachsenden politischen Radikalisierungsdruk standen, so kämpfte der SPD-Politiker mit Leidenschaft und energisch für die Verteidigung der Demokratie. Nach dem „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932⁹ zeigte er sich entschlossen, mit Einheiten der Bereitschaftspolizei und des republiktreuen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold¹⁰ nach Berlin zu ziehen, um den Staatsstreich zu beenden und die rechtmäßige preußische Regierung unter Otto Braun wieder einzusetzen. Allerdings stoppte der Parteivorstand der SPD dieses Vorhaben, weil man eine gewaltsame Eskalation der innenpolitischen Situation vermeiden wollte.¹¹

Nach der Machtübernahme Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 arbeitete die Stadtverwaltung zunächst regulär weiter. Reuters Sorge, dass die Demokraten nun zehn Jahre in die Wüste gehen würden¹², sollte sich rasch bestätigen: Einen Tag vor den anstehenden Kommunalwahlen drangen am Vormittag des 11. März SA-Gruppen in das Rathaus ein, erklärten den Oberbürgermeister für abgesetzt und zerrten ihn sowie den Stellvertreter Herbert Goldschmidt unter entwürdigenden Bedingungen aus ihren Arbeitsräumen. In einem Telegramm an Reichspräsident Paul von Hindenburg protestierte Reuter gegen die rechtswidrige Absetzung und forderte das Staatsoberhaupt dazu auf, „die Verwaltung unserer Stadt durch entsprechende Anweisungen [...] vor der Wiederholung solcher Gewalttätigkeiten und Amtsbehinderung zu schützen“.¹³ Eine Antwort blieb jedoch aus. Stattdessen wurde Reuter von den neuen Machthabern bis auf Weiteres „beurlaubt“, seine eigentliche Entlassung erfolgte Ende Juli – zu diesem Zeitpunkt befand er sich bereits in Haft.¹⁴

Inhaftierung im KZ Lichtenburg

Trotz der dramatischen Geschehnisse zog sich Ernst Reuter keineswegs ins Privatleben zurück, sondern blieb weiterhin politisch aktiv. Man werde den Kopf hoch halten, schrieb er an seine Mutter wenige Tage nach der gewaltsamen Absetzung.¹⁵ Ungeachtet aller Sorgen und Nöte klammerte er sich an die Hoffnung, dass der nationalsozialistische Spuk wie die Präsidialkabinette vorher recht bald sein Ende finden werde und dass es im Augenblick darum gehe, zu „überwintern“. Den radikalen Bruch mit dem System der Weimarer Republik, wie ihn die Nationalsozialisten anstrebten, sah er noch

nicht. Eine Flucht aus Magdeburg oder gar aus Deutschland stand für ihn deshalb nicht zur Debatte. Zuversichtlich musste ihn stimmen, dass ihm immer wieder Zeichen der Sympathie und Solidarität der Magdeburger entgegengebracht wurden. Reuter zeigte sich demonstrativ in der Öffentlichkeit und trat – soweit das möglich war – auf Veranstaltungen auf, um damit im Bild der Stadt präsent zu bleiben.¹⁶ Zu einem Zeitpunkt, als die Nationalsozialisten ihre Macht noch keineswegs gefestigt hatten und sich Vieles im Fluss befand, musste ihnen die fortdauernde Präsenz Reuters als eine Provokation erscheinen. Aus diesem Grund leiteten sie Schritte ein, um „diesen üblen marxistischen Beamten“ politisch auszuschalten.¹⁷

Nach einem ersten fehlgeschlagenen Versuch im Mai, ihn zu verhaften¹⁸, wurde er am 8. Juni 1933 ohne Haftbefehl in „Schutzhaft“ genommen und in das Gefängnis des Magdeburger Polizeipräsidioms eingeliefert.¹⁹ Eine Begründung für diesen Schritt gab es zunächst nicht. Schließlich führte man Vorwürfe ins Feld, die sich auf Reuters Tätigkeit als Volkskommissar an der Wolga im Jahr 1918 bezogen. Ihm wurde zur Last gelegt, während des Russischen Bürgerkriegs an Verbrechen gegen die dortige deutschstämmige Zivilbevölkerung beteiligt gewesen zu sein. Diese Vorwürfe waren keineswegs neu, sondern sie hatten bereits im Umfeld der Wahl zum Oberbürgermeister eine Rolle gespielt. Auch wenn die Versuche, Reuters Verhaftung auf diese Weise nachträglich zu rechtfertigen, ins Leere liefen – zu einer formalen Anklage kam es nie, vielmehr lagen eindeutige Beweise für seine Unschuld vor –, zielten die Vorwürfe darauf ab, das den Nazis verhasste Stadtoberhaupt öffentlich zu diffamieren und zu kriminalisieren.

Mehrere Wochen verbrachte Ernst Reuter im Magdeburger Polizeigefängnis, wo sich die Polizisten ihrem ehemaligen Oberbürgermeister gegenüber wohlwollend verhielten und ihm moderate Haftbedingungen ermöglichten. Seine Frau Hanna besuchte ihn in dieser Zeit täglich und es gelang ihr, unter den geschlossenen Augen der Wärter Informationen, Briefe und Dinge des alltäglichen Gebrauchs ins Gefängnis zu schmuggeln. Am 11. August 1933 folgte dann jedoch die Überstellung ins KZ Lichtenburg.

Zur Errichtung des Konzentrationslagers, das in einem mächtigen Renaissanceschloss aus dem 16. Jahrhundert in dem kleinen Städtchen Prettin nahe der Elbe untergebracht war, sowie zu seiner Bedeutung für die Herausbildung des frühen Lagersystems der Nationalsozialisten sind bereits einige wissenschaftliche Veröffentlichungen erschienen, wengleich es weiterhin einen großen Forschungsbedarf gibt.²⁰



Häftlinge auf dem Nordhof des Schlosses Lichtenburg (um 1935), Sammlung Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Das im Juni 1933 eröffnete Lager diente zunächst als Sammelstelle für politische Häftlinge und andere Gefangene im Staat Preußen. Zwischen Herbst 1933 und Sommer 1934 befanden sich unter den zwischenzeitlich bis zu 2.000 Insassen – die Belegungszahlen schwankten in dieser Zeit erheblich – zahlreiche prominente Persönlichkeiten. Zu ihnen zählten beispielsweise der ehemalige hessische Innenminister Wilhelm Leuschner, der Gewerkschafter und Reichstagsabgeordnete Carlo Mierendorff, der ehemalige Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, Hermann Lüdemann, sowie Friedrich Ebert jun., der älteste Sohn des 1925 verstorbenen ersten Reichspräsidenten. Hinzu traten eine Reihe weiterer, heute weniger bekannten Personen wie der Polizeidirektor von Schneidemühl, Erich Thiemann, oder die Oberbürgermeister von Breslau und Waldenburg, Wagner und Schubert. Sie alle repräsentierten einen nicht unerheblichen Teil der Führungsschicht der kommunalen und provincialen Verwaltung im Freistaat Preußen. Mit dem bekannten Berliner Rechtsanwalt Hans Litten kam 1934 ein weiterer erklärter Gegner des NS-Regims in die Lichtenburg: Litten hatte es gewagt, Hitler in dem Aufsehen erregenden „Edenpalast“-Prozess²¹ im Jahr 1931 als Zeugen zu laden und ihn in der Vernehmung dazu zu bringen, sich von den Erklärungen seines Berliner Gauleiters Joseph Goebbels öffentlich zu distanzieren. Für diese

Demütigung ihres „Führers“ rächten sich die Nationalsozialisten nach der „Macht-ergreifung“ grausam.²²

Als ehemaliger Oberbürgermeister von Magdeburg gehörte Ernst Reuter ebenfalls zu dem Kreis der „Prominenten“ im Lager. Hierdurch zog er die besondere Aufmerksamkeit der SS-Aufseher auf sich. Den Wachmännern waren die gegen den Häftling erhobenen Vorwürfe wegen dessen politischer Vergangenheit sowie wegen seiner angeblichen Verstrickung in den Berliner Sklarek-Skandal²³, in welchem es um eine Korruptionsaffäre um den einstigen Oberbürgermeister Gustav Böß ging, natürlich bestens bekannt. Mit-Häftlinge und Zellengenossen wie Rudolf Sichtung²⁴ berichteten später von zahlreichen Demütigungen und brutalen Übergriffen, denen Reuter ausgesetzt war. Auch von einer Scheinhinrichtung ist die Rede.²⁵ Weiter erinnerte sich Sichtung viele Jahre später an eine Episode im Sommer 1933, die die Häftlinge als „venezianische Nacht“ bezeichneten: „Eine warme Sommernacht. Alarm! Alles denkt, es brennt. Im Hemd, oder sonstwie leicht bekleidet auf den kleinen Hof. SS, Polizei ist anwesend. Wir erfahren, daß Häftlinge ausgebrochen sein sollen. Der Kommandant erscheint. In der Hand die Liste der Häftlinge, der Hof ist dunkel. Mit einer Sturmlaterne leuchtet ein SS-Mann. Der aufgerufene Name, der Häftling springt nach der anderen Seite. Der Hof ist zwecks Neupflasterung aufgerissen. Haufen von Sand und Steine liegen herum. Reuter wird aufgerufen. Mit seinem im Krieg verletzten Bein stürzt er über einen Steinhaufen. Folge: Mißhandlungen durch die SS.“²⁶

Dennoch berichtete Reuter später, dass sich selbst unter den SS-Aufsehern trotz der Brutalität, die an der Tagesordnung war, einzelne Männer den Häftlingen gegenüber einigermaßen anständig verhalten hätten. Er war fest davon überzeugt, dass es Leute gegeben habe, „die mein Leben beschützten und mir zuriefen: Reuter, Kopf hoch!, weil sie wußten, daß sie einem freien Menschen zu helfen verpflichtet waren [...]“.²⁷

Am 7. Januar 1934 wurde Reuter im Nachgang zu einer Weihnachtsamnestie²⁸ überraschend aus dem KZ entlassen. Dem unermüdlichen Einsatz seiner Frau war es zu verdanken, dass er daraufhin für mehrere Wochen in ein Wohnheim der Quäker²⁹ in den Taunus reisen konnte, um sich von den Strapazen der zurückliegenden Monate zu erholen. Dort lernte er die Engländerin Elizabeth (Elsie) Fox Howard kennen – dieser Kontakt, aus dem sich eine enge Freundschaft entwickelte, sollte in nicht ferner Zukunft eine entscheidende Rolle für sein weiteres Leben spielen.

Nach der Freilassung nahm Reuter Kontakt mit mehreren Sozialdemokraten sowie mit anderen oppositionell eingestellten Bekannten in Berlin auf. Eine koordinierte Widerstandstätigkeit ergab sich daraus allerdings nicht. Stattdessen wurde er am 16. Juni 1934 erneut von der Gestapo verhaftet und direkt in die Lichtenburg verbracht.³⁰

Nach dem Wechsel in der Lagerleitung, die nun vollständig an die SS übergegangen war, und der Einführung der Dachauer Lagerordnung Anfang Juni 1934 hatten sich dort die ohnehin schon schlechten Haftbedingungen noch einmal deutlich verschärft. Sadistische Bestrafungen und Quälereien, Dunkelarrest und Einzelhaft in dem als „Bunker“ bezeichneten Strafblock im Keller des Schlosses gehörten stärker als je zuvor zum Alltag der Häftlinge. Noch deutlicher als während der ersten Inhaftierung wurde Ernst Reuter zur Zielscheibe der Willkür und Brutalität, die offenbar nicht nur allein vom Wachpersonal, sondern ebenso von einigen Mitgefangenen ausgingen, welche zu der Gruppe der sogenannten Berufsverbrecher zählten. Die Haft zog schwere körperliche Verletzungen und gesundheitliche Schäden nach sich, deren Spuren Jahre später noch deutlich erkennbar waren.³¹

Neben den körperlichen Misshandlungen richtete die Lager-SS ihre Aufmerksamkeit auf die Demütigung des Gefangenen. So wurde ihm die Aufgabe übertragen, gemeinsam mit zwei anderen Häftlingen jeden Abend die Latrine des Lagers mit einfachen Eimern zu leeren und die Exkremate von mehreren hundert Menschen mit dem Handkarren wegzuschaffen. „Der Gestank war barbarisch“, berichtete der ehemalige Mitgefangene Henry Marx³² im August 1954, „aber vielleicht kann man dagegen abstumpfen. Reuter, so weit man dies beobachten konnte, verzog nie eine Miene und ließ sich seine Gefühle nicht anmerken. Auch uns gegenüber nicht; vielleicht befürchtete er, daß er nicht mehr weitermachen könnte, sollte er weich werden. [...] Es war eine Szene, zu deren Darstellung man den Zeichenstift eines Breughel brauchte, Worte sind nicht bildhaft genug, um dies wiederzugeben.“³³

Der Häftling Reuter war sich sicher, dass die gegen ihn gerichteten Schikanen allein den Zweck hatten, ihn zu brechen und in den Selbstmord zu treiben: „Ich denke [...] manchmal an die Tage, wo man mich in Lichtenburg in den Dunkelarrest geworfen hatte. Ich wußte wirklich nicht, was aus mir werden würde, und vielleicht neigt man in solchen Augenblicken auch dazu, schwarz zu sehen. Jedesmal, wenn die Tür rasselte, konnte es das Ende sein. Man schließt mit seinem Leben dann ab.“³⁴



Ernst Reuter mit Elizabeth Fox Howard im Quäkerheim im Taunus (Februar/März 1934)

Internationale Bemühungen um eine Freilassung

Dass Ernst Reuter die zweite KZ-Haft überlebte, hatte er dem Einsatz von mehreren Freunden und Fürsprechern im In- und Ausland zu verdanken. An erster Stelle war es aber das Verdienst seiner Ehefrau. Bereits unmittelbar nach der ersten Verhaftung setzte Hanna Reuter alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel in Bewegung, um ihn wieder freizubekommen. Mit dem Mut der Verzweiflung trug sie Informationen zusammen, sprach bei Behörden vor, schrieb Anfragen und Eingaben und aktivierte die beruflichen, privaten und gesellschaftlichen Kontakte ihres Mannes. Gegenüber den NS-Dienststellen in Magdeburg und Berlin ließ sie keinen Zweifel daran, dass sie beabsichtigte, den Fall auch im Ausland publik zu machen.³⁵

Die Reaktionen auf ihre Bemühungen fielen sehr unterschiedlich aus. So lehnte der Schriftsteller Gerhart Hauptmann, dem noch wenige Monate zuvor von der Stadt Magdeburg im November 1932 ein großer Festakt anlässlich seines 70. Geburtstags ausgerichtet worden war, einen Einsatz für den in Not befindlichen Reuter ab. Er sei davon überzeugt, hieß es in der Antwort des Nobelpreisträgers kühl, dass „auch die heutigen Mächte die Gerechtigkeit wollen“ und dass dem Inhaftierten „volle Genugtuung“ zuteil werden würde.³⁶ Trotz mancher Enttäuschungen und Rückschläge gelang es Hanna Reuter dennoch, Anteilnahme und Unterstützung zu wecken. So führte sie die erste Haftentlassung auf eine Intervention des katholischen Bischofs von Meißen, Petrus Legge, zurück.³⁷

Im Rahmen ihrer Bemühungen kam Hanna Reuter über eine Magdeburger Bekannte in den Kontakt mit den Quäkern. Nach dem Aufenthalt Ernst Reuters in dem Wohnheim der christlichen Bewegung im Taunus im Frühjahr 1934 blieb die Verbindung zwischen der Familie und Elsie Howard weiter bestehen. Infolge der zweiten Verhaftung bemühte sich Frau Reuter über den Vertreter des „Friends Service Council“ beim Berliner Sekretariat der Quäker, Corder Catchpool, sowie über Elsie Howard, in den deutschlandfreundlichen Kreisen Großbritanniens Unterstützer für ihr Anliegen zu finden. Tatsächlich griffen mehrere Zeitungen den Fall auf. Auch alte berufliche Verbindungen Reuters nach London, wo man sich an die Tätigkeit des bekannten Verkehrsstadtrats und Begründers der Berliner Verkehrs-Gesellschaft sehr wohl erinnerte, halfen dabei, den Fall bei den zuständigen Stellen in der Reichshauptstadt in Bewegung zu halten.³⁸ Zudem reiste Elsie Howard im August 1934 nach Berlin, um dort sowohl in der Gestapozentrale in der Prinz-Albrecht-Straße, im Reichspropagandaministerium als auch beim Auslandspressechef der Reichsregierung, Ernst Hanfstaengl, vorzusprechen.³⁹



Ernst Reuter nach seiner Absetzung als Oberbürgermeister im Kreis der Familie
V.l. n. r.: Ernst Reuter, Sohn Gerd, Ehefrau Hanna und Sohn Edzard

Letztlich entscheidend wurde jedoch der Einsatz des britischen Labour-Politikers Edward Lord Noel-Buxton⁴⁰. Der einflussreiche Noel-Buxton, der in den 1920er Jahren zweimal ein Ministeramt bekleidet hatte und sowohl Mitglied des Ober- als auch des Unterhauses gewesen war, verfügte über glänzende Beziehungen in London. Er gehörte zu jenem kleinen, aber gut vernetzten Kreis britischer Politiker und Gesellschaftsgrößen, die sich in den 1920er und frühen 1930er Jahren für eine Verständigung mit dem Deutschen Reich und für eine Auflockerung der Bestimmungen des Versailler Vertrages einsetzten. Der deutsche Botschafter in London, Leopold von Hoesch, schrieb im Juli 1934 an das Auswärtige Amt, dass Noel-Buxton ein prominentes Mitglied der Labour-Partei sei, dessen deutschfreundliche Gesinnung außer allem Zweifel stehe: „Lord Noel Buxton stellt für uns eine wichtige Brücke zur Linken dar und hat sich nicht gescheut, mehrfach, auch im Gegensatz zur offiziellen Parteiansicht, offen zu Gunsten von Deutschland Stellung zu nehmen.“⁴¹

Noel-Buxton nutzte im Sommer 1934 seine diplomatischen Kanäle, um sich für mehrere verhaftete Sozialdemokraten und andere Oppositionelle zu verwenden – unter ihnen Ernst Reuter. Über das Auswärtige Amt, das mit Blick auf die angestrebte Verbesserung der deutsch-britischen Beziehungen für eine Freilassung Reuters plädierte, gelangte

der Fall schließlich auf den Schreibtisch Hermann Görings. Letztlich war es der preußische Ministerpräsident und Chef der Geheimen Staatspolizei, der entschied, Reuters Namen auf die Liste der sogenannten „Hindenburg-Amnestie“ setzen zu lassen, die nach dem Tod des Reichspräsidenten am 2. August 1934 die Freilassung ausgewählter politischer Häftlinge ermöglichte.⁴²

Haftentlassung und Flucht aus Deutschland

Die zweite Entlassung Ernst Reuters aus dem KZ Lichtenburg am 1. September 1934 war also ein Erfolg sowohl des unermüdlichen und mutigen Einsatzes mehrerer Einzelpersonen als auch einer besonderen Interessenlage in den deutsch-britischen Beziehungen. Sie bildeten wiederum die Grundlage der für Reuter zwar glücklichen, letztlich aber willkürlich getroffenen Entscheidung Hermann Görings. Obwohl von der Inhaftierung gesundheitlich schwer gezeichnet, wollte der Freigelassene weiterhin in Magdeburg bleiben, weil er einen Weggang als Verrat an den inhaftierten Genossen empfand. Letzten Endes war es jedoch die Gestapo, die bereits im August 1934 entschieden hatte, dass er die Stadt verlassen müsse, um „nachteilige[n] Folgen hinsichtlich der Gefährdung des R. vorzubeugen“.⁴³ Erneut wurde eine angebliche öffentliche Empörungssstimmung gegen den ehemaligen Oberbürgermeister als Argument ins Feld geführt – in Wirklichkeit ging es jedoch schlicht darum, ihn endlich aus der Stadt zu entfernen. Auch Elsie Howard hatte von einem Gestapobeamten erfahren, Ernst Reuter müsse nun verschwinden, weil er noch zu populär sei und man daher neue Schwierigkeiten zu befürchten habe.⁴⁴

Anfang Oktober 1934 zog die Familie Reuter schließlich zu Verwandten nach Hannover. In den folgenden Wochen wurden die Vorbereitungen für eine Flucht aus Deutschland getroffen. Dank der tatkräftigen Unterstützung Elsie Howards konnte Ernst Reuter Ende Januar 1935 das Deutsche Reich über die Niederlande mit dem Ziel Großbritannien verlassen und damit seiner dritten Verhaftung zuvorkommen. Nach einigen Wochen des Wartens und Bangens erreichte ihn in London endlich das Angebot, in die Türkei überzusiedeln und in Ankara die Stelle eines Sachbearbeiters für allgemeine Tariffragen beim Wirtschaftsministerium anzutreten. Ende Mai 1935 verließ er London und begab sich auf die lange Reise. In den folgenden zwölf Jahren sollte die Türkei ihm und seiner Familie Zuflucht und eine zweite Heimat bieten.⁴⁵

Anmerkungen

- 1 Zahlen nach Ceballos, Jacqueline/Kotowski, Sven: Häftlinge und Häftlingsalltag, in: Hördler, Stefan / Jacobeit, Sigrid (Hrsg.): Dokumentations- und Gedenkort KZ Lichtenburg. Konzeption einer neuen Dauer- ausstellung für Werkstattgebäude und Bunker, Berlin 2009, S. 95.
- 2 Brandt, Willy /Lowenthal, Richard: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957.
- 3 Landesarchiv Berlin (LAB), E Rep. 200-21, Nr. 13, 17 – 29 u. 163 – 165; LAB, E Rep. 200-21-01, Nr. 46 – 47 u. 54 – 55.
- 4 Vgl. die Aufzeichnungen von E. Gustav Ferl vom 12. März 1956, in: LAB, E Rep. 200-21, Nr. 27, o. Bl.
- 5 Ausführlich dazu siehe Tullner, Mathias: Modernisierung und mitteldeutsche Hauptstadtpolitik. Das „neue Magdeburg“ 1918–1933, in: Puhle, Matthias /Petsch, Peter (Hrsg.): Magdeburg. Die Geschichte der Stadt 805–2005, Dössel 2005, S. 729–764. – Vgl. auch Nentwig, Teresa: Die Standhaften. Ernst Reuter und Magdeburg zu Beginn der 1930er-Jahre, in: Walter, Franz /Butzlaff, Felix (Hrsg.): Mythen, Ikonen, Märtyrer. Sozialdemokratische Geschichten, Berlin 2013, S. 36 f.
- 6 Vgl. Tullner, Mathias: Kommunalpolitik unter wachsendem Radikalisierungsdruck. Ernst Reuters Magdeburger Jahre 1931–1933, in: Reif, Heinz/Feichtinger, Moritz (Hrsg.): Ernst Reuter. Kommunalpolitiker und Gesellschaftsreformer 1921–1953 (= Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 81), Bonn 2009, S. 175.
- 7 Hattenhorst, Maik: Magdeburg 1933. Eine rote Stadt wird braun (= Magdeburger Schriften, Bd. 3), Halle / Saale 2010, S. 41.
- 8 Vgl. Tullner: Kommunalpolitik, in: Reif / Feichtinger 2009, S. 176–180.
- 9 Seit der Landtagswahl vom 24. April 1932 hatte die preußische Regierung keine parlamentarische Mehrheit mehr und agierte nur noch geschäftsführend. Am 20. Juli 1932 setzte Reichspräsident Paul von Hindenburg per Notverordnung die preußische Regierung unter dem seit 1920 amtierenden sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun ab und beendete damit die letzte wesentliche Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik.
- 10 Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde 1924 von Mitgliedern der SPD, der Deutschen Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen Partei sowie Gewerkschaftern in Magdeburg gegründet und wurde dann vor allem von der SPD geprägt.
- 11 Vgl. Brandt/Lowenthal 1957, S. 269 f.
- 12 Vgl. Reichhardt, Hans J. (Bearb.): Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2: Artikel, Briefe, Reden 1922 bis 1946, Berlin [West] 1973, S. 333.
- 13 Telegramm von Ernst Reuter an Paul von Hindenburg vom 11. März 1933, in: ebd., S. 417.
- 14 Vgl. Barclay, David E.: Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Ernst Reuter, Berlin 2000, S. 147.

- 15 Postkarte von Ernst Reuter an Karoline Reuter vom 17. März 1933 (Abschrift), in: LAB, E Rep. 200-21, Nr. 27, o. Bl.
- 16 Vgl. Herlemann, Beatrix: „Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten“. Das Widerstandsverhalten der SPD im Partebezirk Magdeburg-Anhalt gegen den Nationalsozialismus 1930–1945 (= Studien zur Landesgeschichte, Bd. 6), Halle/Saale 2001, S. 87 f.
- 17 Zit. nach Barclay 2000, S. 146.
- 18 Reuter hielt sich durch einen Zufall nicht in Magdeburg auf.
- 19 Ebenda.
- 20 Vgl. Endlich, Stefanie: Die Lichtenburg 1933–1939. Haftort politischer Prominenz und Frauen-KZ, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Herrschaft und Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933–1939 (= Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945, Bd. 2), Berlin 2002, S. 11–64; Hördler, Stefan / Jacobeit, Sigrid (Hrsg.): Lichtenburg. Ein deutsches Konzentrationslager, Berlin 2009. – Vgl. auch Engler, Melanie: Zur Geschichte und Entwicklung der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin, in: Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): Schwierige Orte. Regionale Erinnerung, Gedenkstätten, Museen, Halle/Saale 2013, S. 113–135.
- 21 Bei diesem Prozess standen Angehörige der SA vor Gericht, die am 22. November 1930 im Berliner Tanzlokal Edenpalast die Gäste angegriffen und drei von ihnen tödlich verletzt hatten.
- 22 Vgl. Benz, Wolfgang: Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor 1933, in: ders./Pehle, Walter H. (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes, Frankfurt am Main 1999, S. 24 f.
- 23 Es handelte sich um einen der bekanntesten Korruptionsskandale der Weimarer Republik. 1929 wurden die Brüder Willi, Leo und Max Sklarek als Inhaber einer Herrenbekleidungsfabrik und einer Textilgroßhandlung verhaftet, weil sie Lieferscheine gefälscht und die Stadt Berlin um zwei Millionen Mark betrogen hatten. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass Politiker und Beamte bei dieser Firma zu besonders günstigen Bedingungen einkaufen konnten.
- 24 Rudolf Sichtig war Schriftsetzer und SPD-Funktionär in der Region Bitterfeld.
- 25 Bericht von Rudolf Sichtig über den ersten KZ-Aufenthalt Ernst Reuters vom 18. Juli 1954, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2, S. 438.
- 26 Ebenda.
- 27 Rede Ernst Reuters auf der Kundgebung des Deutsch-Russischen Freiheitsbundes am 21. Juni 1952, zit. nach: ebenda., S. 426.
- 28 Aus propagandistischem Kalkül wurden Weihnachten 1933 auf Veranlassung Hermann Görings, preußischer Innenminister, rund 500 Häftlinge aus dem KZ Lichtenburg entlassen. Göring sah das NS-Regime Ende des Jahres 1933 soweit stabilisiert, dass er in größerem Umfang Entlassungen aus den Konzentrationslagern in die Wege leitete.

- 29 Die Quäker sind eine Mitte des 17. Jahrhunderts in England entstandene christliche Gemeinschaft.
- 30 Vgl. den Bericht von Hanna Reuter über die zweite Verhaftung ihres Mannes vom 16. Juni 1934, in: LAB, E Rep. 200-21, Nr. 13, Bl. 34 f.
- 31 Vgl. Kudret-Erköten, Leyla: Familie Reuter in Ankara, in: Erinnerungen an Ernst Reuter (= Berliner Forum, H. 6/78), Berlin [West] 1978, S. 25 f.
- 32 Der 1911 in Brüssel geborene Henry Marx wurde 1934 verhaftet und in den KZ Oranienburg sowie Lichtenburg inhaftiert. Nach seiner Freilassung emigrierte er in die USA und war dort als Journalist tätig. Er starb 1994.
- 33 Bericht von Henry Marx über die zweite KZ-Haft Ernst Reuters vom 14. August 1954, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2, S. 440 f.
- 34 Brief Ernst Reuters vom Juni 1946, zit. nach: Brandt/Lowenthal 1957, S. 287.
- 35 Vgl. Reuter, Edzard: Der schmale Grat des Lebens. Begegnungen und Begebnisse, Stuttgart u. a. 2007, S. 328.
- 36 Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2, S. 426.
- 37 Vgl. die Bemerkungen von Hanna Reuter zur Intervention des Bischofs Legge vom 29. November 1954, in: LAB, E Rep. 200-21-01, Nr. 27, o. Bl.
- 38 Vgl. Lehmann, Hans G.: Ernst Reuters Entlassung aus dem Konzentrationslager, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 487.
- 39 Vgl. Brandt/Lowenthal 1957, S. 288 f.
- 40 Noel Edward Noel-Buxton lebte von 1869 bis 1948.
- 41 Schreiben des Botschafters Leopold von Hoesch an den Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt, Vicco von Bülow-Schwante, vom 19. Juli 1934, abgedruckt in: Lehmann: Ernst Reuters Entlassung, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 503.
- 42 Vgl. ebd., S. 489-496.
- 43 Stellungnahme der Gestapo zur „Schutzhaft“ Ernst Reuters für den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring vom 18. August 1934, in: Ernst Reuter. Schriften, Reden, Bd. 2, S. 446.
- 44 Vgl. Brandt/Lowenthal 1957, S. 291.
- 45 Vgl. Möckelmann, Reiner: Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin, Berlin 2013.

Gabriel Bach – vom Flüchtling aus Deutschland zum Ankläger im Eichmann-Prozess

Jana Müller

Seit fünfzehn Jahren lädt das Alternative Jugendzentrum Dessau e.V. (AJZ) Zeitzeugen in die Stadt ein, in der sich der Hauptproduktionsstandort des Giftgases Zyklon B befand, und organisiert vor allem Begegnungen mit Jugendlichen. Diese Zeugnisse wurden von Anfang an filmisch festgehalten, so dass ein umfangreiches Zeitzeugenarchiv und bisher zwanzig Filmdokumentationen entstanden sind. Im Frühjahr 2013 erfüllte sich der langersehnte Wunsch des AJZ, Gabriel Bach mit seiner Frau Ruth aus Israel zu Gast zu haben. Zum einwöchigen Programm zählten eine öffentliche Veranstaltung im Alten Theater Dessau, Zeitzeugengespräche mit Jugendlichen in Dessau, Bernburg (in Kooperation mit der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“) und Halberstadt (in Kooperation mit der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge) sowie eine besondere Spurensuche in Köthen. Die Grundlage der folgenden Ausführungen, insbesondere der Zitate, bildet ein dreistündiges Interview, das die Autorin für das AJZ-Archiv am 1. Mai 2013 mit Gabriel Bach führte und das von Jens Jesiolkowski per Videokamera aufgezeichnet wurde.

Gerd Gabriel Bach kam 1927 als zweites Kind von Victor und Erna Bach, geborene Bensch, in Halberstadt zur Welt. An seine Geburtsstadt hat Gabriel Bach verständlicherweise keine Erinnerungen, denn: „Im Alter von zwei Monaten ist meine Familie damals nach Berlin gezogen. Mein Vater, der an sich in Bayern geboren ist, war Prokurist einer Fabrik in Halberstadt, aber die zog 1927 nach Berlin. Mein Vater war dann der Generaldirektor von dieser Fabrik, einer der größten Kupferfabriken, die es damals in Deutschland gab. Meine Mutter ist in Köthen geboren, Anhalt, und die hatte auch bei dieser Firma gearbeitet, dort haben sie sich kennengelernt. Ich habe noch eine Schwester, die ist vier Jahre vor mir auch in Halberstadt geboren.“

Die frühen Kindheitsjahre in Berlin waren schön, besonders die Wochenenden, wenn der Vater Zeit für die Familie hatte, so dass Fußball gespielt, im Grunewald spazieren gegangen oder mit dem Motorboot auf dem Wannsee gefahren werden konnte. Victor Bach sollte sich in den folgenden Jahren immer wieder als Mann mit weiser Voraussicht



Gespräch mit Gabriel Bach im Alten Theater Dessau

erweisen, der dadurch die ganze jüdische Familie rettete. „Mein Vater war auch einer der führenden Zionisten von Deutschland, einer der Begründer der zionistischen Organisation von Deutschland. Diese Erziehung bekam ich natürlich auch und dadurch, etwas ironischerweise, ging ich in die Theodor-Herzl-Schule am Adolf-Hitler-Platz in Berlin.“ Die zunehmende Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung, z. B. in Form gelber Parkbänke mit der Aufschrift „Nur für Juden“ oder die „Stürmerkästen“ mit ihren antisemitischen Hetzkampagnen erlebte Gabriel Bach bereits sehr bewusst. Inzwischen trieben die Eltern die Auswanderung voran: „Anfang '38 hatten wir schon das Haus verlassen, wir waren schon in einem Hotel und da brach die Tschechei-Krise¹ aus. Und da kam SS in unser Hotel und haben uns die Pässe weggenommen [...]. Mein Vater war ja wie gesagt ein großer Experte für die Schwerindustrie von Deutschland, und da wollte man nicht, dass er mit seinem Wissen im Ausland ist und deswegen hat man uns nicht raus gelassen. Und dann kam Chamberlain von England [...] und hat die Möglichkeit gegeben, die Tschechei zu besetzen. Und da war eine zeitweilige Entspannung, und da haben wir die Pässe zurückbekommen und konnten auswandern. Ich sage immer, wenn heute Chamberlain kritisiert wird für diese Kapitulation, rational logisch bin ich damit einverstanden, aber ich bin [es] still und leise. Uns hat es wahrscheinlich das Leben gerettet.“

Zwei Wochen nach der Ausreise in die Niederlande begann mit den reichsweiten Novemberpogromen² ein neues Kapitel in der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung, von dem auch die zurückgebliebenen Verwandten betroffen waren: „Mein Vater wollte Europa nicht verlassen, bis er nicht seine ganze Familie gerettet hat. Nach der Kristallnacht waren alle meine Onkel sowohl von der Mutterseite wie von der Vaterseite in Dachau und Buchenwald [...]. Mein Vater hat ihnen Einreisebewilligungen verschafft nach Palästina und auf die Weise hat er sie alle retten können, und sie kamen dann tatsächlich nach Palästina, noch bevor wir kamen. Aber wir sind fast steckengeblieben. Wir haben Holland verlassen einen Monat vor der deutschen Invasion 1940³, und wir fuhren dann nach Palästina auf einem Schiff, der ‚Patria‘⁴, die bei der nächsten Überfahrt versenkt wurde mit 250 Todesopfern.“ Noch vor der Ankunft in Haifa wurde die Bar Mitzwa des inzwischen 13-jährigen auf dem Schiff gefeiert. Zwanzig Jahre später sah ein Schulfreund aus der Zeit in Amsterdam im Zuge des Eichmann-Prozesses⁵ Gabriel Bach im Fernsehen und nahm Kontakt zu ihm auf. Von ihm, der untersucht hatte, was mit den jüdischen Mitschülern geschehen war, erfuhr Gabriel Bach, dass er fast der einzige bekannte überlebende jüdische Schüler seiner Klasse ist.

„Ich ging dann in Palästina in die Schule und dann habe ich in England Jura studiert. Da gab es noch keine Fakultät, Jurafakultät, in Palästina, und da hatte ich ein Stipendium [für das Studium in England] bekommen. Ich wurde dann englischer Anwalt, ein Barrister, wie die Engländer das nennen. Ich habe die Universität, University College, damals beendet [...]. Dann ist der Staat Israel entstanden und da fuhr ich zurück nach Israel und habe dort in der Armee gedient. Ich bin immer noch im Reservedienst der Armee und ich habe einen Offizierskurs mitgemacht. Ich habe dann erst gedient als allgemeiner Verteidiger vor den Militärgerichten und dann als Staatsanwalt in den Militärgerichten und dann als Richter und ich bin jetzt immer noch ein Richter des Obersten Gerichtes, des Militärgerichtes von Israel.“

Während des Armeedienstes lernte Gabriel Bach seine spätere Frau Ruth Arazi kennen. Ruths Vater, Yehuda Arazi⁶, war einer der Führer der Haganah⁷. In den 1930-er Jahren war er für die illegale Beschaffung von Waffen in Europa zuständig. Zeitweise hatte Ruth, die in Jerusalem geboren wurde, als Kind mit ihrer Mutter in Warschau gelebt, bis der Vater unmittelbar vor dem Überfall auf Polen dafür sorgte, dass beide das Land mit dem letzten Zug verließen, während er dort noch seinen Auftrag erfüllte. Nie

hat Ruth die traurigen Augen ihrer Freundin Isabella in Warschau und deren letzte Worte an sie vergessen: „Du wirst leben und ich werde sterben.“

Am 23. Mai 1960 hörte Gabriel Bach im Radio, wie David Ben Gurion⁸ die Knesset⁹ darüber informierte, dass Adolf Eichmann gefasst sei und vor Gericht gestellt werden soll. Rückblickend erinnert er sich: „Das hatte eine elektrifizierende Wirkung im ganzen Land und auch bei mir, der ich schon über Eichmann eine ganze Menge wusste, durch andere Prozesse, die ich vorher geführt hatte.“ Kurz darauf erfuhr der 33-jährige Jurist vom Justizminister, dass er für den geplanten Prozess als Ankläger vorgesehen sei. Er wurde gebeten, im Vorfeld als Rechtsberater der Polizeioffiziere, die die Ermittlungen und Voruntersuchungen zur Vorbereitung auf den Prozess führten, zu fungieren. Unweit von Haifa, in Yagur, war für Eichmann ein Gefängnis geräumt worden, indem auch Gabriel Bach sein Büro hatte. Während der Arbeitstage wohnte er in einem Hotel in Haifa und konnte nur noch die Wochenenden mit seiner Frau Ruth, Tochter Orli (geboren 1958) und Sohn Jonathan (geboren 1959) in Jerusalem verbringen.

„Ich habe ihm am Anfang [...] mitteilen lassen, dass ich nicht bereit bin, über die Vergehen zu sprechen, die ihm vorgehalten werden, dass ich aber bereit bin, mit ihm zu sprechen, wenn er irgendwelche Probleme hat, psychische oder physische, oder er will Verbindung zu seiner Familie oder seinen Anwälten, die ich bestellen soll, dann ja, aber nicht über die Vergehen, die ihm vorgehalten werden, denn dann hätte ich Zeuge sein müssen und ich wusste, ich werde einer der Ankläger sein in dem Prozess. Das wollte ich nicht verhindern. Also habe ich ihn am Anfang nicht gesehen, aber ich werde sehr oft gefragt, wie war das erste Treffen mit ihm? Das werde ich auch nie vergessen. An dem Tag saß ich in meinem Büro und habe die Autobiografie von Rudolf Höss, dem Kommandant von Auschwitz¹⁰, gelesen [...] und da las ich an dem Tag ein Kapitel, wo er geschrieben hat, wie sie viele Tage hatten, wo sie eintausend jüdische Kinder pro Tag getötet haben. Da beschrieb er, wie die Kinder manchmal gebeten hatten auf Knien, verschont zu bleiben und dann schrieb er, wenn er und seine Kollegen die Kinder in die Gaskammern stoßen mussten, da bekam er manchmal Kniezittern, aber dann hat er hinzugefügt: ‚Ich hab mich später immer geschämt über diese Schwäche von mir, nachdem ich gesprochen hatte mit Obersturmbannführer Adolf Eichmann, denn Eichmann hat mir erklärt, dass es hauptsächlich die Kinder, die jüdischen Kinder sind, die man zuerst umbringen müsste, denn wo ist die Logik, sagte er, dass man eine Generation von älteren Menschen umbringt und eine Generation von möglichen Rächern, die ja



Gabriel Bach (rechts) mit seiner Frau, seinen Kindern und seinen Eltern, undatiert

auch eine Keimzelle für die Wiedererichtung dieser Rasse bedeuten können, dass man die am Leben lässt.' Also, es war eine makabre Logik da drin, aber echt zehn Minuten nachdem ich das gelesen hatte, kam ein Polizeioffizier und sagte mir: ‚Adolf Eichmann will Sie sehen.‘ Also muss ich Euch sagen, als ich die Schritte draußen von ihm hörte, nachdem ich das gerade gelesen hatte über die Kinder und er saß mir so einen Meter gegenüber, war es nicht so leicht, eine ruhige Miene zu behalten. Also, an diesem Tag hat er sich erkundigt über die Ernennung von seinen Anwälten. Die israelische Regierung hatte erklärt, dass [...] wen immer er will für die Verteidigung, die israelische Regierung wird dafür aufkommen [...].“

Den einzelnen Polizeioffizieren, die die Ermittlungen führten, waren die europäischen Länder zugeteilt. Jeden Abend erhielt Gabriel Bach Dokumente von ihnen, die die Verfolgung, die Deportationen, die Tötungen, aber auch den Raub jüdischen Eigentums und selbst die Verwertung der Leichen bewiesen. Daraus wählte er für den Prozess relevante Beweismittel aus. Bach bezeichnet sich als heillosen Optimisten, was sich auch in den damaligen Ermittlungen niederschlug: „Wenn dann ein Dokument kam, wo irgendeiner sich an Eichmann gewandt hat mit der Bitte, irgendjemanden oder eine jüdische Familie herauszunehmen und nicht zu deportieren und nicht nach Auschwitz zu schicken [...], vergingen einige Tage, bis ich die Antwort von Eichmann sah, denn da

waren manchmal hunderte oder tausende von Dokumenten dazwischen. Und da muss ich sagen, ich hab dann nachts davon geträumt, dass irgendeiner von diesen Familien oder Menschen vielleicht mal ausgenommen wird und nicht getötet wird, aber ohne den einzigen Unterschied, ohne Ausnahme, in keinem Fall hat Eichmann sich bereit erklärt, so etwas zu akzeptieren, und er hat immer dafür gesorgt, dass die Leute in den Tod kamen.“

Aus vielen Ländern wurden Dokumente zur Verfügung gestellt, darunter hunderte, die Eichmann selbst unterzeichnet hatte. Die Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland sei sehr kooperativ gewesen, resümiert der Eichmann-Ankläger. Problematisch wirkte sich der Schatten des Kalten Krieges bei der Suche nach Beweismitteln aus. Da die Zentren der Massenvernichtung mit Giftgas in Polen gewesen waren, befanden sich dort bedeutsame Dokumente, die jedoch von der polnischen Regierung nicht zur Verfügung gestellt wurden. Dennoch spielten polnische Staatsbürger den Israelis heimlich Informationen zu. So erreichten die Ermittler u. a. viele maschinengeschriebene Seiten, die für die Jahre 1942 und 1943 die pro Tag in Auschwitz angekommenen Deportierten und davon die Zahl der ins Lager Aufgenommenen auswiesen. Aus der Differenz war somit die Anzahl der sofort in den Gaskammern Getöteten sichtbar. „Natürlich von besonderer Bedeutung für diesen Prozess, braucht man nicht betonen, aber das waren abgetippte Seiten ohne Stempel, ohne Unterschrift, ohne irgendeinen Beweis, wo das herkommt. Also man muss nicht Jurist sein, um zu verstehen, dass man so etwas in einem Prozess nicht einreichen kann.“ Deshalb überlegte Gabriel Bach, wie dennoch die Richtigkeit der Angaben bewiesen werden könnte, und unterbreitete dem Stab der Polizeioffiziere den Vorschlag, Auschwitz-Überlebende zu suchen, die ihre Häftlingsnummer auf den Arm tätowiert bekommen hatten. „Fragt sie, wann sie angekommen sind, untersucht die Nummern und dann versucht, wie das zusammengeht, mit dem was in den Dokumenten steht. Werden wir durch hunderte solcher Leute sehen, dass das wirklich stimmt, was da steht in den Dokumenten, dann können wir die Dokumente vielleicht doch akzeptabel machen.“ Ich hatte das noch nicht ausgesprochen und der Polizeioffizier, der verantwortlich war für Polen und da saß, der macht den Ärmel von seinem Hemd hoch und zeigt eine Nummer und sagt: ‚Ich bin im September 43 nach Auschwitz gekommen und das ist meine Nummer und das stimmt genau mit dem, was in den Dokumenten steht.‘ Also möchte ich betonen, ich hatte keine Ahnung, dass der Mann aus Polen kommt, ich hatte bestimmt keine Ahnung, dass er

in Auschwitz war, aber ich hatte den Eindruck, er hatte auch seinen Kollegen bei der Polizei davon nicht berichtet [...]. Polizeioffiziere sind nicht bekannt als sehr weiche Menschen, aber als dieser Mann nun das Hemd hochnahm, war auf einmal drei bis vier Minuten vollständiges Schweigen, keiner von den Polizeioffizieren hat ein Wort herausgebracht. Also das sind auch alles so Momente, die man nicht vergessen kann.“

Am 11. April 1961 wurde der Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem eröffnet. Vorsitzende Richter waren Moshe Landau, Benjamin Halevi (geboren und aufgewachsen in Weißenfels) und Yitzhak Raveh. Als zuständige Ankläger fungierten der Rechtsberater der Regierung Gideon Hausner, der stellvertretende Generalstaatsanwalt Gabriel Bach und der Staatsanwalt von Tel Aviv Jakob Bar Or.

Tief haben sich die erschütternden Aussagen Überlebender der Shoa, die als Zeugen im Prozess auftraten, in Bachs Gedächtnis eingebrannt. Einmal verschlug es ihm bei einer solchen Zeugenvernehmung im wahrsten Sinne des Wortes die Sprache. Im März 1944 besetzten deutsche Truppen Ungarn. Fast zeitgleich traf Eichmann in Budapest ein, wo er die Deportation der ungarischen Juden nach Auschwitz-Birkenau zu organisieren begann. Nach bewaffneten Aufständen im Warschauer Ghetto und in anderen Orten sollte ähnlicher Widerstand in Ungarn verhindert werden. Noch in israelischer Haft berichtete Eichmann stolz, wie er diese Aufgabe bewältigt hatte, indem er unter anderem dafür sorgte, dass die ersten Juden aus Ungarn, die in Auschwitz-Birkenau eintrafen, erst eine Postkarte aus dem Kurort „Waldsee“ an ihre Familien und Freunde schreiben mussten, bevor sie fast alle in die Gaskammern getrieben wurden. Es fand sich ein Zeuge, der im Besitz solcher Postkarte war. Dieser Überlebende war mit seiner Frau, seinem dreizehnjährigen Sohn und seiner zweieinhalb Jahre alten Tochter nach Auschwitz deportiert worden. Als Gabriel Bach ihn fragte, was mit seiner Familie passiert sei, beschrieb der Zeuge die Ankunft an der Rampe in Birkenau und die Selektion, bei der er nach rechts und seine Frau und Kinder nach links geschickt wurden. Gabriel Bach betont, dass an den Augen des Zeugen zu sehen war, dass er „zurück war in dieser Zeit damals“ und ich, die ich quasi den Zeugen dieses Zeugen des Grauens interviewte, spüre, dass Gabriel Bach in diesem Moment zurück ist im Gerichtssaal in Jerusalem im Jahr 1961. Neben sich in einem Glaskasten Eichmann und vor sich den Zeugen, an dessen Worte er sich wie folgt erinnert: „Meine Frau war verschwunden in der Menge, mein Sohn war auch verschwunden in der Menge, aber mein kleines Töchterchen, die hatte einen roten Mantel und dieser rote Punkt, der nun immer kleiner wurde, so verschwand meine ganze Familie aus meinem Leben.“



Gabriel Bach während des Eichmann-Prozesses

Bachs Tochter Orli war zu dieser Zeit ebenfalls zweieinhalb Jahre alt. Zwei Wochen vor dieser Aussage hatte Gabriel Bach ihr einen roten Mantel gekauft und einen Tag zuvor hatte seine Frau Ruth sie in diesem Mantel fotografiert. „Ich stand da und konnte plötzlich keinen Ton herausbekommen. Der Zeuge hatte sich erholt und wartete auf die nächste Frage, die Richter haben mir ein Zeichen gemacht, ich soll weitermachen, das Fernsehen war auf mir und ich fing an, mit meinen Dokumenten zu spielen und konnte kein Wort herausbringen. Also das hat vielleicht auch nur einige Minuten gedauert, bis ich mich wieder unter Kontrolle hatte. Aber ich kann Euch sagen, seitdem, ich kann bis heute in einem Fußballstadion sitzen, ich kann in einen Restaurant sein, ich kann auf der Straße gehen und kriege plötzlich Herzklopfen und drehe mich rum und sehe einen kleinen Jungen oder ein kleines Mädchen mit einem roten Mantel.“

Das Leben der Familie Bach war in der Zeit des Prozesses ganz von ihm geprägt. Der Ankläger hatte kaum Zeit für die Familie. Seine Frau Ruth hielt ihm den Rücken frei und wann immer sie konnte, war auch sie im Gerichtssaal.

Eine während des Prozesses und auch später häufig gestellte Frage bezieht sich auf die Einschätzung der von Eichmann getätigten Aussage, er halte die Tötungen für eines der schwersten Verbrechen. An sich wäre es für einen Optimisten wie Gabriel Bach vorstellbar gewesen, dass sich selbst bei einem Mann wie Eichmann die Einstellung geändert hätte oder er zumindest Reue empfand, wären da nicht die Interviews, die 1956 der niederländische nationalsozialistische Journalist Wilhelm Sassen mit ihm in Argentinien geführt hatte. Gabriel Bach zitiert aus dem Interview: „Unter anderem stellte dieser Holländer ihm die Frage: ‚Aber Herr Eichmann, tut es Ihnen nicht manchmal doch leid, was Sie getan haben?‘ Und da hat er gesagt: ‚Ja, eins tut mir leid, dass ich nicht hart genug war, dass ich nicht scharf genug war, dass ich diese verdammten Interventionisten nicht genug bekämpft habe und jetzt sehen Sie das Resultat, die Entstehung des Staates Israel und die Wiedererrichtung dieser Rasse dort.‘“ Während Sassen das Ziel verfolgte, die Opferzahlen zu verringern, prahlte Eichmann 1956 mit seinen „Leistungen“, regte sich noch immer über Verzögerungen der Deportationen auf und erinnerte sich mit Genugtuung der Zeiten, in denen alles reibungslos funktioniert hatte.¹¹ „Da habe ich mir gesagt und auch dem Gericht“, so Bach, „dass wenn er das 1956 gesagt hat, elf Jahre nach dem Krieg und jetzt fünf Jahre später, wenn er um sein Leben ringt, spricht er auf einmal über ‚schweres Vergehen in der Geschichte‘, dann bin ich berechtigt, dem keinen Glauben zu schenken.“

Das Auftreten und die Einstellung des Angeklagten während des Prozesses werden verdeutlicht durch folgende Beobachtung, die Gabriel Bach unvergesslich geblieben ist. Aus hunderten von Filmaufnahmen der Konzentrations- und Vernichtungslager war ein Dokumentarfilm für das Gericht zusammengestellt worden. Aus Fairness wurden diese Filmdokumente dem Angeklagten und seinen Verteidigern bereits einen Abend zuvor ohne die Richter gezeigt. Bach, der das Material kannte, beobachtete Eichmann: „Er war völlig stoisch, [hat] gar nicht weiter reagiert, plötzlich sprach er aber sehr erregt auf seinen Wächter ein. Als die Sache vorbei war, habe ich den Wächter gerufen: ‚Sagen Sie mal, können Sie mir sagen, warum er auf einmal so erregt war?‘ Sagt er: ‚Ja, er hat gesagt, man hätte ihm versprochen, dass man ihn nie in den Gerichtssaal nimmt, es sei denn, er hat seinen dunkelblauen Anzug an. Und hier hat man ihn genommen in seinem grauen Pullover und mit seinem grauen Anzug. Man soll ihm doch so etwas nicht versprechen, wenn man es nicht einhalten kann und er muss energisch dagegen protestieren, dass man ihn hier genommen hat in seinem grauen Anzug.‘ Das war das Einzige, was ihn berührt hat, als er diese grausigen Bilder gesehen hat. Also das war auch eigentlich ziemlich typisch für ihn.“

Am 15. Dezember 1961 erging das Urteil auf Tod durch den Strang, das am 31. Mai 1962, zwei Tage nach der Bestätigung durch das Berufungsgericht, vollstreckt wurde. Gabriel Bach ist es wichtig, Resultate des Prozesses in Israel und Deutschland hervorzuheben. Die Überlebenden der Shoa hatten in beiden Ländern erstmals Gehör gefunden. „Viele unserer jungen Menschen, die wollten nicht hören von dem Holocaust, die hatten ein gewisses Schamgefühl. Ein junger Israeli kann verstehen, dass man in einem Kampf verwundet werden kann, er kann verstehen, dass man getötet werden kann, er kann verstehen, dass man eine Schlappe erleiden kann, all das ist ihm verständlich, aber er konnte nicht verstehen, wie hunderttausende und Millionen von Menschen sich umbringen und abschlachten lassen ohne Widerstand zu leisten.“ Durch den Prozess erfuhr die Jugend, so Bach weiter, auf welche „fast wissenschaftliche“ Art und Weise der Massenmord mit Methoden wie den erwähnten Postkarten organisiert worden war, aber auch vom Widerstand wie z. B. im Warschauer Ghetto. „Und das hat auf unsere Jugend ungeheuer gewirkt und die Kinder wollten dann von der Kultur der Juden Europas hören und sie wollten die Todeslager besuchen in Polen und das war auch eine Entwicklung nach dem Eichmann-Prozess.“

„Es gab Staatsanwälte [in Deutschland], die wollten Prozesse führen, hauptsächlich gegen die Nazis, die in den Todeslagern gearbeitet hatten, aber bekamen kein Budget dafür [...], aber dann begann der Eichmann-Prozess und da begann eine Kettenreaktion von großen Prozessen, all das nach dem Eichmann-Prozess. Die Prozesse, was Auschwitz anbetrifft, Treblinka, Belzec, Sobibor, Majdanek, all diese Prozesse haben nach dem Eichmann-Prozess stattgefunden und waren indirekt ein Resultat [...]. Die Tatsache, dass wir jetzt mit großer Gründlichkeit von deutschen Richtern Berichte haben und festgesetzt wurde, was in all den Lagern vorgegangen war, das ist von besonderer Bedeutung. Vor allem zur Bekämpfung all derer, die heute bestreiten, dass jemals so etwas stattgefunden hat.“

Seine Geburtsstadt Halberstadt hatte Gabriel Bach schon mehrfach in den letzten Jahren besucht. Nach unserer Ankunft dort zog es ihn sofort zu seinem Geburtshaus. Ein besonderer Höhepunkt unserer gemeinsamen Tage im Frühling 2013 wurde jedoch die Spurensuche in der Stadt, in der die Familie mütterlicherseits gelebt hatte – Köthen. Innerhalb weniger Tage war es dank der Unterstützung des Historikers Dr. Bernd G. Ulbrich und der Lehrerin Christine Friedrich gelungen, das ehemalige Wohn- und Geschäftshaus des Onkels Arthur Benschler und zwei Familiengrabstätten auf dem Jüdischen Friedhof ausfindig zu machen. Auf dem Marktplatz der Bachstadt nahmen Christine Friedrich und Stadtführer Christian Ratzel die Namensvetter des berühmten Komponisten herzlich in Empfang. Es war ein bewegender Moment, als Gabriel Bach vor dem Grab seines Großvaters stand, der bereits vor seiner Geburt verstorben war, von dem die Großmutter Pauline Benschler aber oft in Köthen, Berlin, Amsterdam und später in Palästina/Israel gesprochen hatte: „Jeden Abend, wenn meine Schwester und ich ins Bett gingen, kam diese Großmutter zu uns und hat uns Geschichten erzählt von ihrer Jugend und von ihrem Mann Waldemar Benschler [...]. So besondere Anekdoten von der Tätigkeit in Köthen, und sie war eine sehr intelligente Frau und da hatten wir immer eine so sehr nette Unterhaltung jede Nacht, wenn wir eingeschlafen sind.“ Schließlich erfuhr Gabriel Bach durch die Aufschrift eines zweiten Grabsteines die Namen seiner Urgroßeltern: Samuel und Johanne Benschler. So wandelten wir im doppelten Sinn an diesem Tag auf den Spuren Bachs in Köthen, was natürlich im Videoarchiv des AJZ verewigt ist. Es werden für alle Beteiligten unvergessliche Tage bleiben.

Im Februar 2014 empfing mich das Ehepaar Bach in seiner Wohnung in Jerusalem. Wir verlebten einen wunderbaren gemeinsamen Tag, dessen Verlauf auch einen



Gabriel Bach am Grab seines Großvaters auf dem Jüdischen Friedhof in Köthen

Rundgang durch den Obersten Gerichtshof Israels einschloss. Bachs hatten und haben Kontakte und Begegnungen mit vielen Persönlichkeiten, darunter Paula und David Ben Gurion, Golda Meir oder Gustav Heinemann und dessen Frau. Mit Heinemanns pflegten sie zu deren Lebzeiten ein sehr freundschaftliches Verhältnis. Was Ruth und Gabriel Bach auch auszeichnet, ist, dass man keine bekannte Persönlichkeit sein muss, um ihre umfängliche Gastfreundschaft und Zuneigung zu erfahren. Bei jedem Abschied sagt Gabriel Bach stets: „Ich wünsche Ihnen nicht nur gute Gesundheit, sondern ständig gute Gesundheit.“ Ständig gute Gesundheit soll auch dem Ehepaar Bach beschieden sein.

Anmerkungen

- 1 Gemeint ist die erzwungene Abtretung des Sudetengebietes an Deutschland auf der Grundlage des Münchner Abkommens vom 30. September 1938, der eine mehrmonatige und an den Rand eines Krieges führende Krise vorausging.
- 2 In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 brannten jüdische Synagogen in ganz Deutschland. Unter der Führung von Angehörigen der SA und der SS wurden die Geschäfte jüdischer Eigentümer zerstört und geplündert, die Wohnungen jüdischer Bürger demoliert und ihre Bewohner misshandelt. Am 10. November

- folgte eine Verhaftungswelle, in deren Verlauf mehr als 30.000 jüdische Männer in Konzentrationslager verschleppt wurden.
- 3 Am 10. Mai 1940 marschierte die deutsche Wehrmacht in die neutralen Niederlande ein, die am 15. Mai 1940 kapitulierten.
 - 4 Die „Patria“ gehörte der britischen Mandatsverwaltung in Palästina und sollte im November 1940 mehrere Tausend jüdischer Flüchtlinge aus mehreren Ländern Europas von Haifa nach Mauritius bringen. Jüdische Widerstandsorganisationen versuchten dies zu verhindern, indem sie am 25. November 1940 das Schiff mittels einer Sprengung im Hafen von Haifa zum Sinken brachten.
 - 5 Das Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann fand vom 11. April bis zum 15. Dezember 1961 vor dem Bezirksgericht von Jerusalem statt.
 - 6 Yehuda Arazi wurde 1907 in Lodz (Polen) geboren und emigrierte 1924 mit seinen Eltern nach Tel Aviv. Später war er aktiv in der Haganah (vgl. Anmerkung 7) tätig. Nach der Gründung des Staates Israel arbeitete er als privater Unternehmer, bis er 1959 verstarb.
 - 7 Die Haganah (hebr. : „Verteidigung“) war eine zionistische Militärorganisation in Palästina während des britischen Mandats (1920 – 1948).
 - 8 David Ben-Gurion (1886 – 1973) war von 1948 bis 1953 und von 1955 bis 1963 israelischer Premierminister.
 - 9 Die Knesset ist das israelische Parlament.
 - 10 Rudolf Höss (1900 – 1947) war im Rang eines SS-Obersturmbannführers von Mai 1940 bis November 1943 Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz und wurde 1947 hingerichtet.
 - 11 Vgl. Cesarani, David: Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder, Berlin 2012, S. 309.

Der 13. März 1925 in Halle (Saale) – Polizeigewalt und die Entstehung eines politischen Märtyrers

Sebastian Merkel

Einleitung

Im Folgenden wird exemplarisch anhand der historischen Person Friedrich August Weineck – dem sogenannten „kleinen Trompeter“¹ – aufgezeigt, welche weitreichenden Folgen politisch motivierte Gewalt in der Weimarer Republik haben und welche Ausmaße diese annehmen konnte sowie welche Gruppierungen beteiligt waren. Nach der kurzen Schilderung des Lebensverlaufs Weinecks wird anschließend auf die Geschehnisse des 13. März 1925 im halleschen Volkspark² näher eingegangen. Dabei soll deutlich werden, dass der „Blutfreitag“³ von Halle auch Folge der unter der Polizei vorherrschenden Einstellung gegenüber Kommunisten gewesen ist. Im darauffolgenden Abschnitt wird in einem Exkurs die Stilisierung Weinecks als politischen Märtyrer thematisiert und aufgezeigt, dass der posthume Kult um seine Person nicht auf sein politisches Schaffen, sondern vielmehr auf seinen gewaltsamen Tod zurück ging. Um Weineck und das Blutbad in einen größeren Kontext zu stellen, werden abschließend die beiden mitteldeutschen Industriestädte Halle (Saale) und Magdeburg bezüglich ihrer politischen Verhältnisse und Gewaltdimensionen verglichen.

Das kurze Leben des Friedrich August Weineck

Friedrich August (genannt Fritz) Weineck wurde am 26. März 1897 als Sohn des Arbeiters Ernst Weineck und seiner Frau Friederike, geb. Rothe, in Halle/Saale geboren.⁴ Seine Jugend verbrachte der früh Halbweise gewordene Weineck wahrscheinlich unter sehr ärmlichen Verhältnissen im halleschen Stadtteil Glaucha.⁵ Er absolvierte eine Ausbildung zum Bürstenmacher, einem wenig angesehenen Beruf. Nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg kehrte er in seine Heimatstadt zurück.⁶ 1921 heiratete er in Delitz bei Halle die Arbeiterin Meta Dietze.⁷ Mit ihr hatte er ein Kind.⁸

Als sich im Sommer 1924 in Halle eine Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes (RFB) gründete, trat Weineck noch im selben Jahr ein und wurde Hornist im Spielmannszug.⁹ Dies war von zentraler Bedeutung für die posthume Mythenbildung um



DDR-Postkarte mit der Ansicht des 1958 in Halle errichteten Fritz-Weineck-Denkmal.

seine Person als „kleiner¹⁰ Trompeter“. Weinecks noch junges Leben fand am 13. März 1925, nur wenige Tage vor seinem 29. Geburtstag, ein jähes Ende. Als eine Wahlkampfveranstaltung im halleschen Volkspark aufgelöst werden sollte, schossen Polizisten in die Menschenmenge. Zehn Menschen starben, darunter Fritz Weineck.¹¹

13. März 1925: Der „Blutfreitag“ von Halle (Saale)

Nach dem Tod des Reichspräsidenten Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 waren für den 29. März 1925 Reichspräsidentenwahlen angesetzt. In diesem Zusammenhang sprach Ernst Thälmann¹², Kandidat der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), am Abend des 13. März im Halleschen Volkspark auf einer Wahlkampfveranstaltung. Nachdem Thälmann von Anhängern gegen 16 Uhr am Hauptbahnhof empfangen wurde, marschierte man gemeinsam zum Volkspark. Dort warteten schon zwischen 8.000 und 10.000 Veranstaltungsteilnehmer in- und außerhalb der verschiedenen Räumlichkeiten. Vier Hundertschaften der Polizei waren bereits vor Ort.¹³ Neben Thälmann sprachen die Landtagsabgeordnete Hedwig Krüger¹⁴, der französische Kommunist Jacques Duclos¹⁵ sowie ein englischer Genosse namens Edward Fitzgerald.

Der einsatzleitende Polizeileutnant Hellmuth Pietzker wollte das Auftreten der ausländischen Redner verhindern, befand sich jedoch zu dem Zeitpunkt nicht im Veranstaltungssaal, da er telefonisch weitere Handlungsanweisungen von Halles Polizeipräsidenten Paul Runge einholte. Als Pietzker zurückkehrte, übersetzte man gerade die Reden. Er unterbrach die Veranstaltung und versuchte die Übersetzung zu verhindern, indem er auf einen Tisch sprang, den Dolmetscher zum Schweigen aufforderte und seine Pistole zog. Bei einer Fortsetzung werde er die Veranstaltung auflösen, so Pietzker. Der aufkommende Protest sorgte für Unruhe. Für einen kurzen Moment wurde die Ruhe wieder hergestellt, als „*der Trompeter des R.F.B. [...] mehrere Male ein Signal*“¹⁶ blies. Nachdem die Teilnehmer der mehrfachen Aufforderung zur Auflösung der Versammlung keine Folge leisteten, befahl Pietzker die Räumung der Bühne. Dies stieß auf den Widerstand der Ordner des RFB, die die Polizisten zurück drängten. Es folgte eine Auseinandersetzung zwischen Ordnern und Polizei. Die Polizisten zogen auf Anweisung Pietzkers Gummiknüppel und Pistolen, worauf die Anwesenden sie mit Stühlen und Biergläsern bewarfen. Dabei wurde Pietzker an Schulter und Hals getroffen, so dass er zu Boden fiel. Unklar bleibt, ob von der Galerie wenige Schüsse auf die Polizisten abgegeben wurden.¹⁷ Fest steht hingegen, dass die im Saal befindlichen Beamten etwa eine Minute lang 60 bis 80 Schüsse in die Menge und in Richtung Galerie abgaben. Panik brach aus, die Anwesenden versuchten schnellstmöglich zu fliehen. Infolgedessen zerbrach ein Geländer im Treppenhaus und viele Fliehende fielen die Treppe herunter.¹⁸ Das traurige Ergebnis der Veranstaltung waren zehn tote Veranstaltungsteilnehmer¹⁹, wovon neun durch Polizeikugeln starben, unter ihnen Fritz Weineck. Eine Person starb in Folge von Tottrampeln der in Panik geratenen Menschenmassen.²⁰ Darüber hinaus wurden 50 bis 60 Personen schwer und etwa 100 Personen leicht durch Polizeischüsse bzw. im Gedränge verletzt.²¹ Die Polizisten hatten dagegen keine Opfer zu beklagen. Manche von ihnen erlitten leichtere Verletzungen, keiner jedoch Schusswunden.²²

An den Tagen nach dem Vorfall habe in Halle eine angespannte Atmosphäre geherrscht, erinnerte sich die damals 13jährige Tochter eines Musikers des RFB-Spielmannzuges, Gretel Schwarz, in einem Interview mit Simone Trieder zum Vorfall. Zudem habe die Polizei Menschenansammlungen immer wieder auseinander getrieben.²³ Nichtsdestotrotz hielt man zwei Tage nach dem Massaker in Halle eine Trauerkundgebung ab. Diese war nicht ausschließlich von Kommunisten besucht, auch Sozialdemokraten und Parteilose nahmen teil.²⁴ Am 19. März bahrte man die Särge der Verstorbenen im

Musikpavillon im Garten des Volksparks auf. Anschließend formierte sich eine Trauerdemonstration, die mit den Särgen zu einer eigens eingerichteten Grabstätte auf dem Gertraudenfriedhof zog.²⁵ Dort legte man Kränze mit Aufschriften, wie „Gegen den Mord – Für Thälmann“ nieder.²⁶ Laut Polizeibericht nahmen 8.000 Personen an dieser Demonstration teil, die KPD-nahe Zeitung „Klassenkampf“ sprach dagegen von 30.000 Teilnehmern.²⁷ Die Auswirkungen des Blutbades blieben nicht auf lokaler Ebene beschränkt. Auch in Berlin reagierten solidarische Arbeiter schnell. Sie organisierten Demonstrationen am 15. und 19. März, bei denen sie auf Plakaten u. a. „Rache für Halle“ forderten²⁸. So suchte die KPD den Vorfall für sich propagandistisch zu nutzen. Dagegen warfen *„die sozialdemokratische und die nationale Presse [...] der KPD vor, den blutigen Zwischenfall gezielt provoziert zu haben“*²⁹. Für solche Behauptungen gibt es keine stichhaltigen Belege. Vielmehr ist dies als ein politisch motivierter Diffamierungsversuch gegen die Kommunisten zu bewerten. Es ist der Einschätzung Schumanns zuzustimmen, dass es zwar nicht vollkommen *„auszuschließen [sei], daß einige wenige Schüsse aus Kleinkaliberwaffen auf die Polizisten abgegeben wurden. Es ist aber kaum anzunehmen, daß damit das Blutbad [...] herbeigeführt werden sollte.“*³⁰ Halles Polizeipräsident Paul Runge wurde zur Hauptzielscheibe der Kritik. Zum einen, da er sich zur Zeit des Vorfalls auf einer Dienstreise und nicht am Ort des Geschehens befand. Offenbar erwartete man von dem Polizeipräsidenten, bei größeren politischen Veranstaltungen persönlich präsent zu sein. Zum anderen, weil er eine veraltete Dienstordnung anwenden ließ, um die Veranstaltung aufzulösen. Rechtlich hatte es also keine Grundlage gegeben, die Veranstaltung aufzulösen.³¹ Als Konsequenz setzte ihn der preußische Innenminister Carl Severing schon am 17. März des Jahres ab.³² Erst Ende Mai 1925 übernahm Friedrich Oexle das Amt des Polizeipräsidenten und blieb dies bis wenige Wochen nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933.³³ Für den einsatzleitenden Polizeileutnant Pietzker dagegen hatte das Blutvergießen keine Folgen. Das gegen ihn und weitere Polizeibeamte eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde Ende Juni 1926 eingestellt.³⁴ Es liegt nahe anzunehmen, dass das Nichtbestrafen direkt beteiligter Polizeibeamter bei den kommunistisch orientierten Teilen der Arbeiterschaft zu einer gesteigerten Ablehnung gegenüber Polizei und Staat führte und in dessen Folge zur zunehmenden Radikalisierung bzw. zur Verschärfung der politischen Frontstellung beitrug. Auch die Tatsache, dass Polizeipräsident Runge Sozialdemokrat war³⁵, trug sicher nicht zu einer Entspannung des Verhältnisses von SPD und KPD

bei. Dennoch kam es nach diesem Vorfall in Halle zumindest in der Mitte der 1920er Jahre nur noch zu wenigen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und der Polizei. Bei einer Bewertung der Ereignisse des 13. März 1925 darf die Vorgeschichte in der Region nicht außer Acht gelassen werden. Vier Jahre vor dem „Blutfreitag“ hatten linke Kräfte zur „Märzaktion“ aufgerufen. Der Mitteldeutsche Aufstand des Jahres 1921 umfasste die Region um die Industriezentren Leuna, Mansfelder Land, Bitterfeld sowie Merseburg und fand somit in unmittelbarer Nähe zu Halle statt. Er wurde nach nur wenigen Tagen von Polizei und Reichswehr niedergeschlagen. Neben 145 Aufständischen starben auch 35 Polizisten. 4000 Revoltierende erhielten eine Zuchthaus-, vier weitere die Todesstrafe.³⁶ So wird der Mitteldeutsche Aufstand vielen Polizeibeamten noch negativ in Erinnerung gewesen sein. Dies trug sicherlich auch zur Festigung des kommunistischen Feindbildes der Polizei³⁷ bei. Häufig mag sich in Halle in der ersten Hälfte der 1920er Jahre aus Sicht der Staatsgewalt der Eindruck der Kommunisten als „Unruhestifter“ bestätigt haben. Immer wieder waren KPD-Anhänger in Konflikt mit anderen politischen Gruppierungen und der Polizei geraten.³⁸ Eine voreingenommene Einstellung gegenüber Kommunisten seitens der Polizei wäre demnach keineswegs überraschend. Die Zeugenaussage eines 44-jährigen Polizisten bezüglich des 13. März 1925 bestätigt diese Annahme. Der Beamte gab an, dass er zwar nicht gesehen habe, wer im Volkspark das Feuer eröffnete, dennoch war für ihn klar, „daß Schüsse zuerst von kommunistischer Seite gefallen sind.“³⁹

Auch die deutschnationale Gesinnung des Einsatzleiters Pietzker⁴⁰ und die damit verbundene politische Gegnerschaft zur KPD könnten einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Vorfall gehabt haben. Zumindest scheint eine neutrale Einstellung Pietzkers gegenüber den Kommunisten nicht gewährleistet. Darüber hinaus war Pietzker laut der Zeitzeugin Gretel Schwarz berüchtigt für sein hartes Durchgreifen und seine überzogenen Maßnahmen.⁴¹ Verletzte und möglicherweise sogar Tote schien er demnach bei seinen Einsätzen in Kauf genommen zu haben.⁴² Zudem muss festgehalten werden, dass auch Polizeipräsident Paul Runge den Kommunisten nicht unvoreingenommen gegenüberstand. So äußerte er sich in seiner Zeugenaussage zum Vorfall abwertend über „kommunistische Hetzer“, die in der Saalestadt „schon mehr als noch erträglich“⁴³ seien. Runge hatte offenbar ein gefestigtes negatives Bild von den Genossen links der SPD, das er nicht scheute in seiner Zeugenaussage von sich zu geben. Zudem lässt sich annehmen, dass er sich als Sozialdemokrat grundsätzlich an der Dominanz der

KPD unter der halleschen Arbeiterschaft⁴⁴ störte. Führt man sich vor Augen, dass eine ablehnende und mit Ressentiments beladene Einstellung gegenüber Kommunisten unter einem Teil der beteiligten Polizisten, dem Einsatzleiter und dem Polizeipräsidenten angenommen werden kann, ist es möglich, dass der „Blutfreitag“ nicht allein auf das Attackieren der Polizisten mit Stühlen und Biergläsern sowie eine allgemein chaotische Situation zurückzuführen ist. Vielmehr sollte angenommen werden, dass gerade aufgrund einer gewissen politischen Voreingenommenheit von Teilen des Polizeiapparates eine Eskalation begünstigt oder gar herausgefordert wurde. Möglicherweise wurde sogar der Verlust von Menschenleben billigend in Kauf genommen. Demnach kam die Polizei ihrer Aufgabe, neutral und absichernd aufzutreten, nicht nach. Vielmehr ist die Hauptschuld für die Tragödie bei ihr zu suchen. So ist Schumann wieder zuzustimmen, wenn er schreibt: *„Daß die Polizisten so massiv reagierten, war gewiß zum Teil das Resultat der situativen Umstände [...], aber zweifellos auch das Ergebnis eines bestimmten Bildes, das sie von ‚den Kommunisten‘ besaßen.“*⁴⁵

Exkurs: Der Märtyrer Fritz Weineck

Der gewaltsame Tod von Fritz Weineck unterscheidet sich insofern vom Tode der anderen Opfer, als Weineck in seiner Rolle als Hornist des Spielmannszuges des RFB hervorstach.⁴⁶ Damit kann Weineck eine gewisse Sonderrolle bescheinigt werden. Jedoch leiten sich daraus nicht zwangsläufig heldenhafte Taten ab. Nach einer Definition von politischen „Helden“, zu denen auch die die sehr unterschiedlichen Personen Albert Leo Schlageter und Julius Fučík stilisiert wurden, ist ein Held bzw. Märtyrer: *„Ein Einzelner oder eine Gruppe, die sich durch besonderes Verhalten, außergewöhnliche Taten und Tapferkeit hervortun, deren Handeln dem Wohle der Gemeinschaft dient, wobei dies von der Nachwelt auch so gesehen und erinnert wird.“*⁴⁷

Im Gegensatz zu Fučík sind jedoch für Weineck weder herausragende Taten oder Leistungen noch besonderer Mut überliefert.⁴⁸ Zwar ist aufgrund seiner Mitgliedschaft im RFB anzunehmen, dass er zumindest ab 1924 an diversen politischen Kundgebungen und Demonstrationen teilnahm. Ebenso ist es auch denkbar, dass er bereits im März 1921 im Zuge des Mitteldeutschen Aufstandes und/oder bei den Protestaktionen gegen den „Deutschen Tag“⁴⁹ teilnahm. Gesichert ist dies jedoch nicht. Zudem wäre aus der bloßen Teilnahme an diversen politischen Versammlungen noch kein besonders beachtliches Verhalten abzulesen. Auch fehlen Hinweise auf eine

Führungsrolle im RFB oder im Spielmannszug. Dies reiht sich in die diversen und stets positiven Erinnerungen ehemaliger Kampfgefährten aus den 1950er, 1960er und 1970er Jahren ein. So beschrieb 1972 Kurt Arndt beispielsweise seinen einstigen Genossen nicht nur als ärmlich und „bescheiden“, sondern auch als „unauffällig“.⁵⁰ Unauffällig ist in diesem Kontext sehr treffend. In keiner der vielen in der DDR produzierten Publikationen, in denen er Erwähnung fand, ist von einer konkreten und herausragenden Tat berichtet. Dies spricht umso mehr für die Annahme, dass Fritz Weineck nicht aufgrund seines eigenen politischen Schaffens, sondern aufgrund seines gewaltsamen Todes bzw. seiner „propagandistischen Eignung“ zum Märtyrer stilisiert wurde. *„Weineck ist nicht als Held gefallen“*⁵¹, jedoch wurde ihm später, d. h. in der DDR, Helden-gleiche Ehrung zuteil. Vorbildliches und beispielhaftes Verhalten spielten bei der Mythenbildung um seine Person nachweislich keine entscheidende Rolle. Demnach hätte es sich bei dem „kleinen Trompeter“ ebenso um eine beliebig andere Person aus dem proletarisch-kommunistischen Milieu Halles handeln können. Vorausgesetzt, die Person hätte eine gewisse Funktion inne gehabt, die sie insofern von den anderen Opfern unterschied, als dass sie propagandistisch hätte genutzt werden können. Vor 1933 wurde Fritz Weineck noch nicht explizit von kommunistischer Seite zum Märtyrer erklärt. Nichtsdestotrotz wurde die Beerdigung der Opfer des „Blutfreitags“ am 19. März 1925 politisch inszeniert. Obwohl die KPD in der Weimarer Republik sicherlich von der Stilisierung Weinecks zum Helden hätte profitieren können, entstand der Kult um ihn erst in den 1950er Jahren in der DDR.⁵² Am Beispiel von Fritz Weineck kann festgehalten werden, dass es für eine politische Mythenbildung nicht zwangsweise außergewöhnlicher Taten bedurfte. Neben dem vom politischen Feind verursachten gewaltsamen Tod war ein konkretes Charakteristikum notwendig, das ihn von den anderen Personen hervorhob. In diesem Falle war es seine Rolle als Hornist, der „so lieb und so gut“ seine „*Freiheitslieder*“⁵³ spielte.

Politische Konstellationen und Gewalt in Halle (Saale) und Magdeburg in der Weimarer Republik

Schon im Verlauf der Novemberrevolution von 1919 zeichneten sich in beiden Städten die politischen Verhältnisse ab, die auch in der Weimarer Republik weitgehend gültig blieben. Während in Magdeburg der Systemwechsel größtenteils friedlich und unter der Dominanz der Mehrheitssozialdemokratischen Partei Deutschland (MSPD) verlief, erfolgte der Umbruch in Halle viel turbulenter und forderte sogar einige Tote. Hier

behauptete sich die politisch weiter links stehende Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD).⁵⁴ Magdeburg etablierte sich im Verlauf der 1920er Jahre zu einem Zentrum der SPD, Halle dagegen entwickelte sich zur KPD-dominierten Region. Gleichzeitig gab es in beiden Städten auch eine nicht weniger starke national-konservative Rechte. Diese demonstrierte etwa in Halle mit 25.000 Personen gegen die Novemberrevolution 1919.⁵⁵ In Magdeburg hingegen gründete Franz Seldte noch im selben Jahr den „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“, der politisch einen ähnlichen Kurs wie die Deutsch-nationale Volkspartei (DNVP) verfolgte. Auch Halle entwickelte sich zu einer Schwerpunktregion des Stahlhelms unter der Führung von Theodor Duesterberg, jedoch mit deutlich radikaleren Zügen.⁵⁶ Zudem gründete sich 1923 in Halle mit dem „Wehrwolf. Bund deutscher Männer und Frontsoldaten“ ein weiterer rechter paramilitärischer Verband.⁵⁷

1924 gründeten vor allem SPD-Mitglieder und einige wenige Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in Magdeburg das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ mit dem Ziel der Verteidigung der Republik. Schon am ersten Jahrestag marschierten 130.000 Menschen durch die Elbestadt.⁵⁸ Die Stärke des Reichsbanners in Magdeburg ist kaum verwunderlich. Die Sozialdemokratie hatte hier nicht nur unter der Arbeiterschaft großen Rückhalt, sondern spielte auch in der Stadtpolitik eine entscheidende Rolle. Über die gesamte Zeit der Weimarer Republik wurde Magdeburg von sozialdemokratischen Oberbürgermeistern regiert und die SPD stellte stets im Stadtparlament die stärkste Fraktion. Zudem waren auch Regierungspräsidenten des Bezirks und viele Landräte SPD-Anhänger.⁵⁹ Zwar existierten auch kommunistische Gruppierungen, jedoch konnten sie keine Massenbasis für sich aufbauen.⁶⁰ In Halle regierte der deutsch-nationale Bürgermeister Robert Rive. Dort konnte die KPD viel weniger die Stadtpolitik beeinflussen, als es die SPD in Magdeburg vermochte. Die SPD hatte den Vorteil, dass nicht nur Arbeiter, sondern auch Bürgerliche ihr wohl gesonnen waren.⁶¹ Nach dem misslungenen Mitteldeutschen Aufstand 1921, der Magdeburg nicht erfasste, traten in Halle viele Arbeiter aus der KPD aus. Jedoch stieg die Mitgliederzahl der Partei in den nächsten Jahren allmählich wieder an. 1924 gründete sich eine RFB-Ortsgruppe, deren Mitgliederzahl schnell zunahm. Dagegen war die hallesche Reichsbanner-Ortsgruppe freilich kleiner.⁶²

Erhebliche Unterschiede zwischen beiden Städten lassen sich auch hinsichtlich des Ausmaßes der politischen Gewalt feststellen. In Magdeburg hielt der Stahlhelm in den

Von all un-sern Ka - me - ra - den war kei - ner so lieb und so gut, wie
 un - ser klei - ner Trom - pe - ter, ein lus - tig Rot - gar - dis - ten - blut, wie
 un - ser klei - ner Trom - pe - ter, ein lus - tig Rot - gar - dis - ten - blut.

Von all unsern Kameraden
 war keiner so lieb und so gut,
 wie unser kleiner Trompeter,
 ein lustig Rotgardistenblut,
 wie unser kleiner Trompeter,
 ein lustig Rotgardistenblut.

Da kam eine feindliche Kugel
 bei ein' so fröhlichem Spiel,
 mit einem so seligen Lächeln
 unser kleiner Trompeter, er fiel,
 mit einem so seligen Lächeln
 unser kleiner Trompeter, er fiel.

Wir saßen so fröhlich beisammen
 in einer so stürmischen Nacht,
 mit seinen Freiheitsliedern
 hat er uns so fröhlich gemacht,
 mit seinen Freiheitsliedern
 hat er uns so fröhlich gemacht.

Da nahmen wir Hacke und Spaten
 und gruben ihm morgens ein Grab.
 Und die ihn am liebsten hatten,
 die senkten ihn stille hinab,
 Und die ihn am liebsten hatten,
 die senkten ihn stille hinab.

Schlaf wohl, du kleiner Trompeter,
 wir waren dir alle so gut.
 Schlaf wohl du kleiner Trompeter,
 du lustiges Rotgardistenblut,
 Schlaf wohl du kleiner Trompeter,
 du lustiges Rotgardistenblut.

Text und Melodie des Liedes „Der kleine Trompeter“ in der Originalfassung von 1925. Die Melodie wurde von dem Soldatenlied „Von allen Kameraden“ übernommen. Der Verfasser des Textes ist unbekannt.

Jahren von 1920 bis 1925 „Reichsfrontsoldatentage“ ab⁶³ und schuf damit ein erhebliches Konfliktpotential. Dennoch kam es nicht zu Eskalationen in solchem Umfang wie etwa 1924 in Halle im Zuge der Proteste gegen den „Deutschen Tag“.⁶⁴ Für Magdeburger Verhältnisse bildeten gewalttätige Auseinandersetzungen, bei denen Schusswaffen gebraucht und viele Menschen verletzt wurden, wie im März 1931 bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten geschehen⁶⁵, eher eine Ausnahme. Zudem stieg die Intensität der Gewalt erst, als die SA zu Beginn der 1930er Jahre zunehmend als gewalttätiger Akteur in den Straßen Magdeburgs auftrat.⁶⁶ Einen Magdeburger „Bluttag“ gab es dennoch nicht.

Das Ausmaß der Gewalt in Halle war deutlich höher. Immer wieder gab es bei politischen Konflikten viele Verletzte und Tote. Dies stieg umso mehr an, als zum Ende der 1920er Jahre die SA in größerem Umfang aktiv wurde und nach und nach die anderen rechten und rechtsradikalen Organisationen verdrängte.⁶⁷ Die Ursachen dafür sind u. a. in der Tatsache zu sehen, dass die politischen Lager in Magdeburg sich weniger angespannt gegenüberstanden, weil der Stahlhelm in eben jener Stadt gemäßigter als an der Saale war und die SPD anstatt der KPD den politisch linken Flügel an der Elbe dominierte.⁶⁸ Sicherlich aber auch, weil soziale Forderungen wie im Bereich des Wohnungsbaus⁶⁹ zum Teil durch die Stadtregierung umgesetzt und dadurch sozialer Unruhe und politischer Radikalisierung entgegen gewirkt wurde.

Anmerkungen

- 1 Das „Lied vom Kleinen Trompeter“ datiert aus dem Jahr 1914 und war ursprünglich ein Soldatenlied. Den Text dichtete man nur leicht um. Aus „Fahr wohl, Husarenblut“ wurde „Ein lustig Rotgardistenblut“, der Rest des Liedtextes wurde beibehalten. Vgl. Werner, Bernd: Gutachten zur Person und zum Wirken Fritz Weinecks vom 27. 11. 1995, in: Stadtarchiv Halle/Saale, Familienakte Fritz Weineck, FA 3843, S. 5.
In den 1930er Jahren benutzten die Nationalsozialisten die Melodie zu einem Text über Horst Wessel. Das „Lied vom kleinen Trompeter“ war vor allem in der DDR weit verbreitet und gehörte zum Lehrplan der Grundschulen. So wurde auch sein Horn zur Trompete. Ersteres wurde offenbar als weniger massentauglich eingeschätzt. Das Lied wurde zu diversen Anlässen vor allem von Jungpionieren und FDJ gesungen. Darüber hinaus wurden Bildungseinrichtungen, Straßen und Plätze, militärische Einheiten etc. nach Weineck benannt. 1961 erschien von Otto Gotsche der Roman „Unser kleiner Trompeter“. Drei Jahre darauf wurde das Schicksal von Weineck unter dem Titel „Der kleine Trompeter“ verfilmt. Noch heute können sich viele in der DDR sozialisierte Menschen an das Lied erinnern, wenn auch der historische Hintergrund mittlerweile weitgehend unbekannt ist.
- 2 Der 1907 eingeweihte Volkspark war ursprünglich das Vereinshaus der SPD und wird heute für ein vielfältiges Spektrum von Veranstaltungen genutzt.
- 3 Auf Grund der Ereignisse wurde der 13. März 1925 später als „Blutfreitag“ bezeichnet.
- 4 Vgl. Klinz, Werner: „Schlaf wohl, du kleiner Trompeter“, in: Hallesches Monatsheft. Kulturspiegel für Halle und Saalekreis 8/1958, S. 391.
- 5 Im Adressbuch der Stadt Halle aus dem Jahre 1902 ist der Eintrag von Friederike Weineck versehen mit dem Zusatz „Witwe“. Der genaue Wohnort Weinecks als Jugendlicher ist aufgrund des fehlenden Aktenmaterials nicht bekannt. Vgl. Werner 1995, S. 1.
- 6 Vgl. Hirte, Christian: Ein Beispiel der politischen Mythisierungspraxis in der DDR, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): 100 Jahre Volkspark Halle. Ein Haus sucht seine Zukunft, Magdeburg 2007, S. 46.
- 7 Vgl. Werner 1995, S. 1.
- 8 Vgl. Hirte 2007, S. 46.
- 9 Vgl. Klinz 1958, S. 391.
- 10 Laut einem Zeitungsartikel soll Weineck tatsächlich eine Körpergröße von lediglich 1,52 m gehabt haben. Vgl. Der Neue Weg, Nr. 73 vom 27. 03. 1987, in: Stadtarchiv Halle/Saale, FA 3843.
- 11 Vgl. Schmuhl, Hans-Walter: Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Halle/Saale 2007, S. 85 f.; Schumann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 230 ff.; Trieder, Simone: Ein Palast für Arbeiter. 100 Jahre Volkspark Halle, Halle/Saale 2007, S. 33-39.

- 12 Ernst Thälmann (1886 –1944) war Parteivorsitzender der KPD von 1925 bis zu seiner Verhaftung im Jahr 1933. Er war kommunistischer Kandidat für die Reichspräsidentenwahlen von 1925 und 1932 und Mitglied des Reichstages von 1924 bis 1933. Thälmann wurde im August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald erschossen.
- 13 Vgl. Leidigkeit, Karl-Heinz/Hermann, Jürgen: Auf leninistischem Kurs. Geschichte der KPD-Bezirksorganisation Halle-Merseburg bis 1933, Halle (Saale) 1979, S. 211; Trieder 2007, S. 36f.
- 14 Hedwig Krüger (1882 –1938) war von 1924 –1928 Abgeordnete der KPD im preußischen Landtag. Vgl. Zeugenaussage Hellmuth Pietzker, in: LHASA, MD, C 20 Ib 2043, Bl. 26.
- 15 Jacques Duclos (1896 –1975) kam aus der Gewerkschaftsbewegung zur Kommunistischen Partei und war während des Zweiten Weltkrieges aktiv im Widerstand. Vgl. Leidigkeit/Hermann 1979, S. 211.
- 16 Zeugenaussage Johannes K., in: LHASA, MD, C 20 Ib 2043, Bl. 52. Es lässt sich nicht belegen, dass tatsächlich Fritz Weineck diese Signale abgab.
- 17 Ob Polizisten oder Veranstaltungsteilnehmer zuerst schossen bzw. ob von Seiten der Veranstaltungsteilnehmer überhaupt geschossen wurde, ist nicht mehr endgültig zu klären. Zwar wollten einige Polizeibeamte die Schützen aus dem Publikum gesehen haben, jedoch weichen die Täterbeschreibungen erheblich voneinander ab (Vgl. Zeugenaussagen Johann H. und Willi S., in: LHASA, MD, C 20 I, Ib 2043, Bl. 45, 48). Der Großteil der befragten Beamten konnte hingegen nicht sagen, welche Partei die ersten Schüsse abgegeben hatte (Vgl. Zeugenaussagen Willy K., Bruno W., Artur K., Fritz K., in: ebenda, Bl. 32, 36, 60 f.). Laut einigen Zeugenaussagen von Veranstaltungsteilnehmern eröffnete die Polizei das Feuer (Vgl. Zeugenaussagen Karl F., Arthur H., Otto H., Walter K., in: ebenda, Bl. 68 f, 71, 108).
- 18 Vgl. Schmuhl 2007, S. 85 f.; Schumann 2001, S. 230 f.; Trieder 2007, S. 34 –38.
- 19 Es handelte sich um Erich Dietz, Hans Dittmar, Kurt Eichel, Karl Fiedler, Wilhelm Härtling, Elfriede Klett, Walter Naumann, Fritz Müssel, Agnes Poppe und Fritz Weineck. Vgl. Leidigkeit/Hermann 1979, S. 212. Müssel erlag seinen Verletzungen erst einige Tage nach der Bestattung der anderen Opfer, so dass hier wahrscheinlich die Ursache für die verschiedenen Angaben zu der genauen Anzahl der Todesopfer in der Literatur zu finden ist. Vgl. Berndt, Roswitha/Buchsbaum, Ewald/Steinmann, Hans: Von all unseren Kameraden... Der kleine Trompeter und seine Zeit, Halle/Saale 1967, S. 74.
- 20 Vgl. Trieder 2007, S. 34.
- 21 Vgl. Leidigkeit/Hermann 1979, S. 212.
- 22 Vgl. Schumann 2001, S.231.
- 23 Vgl. Trieder 2007, S.41.
- 24 Vgl. Berndt / Buchsbaum / Steinmann 1967, S. 75.
- 25 Vgl. ebenda, S. 7.

- 26 Vgl. Trieder 2007, S. 41.
- 27 Vgl. Polizeibericht über die Beisetzungsfeyer, in: LHASA, MD, C 20 I, Ib 2043, Bl.100; Trieder 2007, S. 41.
- 28 Vgl. Der Rote Stern – Illustrierte Arbeiterzeitung 6, Ende März 1925, S. 2.
- 29 Schmuhl 2007, S. 85.
- 30 Schumann 2001, S. 231.
- 31 Vgl. ebenda.
- 32 Vgl. Beschluss Ruhestandversetzung Polizeipräsident Runge, in: LHASA, MD, C 20 I, Ib 467, Bl. 18.
- 33 Vgl. Personalakte Friedrich Oexle, Staatstelegramm zur Entlassung Oexles, in: LHASA, MD, C 20 I, Ib 467, Bl. 45 ff.
- 34 Vgl. Schreiben des Polizeipräsidenten von Halle an den Oberpräsidenten in Magdeburg, in: LHASA, MD, C 20 I, Ib 2043, Bl. 265.
- 35 Vgl. Schmuhl 2007, S. 85.
- 36 Vgl. Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 –1949, Bd. 4, München 2003, S. 405.
- 37 Vgl. Schumann 2001, S. 228.
- 38 Vgl. Schmuhl 2007, S. 66 f., 72 ff.; Fischer, Ruth: Stalin und der Kommunismus. Die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus, Bd. 2, Berlin 1991, S. 40, 55.
- 39 Vgl. Zeugenaussage Bruno W., in: LHASA, MD, C 20 I, Ib 2043, Bl. 36.
- 40 Vgl. Schumann 2001, S. 232.
- 41 Vgl. Trieder 2007, S. 42.
- 42 Seltsam mutet eine in seiner Zeugenaussage geäußerte Beobachtung eines Polizeimajors an. Dieser stand während der Wahlkampfveranstaltung hinter einem Deckenträger und sah demnach die Schießerei nicht. Nachdem die Veranstaltungsteilnehmer im Anfall einer „Angstpsychose“ flohen, beobachtete er, wie Pietzker mit gezogener Pistole den leeren Saal verließ: „Er fiel mir auf durch sein, trotz der vorhergegangenen Ereignisse außerordentlich ruhiges und zielbewußtes Auftreten und seine klaren Anordnungen den Beamten gegenüber.“ (Zeugenaussage Walter H., in: LHASA, MD, C 20 I, Ib 2043, Bl. 31.) Angenommen Pietzker hat seine Zeugenaussage vollkommen wahrheitsgetreu gemacht, dann wurde er kurzzeitig durch ein Bierglas außer Gefecht gesetzt, bevor kurz darauf auf ihn geschossen wurde (Zeugenaussage Polizeileutnant Pietzker, in: ebenda, Bl.25–28.). Es ist kaum nachvollziehbar, dass man nach solchen Angriffen auf die eigene Person in oben beschriebener Weise Ruhe bewahren konnte. Es stellt sich demnach die Frage, ob Pietzker wirklich wahrheitsgemäß aussagte oder derartige Gewalterfahrungen berufsbedingt gewöhnt war. Aufklären wird man dies wohl nie können. Nichtsdestotrotz reiht sich diese Beobachtung in eine ganze Reihe von seltsamen Umständen ein.

- 43 Zeugenaussage Polizeipräsident Runge, in: LHASA, MD, C 20 I, Ib 2043, Bl. 29 f.
- 44 Vgl. Tullner, Mathias: Geschichte Sachsen-Anhalts. München 2008, S. 71.
- 45 Schumann 2001, S. 232.
- 46 Werner 1995, S. 5.
- 47 Zwicker, Stefan: „Nationale Märtyrer“. Albert Leo Schlageter und Julius Fučík. Heldenkult, Propaganda und Erinnerungskultur, Paderborn 2006, S. 21.
- 48 Vgl. Werner 1995, S. 3.
- 49 Die „Deutschen Tage“ waren regelmäßig von rechten und rechtsradikalen Gruppen organisierte Aufmärsche. Die ersten solcher Veranstaltungen fanden in den frühen 1920er Jahren u. a. in Weimar, Coburg und Nürnberg statt. Als am 11. Mai 1924 ein „Deutscher Tag“ auch in Halle abgehalten wurde, kam es zwischen der Polizei und Demonstranten, die gegen den Aufmarsch protestierten, zu Auseinandersetzungen. Dabei starben mehrere Personen. Als Reaktion darauf gründeten Kommunisten nur kurze Zeit später die Halle-sche RFB-Ortsgruppe. Vgl. Schmuhl 2007, S. 72 ff.
- 50 Zit. nach Hirte 2007, S. 47.
- 51 Werner 1995, S. 4.
- 52 Vgl. Werner 1995, S. 6.
- 53 Grünefeld, H. C.: Die Revolution marschiert. Kampflieder der Unterdrückten und Verfolgten 1806 – 1930, Bd. 2, Mannheim 2006, S. 539.
- 54 Vgl. Tullner 2008, S. 71.
- 55 Vgl. Grashoff, Udo: Die Hallesche Störung. Halle (Saale) 2008, S. 42; Tullner, Mathias: Von der Reformation bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Landeshauptstadt Magdeburg/Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e. V. (Hrsg.), Magdeburg. Portrait einer Stadt, Halle (Saale) 2004, S. 151.
- 56 Vgl. Tullner, 2008, S. 72.
- 57 Vgl. Schmuhl 2007, S. 84.
- 58 Vgl. Wille, Manfred: Die Goldenen Zwanziger. Magdeburg vom Ausgang des Ersten Weltkrieges bis zum Beginn der NS-Diktatur, Magdeburg 1994, S. 37.
- 59 Vgl. Herlemann, Beatrix: Widerstand und Verfolgung der SPD in Magdeburg, in: Puhle, Matthias (Hrsg): Unterwünscht – Verfolgt – Ermordet. Ausgrenzung und Terror während der nationalsozialistischen Diktatur in Magdeburg 1933 – 1945, Magdeburg 2008, S. 113.
- 60 Vgl. Hattenhorst, Maik: Magdeburg 1933. Eine rote Stadt wird braun, Halle (Saale) 2010, S. 31 f.
- 61 Vgl. Großbörling, Thomas: Bürgerliche Parteien und der Totalitätsanspruch der SED – die Transformation des politischen Lebens 1945 – 1950, in: Freitag, Werner/Minner, Katrin (Hrsg.), Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2, Halle (Saale) 2006, S. 309.

- 62 Vgl. Schmuhl 2007, S. 60 ff, 83.
- 63 Die „Reichsfrontsoldatentage“ waren jährlich stattfindende Aufmärsche des paramilitärischen Stahlhelms. Ziel war es, Macht zu demonstrieren und gleichzeitig für die Organisation zu werben. Zunächst versammelte man sich in der Gründerstadt des Verbands, Magdeburg, später auch in anderen Städten. Diese Veranstaltungen zogen regelmäßig mehrere zehntausend Anhänger an. Vgl. Wiehle, Martin: Magdeburg Persönlichkeiten. Magdeburg 1993, S. 110.
- 64 Vgl. siehe Anmerkung 49.
- 65 Vgl. Wille 1994, S. 125.
- 66 Vgl. Tullner 2004, S. 153.
- 67 Vgl. Schmuhl 2007, S. 54 ff., 72, 84 f., 110 ff.
- 68 Vgl. Tullner 2008, S. 74.
- 69 Vgl. Wille 1994, S. 39 ff.

Verschleppt bei Nacht und Nebel. Widerstand und Öffentlichkeit in der politischen Justiz des Nationalsozialismus

Markus Wegewitz

Einleitung

Im Juli 1942 erreichte ein Brief aus der norwegischen Stadt Bergen das Büro des Oberreichsanwalts in Berlin. Die Absenderin Aud Ingebredt hatte ein sehr persönliches Anliegen: „Ich bekam Lust an Sie zu schreiben, um zu fragen ob Sie so liebenswürdig sein wollen, einige Erkundigungen über meinen Vater Birger Røsland [einzuholen – d. V.] [...] Ich bin ganz in Verzweiflung gebracht, da ich nichts von Ihnen seit beinahe 3 Monaten gehört habe.“¹ Eine Antwort erhielt sie vermutlich nicht, gehörte ihr Vater doch einer Kategorie von Gefangenen an, über deren Zustand und Verbleib in der nationalsozialistischen Justiz keine Auskunft gegeben werden durfte. Birger Røsland war im Oktober 1941 unter dem Vorwurf der Feindbegünstigung verhaftet und anschließend nach Deutschland gebracht worden. Sein Prozess vor dem Volksgerichtshof und der Weg durch die Instanzen der nationalsozialistischen Justiz unterlagen einer strikten Geheimhaltung. Selbst seine Hinrichtung am 17. September 1943 wurde nicht öffentlich bekanntgemacht, wie es nach der Logik des Abschreckungsprinzips in anderen Fällen üblich war. Der Fall Røsland war – wie bei vielen der gefangenen genommenen Widerstandskämpfer im besetzten Europa – in der juristischen Terminologie eine „Nacht-und-Nebel“-Sache (NN).

Die Idee der Deportation von Gefangenen „bei Nacht und Nebel“ ging auf die *Richtlinien für die Verfolgung von Straftaten gegen das Reich oder die Besatzungsmacht in den besetzten Gebieten* zurück, die Hitler im Oktober 1941 durch die Rechtsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht ausarbeiten ließ.² Der sog. Nacht-und-Nebel-Erlass war zunächst eine Reaktion auf die verstärkten Aktivitäten der Résistance im Widerstand gegen die deutsche Wehrmacht im besetzten Frankreich, wurde aber seit dem Dezember 1941 ebenso in Belgien, den Niederlanden und in Norwegen angewandt.³

In den Richtlinien zur konkreten Umsetzung des Erlasses, die das Oberkommando der Wehrmacht begleitend erarbeitete, wurde die Logik der „Nacht-und-Nebel“-Aktionen wie folgt begründet: „Es ist der lange erwogene Wille des Führers, daß in den besetzten

Gebieten bei Angriffen gegen das Reich oder die Besatzungsmacht den Tätern mit anderen Maßnahmen begegnet werden soll als bisher. Der Führer ist der Ansicht: Bei solchen Taten werden Freiheitsstrafen, auch lebenslange Zuchthausstrafen, als Zeichen von Schwäche gewertet. Eine wirksame und nachhaltige Abschreckung ist nur durch Todesstrafen oder durch Maßnahmen zu erreichen, die die Angehörigen und die Bevölkerung über das Schicksal des Täters im Ungewissen halten. Diesem Zwecke dient die Überführung nach Deutschland.“⁴

Das Mittel der Abschreckung und Einschüchterung, auf welches das deutsche Besatzungsregime im fortschreitenden Verlauf des Zweiten Weltkrieges immer häufiger zurückgriff, stand in Hinsicht auf die NN-Gefangenen in einem engen Zusammenhang mit dem Zugang zur öffentlichen Meinung. So wie die Aktivitäten des organisierten Widerstands gegen den Nationalsozialismus auf das Herstellen einer Gegenöffentlichkeit zu den offiziellen Verlautbarungen des Regimes abzielten, wurde gleichzeitig die Bekämpfung oppositioneller Meinungen und Medien von Justiz und Behörden vorangetrieben.

Das erklärte Ziel des Widerstandes war die Delegitimierung von Besatzungsherrschaft und Kollaboration⁵ sowie – im Falle Norwegens – die Zerstörung der Narrative einer völkischen Verwandtschaft zwischen Norwegern und Deutschen bzw. der Besetzung des Landes zur Sicherstellung der politischen Unabhängigkeit Norwegens. Viele der nach Deutschland verschleppten Widerstandskämpfer hatten sich vor ihrer Verhaftung öffentlichkeitswirksam betätigt und versucht, Alternativen zu den Medien der deutschen Besatzer und des Kollaborationsregimes zu schaffen.

Die Einflussnahme des Widerstands auf die Sphäre der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, die durch die NN-Prozesse unterbunden werden sollte, steht daher im Zentrum dieses Artikels. Es wird gefragt, mit welchen Mitteln und Medien der Widerstand auf die öffentliche Meinung Einfluss nahm, wie sich die Gegenöffentlichkeit zum Besatzungsregime gestaltete und welche Rolle die Strukturen der nationalsozialistischen Justiz bei der Bekämpfung dieses Aktes des Widerstands spielten.

Insgesamt kann im Zeitraum von 1941 bis 1944 mit ca. 7.000 NN-Gefangenen, die aus verschiedenen west- und nordeuropäischen Staaten stammten, gerechnet werden.⁶ Obwohl sich die Dokumentation dieser Fälle oft schwierig gestaltet, können im Sammlungsbestand der Gedenkstätte ROTER OCHSE in Halle zumindest vier solcher Gefangenen aus Norwegen nachgewiesen werden. Neben dem genannten Birger Røsland handelte es sich um Karl Sakarias Osland, Simon Andreas Erstad und Ivar Henning

Rasmussen-Skre. Die vier Männer gehörten der norwegischen Widerstandsorganisation von Kristian Stein an und beteiligten sich an Druck und Verteilung illegaler Zeitungen in Bergen. Im September 1943 wurden sie im damaligen Zuchthaus Halle hingerichtet.

Widerstand und Kollaboration: Reaktionen auf die deutsche Besatzungsherrschaft in Norwegen

Am 9. April 1940 begann die Militäroperation „Weserübung“, in deren Verlauf deutsche Truppen Dänemark und Norwegen innerhalb weniger Monate besetzten. Neben strategischen und wirtschaftspolitischen Gründen, die von der Generalität der Wehrmacht und der Führung der Luftwaffe vertreten wurden, waren es auch ideologisch begründete Motive, die zu Hitlers Entscheidung des Überfalls auf die beiden neutralen nordeuropäischen Staaten beitrugen. In der Rassenlehre des Nationalsozialismus galten die „nordischen Völker“ als natürlicher Teil eines „Großdeutschen Reiches“.⁷

Nach dem Ende der offiziellen Kampfhandlungen am 10. Juni 1940 und der Flucht der norwegischen Regierung ins britische Exil begann die deutsche Besatzungsmacht mit der Etablierung ihrer Strukturen. Die Verwaltung des okkupierten Norwegen bestand dann aus zwei Teilen: Josef Terboven (1898–1945) stand als „Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete“ allen zivilen Besatzungsbehörden, Justizorganen und Polizeidienststellen vor.⁸ Der militärische Bereich unterstand dem Wehrmachtbefehlshaber, ein Amt, das seit 1940 Nikolaus v. Falkenhorst (1885–1968) innehatte. Diese dualistische Konstellation führte zu Kompetenzstreitigkeiten und Intrigen, die in letzter Konsequenz sogar die Kollaboration zwischen den deutschen Behörden und den Eliten der norwegischen Gesellschaft behinderten.⁹ In Norwegen existierte zudem eine nationale faschistische Partei, die *Nasjonal Samling* (N. S.) unter dem Vorsitz von Vidkun Quisling (1887–1945), die in die Nazifizierung der norwegischen Gesellschaft eingebunden war.¹⁰

Trotz Unterstützung durch die N. S. gestaltete sich eine tiefgreifende Veränderung der norwegischen Gesellschaft im Sinne der Besatzungsmacht schwierig. Die Versuche, die verschiedenen Sektoren des norwegischen Vereins- und Verbändesystems in nationalsozialistische Massenorganisationen zu überführen, scheiterten zumeist am Widerstand der Bevölkerung. Der Gründung eines nationalsozialistischen Sportbunds im Herbst 1940 begegneten die norwegischen Athleten mit dem Boykott aller öffentlichen Wettkämpfe bis zum Kriegsende. In einer ähnlichen Weise verweigerte sich der Großteil

der Lehrer dem obligatorischen Eintritt in die 1942 gegründete staatliche Schulorganisation. Als die norwegische Kirche im Frühjahr 1942 gleichgeschaltet werden sollte, legten nahezu alle Geistlichen ihre Ämter als Pfarrer und Pastoren nieder.¹¹

Der in der Nachkriegszeit etablierte Mythos einer „Nation im Widerstand“¹² ist jedoch trotz solcher Erfolge irreführend. Vielmehr kann man sich die kollektive Reaktion auf die Besatzungsherrschaft in Norwegen als einen Flickenteppich verschiedener Bereiche zwischen Kollaboration und Widerstand vorstellen. Zahlreiche Norweger arbeiteten zwangsläufig in Betrieben, die direkt oder indirekt an der Produktion deutscher Rüstungsgüter beteiligt waren. Der Umstand, bei der Besatzungsmacht in Lohn und Brot zu stehen, hinderte viele Beschäftigte in der Rüstungsindustrie allerdings nicht an der Zusammenarbeit mit Widerstandsorganisationen. Zahlreiche Sabotageakte gegen Rüstungsbetriebe gelangen in den letzten Kriegsjahren nur unter Beteiligung der dort beschäftigten Mitarbeiter. Insofern ist es gerechtfertigt, die Trennung von Widerstand oder Kollaboration zu verwerfen und stattdessen von einer Gleichzeitigkeit von Widerstand und Kollaboration im Alltag einer besetzten Nation auszugehen.¹³ Außerhalb dieses ambivalenten Feldes des alltäglichen Zusammenlebens mit den deutschen Besatzern und ihren norwegischen Verbündeten existierte das Feld des organisierten und militärischen Widerstands. Die Mitglieder der 1940 verbotenen Norwegischen Arbeiterpartei (*Norges Kommunistiske Parti*, NKP) nutzten ihre noch vorhandenen Parteistrukturen, um ein landesweites Untergrundnetzwerk zwischen verschiedenen Widerstandszellen zu knüpfen. Auch die Geheimdienste der alliierten Mächte waren in Norwegen aktiv. Vor allem die Agenten der britischen *Special Operations Executive* (SOE) führten klandestine Aktivitäten im Hinterland der norwegischen Küste aus. Zumeist erreichten sie ihr Einsatzgebiet im Flugzeug und wurden dann per Fallschirm abgesetzt. An direkten militärischen Aktionen, wie Überfällen auf abgelegene Stellungen der Wehrmacht an der Westküste des Landes, beteiligten sich auch die Streitkräfte der norwegischen Exilregierung, die in Großbritannien stationiert waren. Schließlich muss noch auf die paramilitärische *Milorg* verwiesen werden, die innerhalb Norwegens Mitglieder zur Unterstützung einer eventuellen alliierten Invasion des Landes rekrutierte und ausbildete. Die Aktivitäten des militärischen Widerstands reichten vom Sammeln von Informationen über deutsche Truppenbewegungen und Stellungen über das Anlegen von Waffendepots bis hin zu Anschlägen auf Schiffe und Eisenbahngleise.¹⁴

Widerstand, Öffentlichkeit und illegale Presse

Der öffentliche Raum in Norwegen wurde in den 1940er Jahren vor allem durch die Massenmedien Rundfunk und Zeitung geprägt. Vor allem das Radio war dazu geeignet, die schwer zugänglichen Gebiete abseits der großen Städte des Landes mit Informationen zu versorgen. Insofern verwundert es nicht, dass der britische Militärgesamtdienst den Rundfunk schon bald nach dem deutschen Überfall als Instrument im Kampf gegen den Nationalsozialismus überall in Europa nutzte. *BBC Radio Norway*, das Programm des *BBC World Service* in norwegischer Sprache, diente auch der Exilregierung des Landes als Medium zur Verbreitung politischer Botschaften. König Haakon VII. (1872 – 1957, König seit 1905) hielt aus dem englischen Exil regelmäßig Ansprachen an das norwegische Volk. Die Radioansprachen betonten die Illegalität der Quisling-Regierung, die weder durch eine demokratische Wahl noch durch die von der norwegischen Verfassung geforderte Einsetzung durch den Monarchen an die Macht gekommen war, und riefen zum Durchhalten und passiven Widerstand auf. Die Reden brachten dem König den Status eines Symbols der nationalen Identität ein, auf das sich viele patriotische Norweger während der Besatzungsherrschaft beriefen.

Das deutsche Besatzungsregime versuchte von Beginn an in der norwegischen Medienlandschaft gegenzusteuern. Neben der Propagandastaffel der Wehrmacht in Norwegen war es vor allem die Presseabteilung im Reichskommissariat (später: Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda), die die öffentliche Meinung zu beeinflussen suchte. Neben der Beeinflussung der norwegischen Medien durch die deutschen Behörden gab es ebenfalls Fälle der Kollaboration norwegischer Journalisten und Medienunternehmer. So beteiligte sich die Redaktion des staatlichen Rundfunksenders *Norsk Rikskringkasting* nicht nur aufgrund des Zwangs der deutschen Behörden an der gewünschten Propaganda. Innerhalb des Senders gab es viele professionelle Journalisten, wie Eyvind Mehle oder Edvard Sylow-Creutz, die sich an der Kollaboration mit dem Regime aus anderen Motiven heraus beteiligten und ihre Arbeit während des Krieges als Chance zur Beförderung ihrer Karriere sahen.¹⁶

Die Bevölkerung suchte sich angesichts dieser Situation ihre eigene Lösung. Das Abhören ausländischer Radiosender kann als die am häufigsten betriebene illegale Aktivität in Norwegen während des Zweiten Weltkriegs angesehen werden.¹⁷ Die Reaktion auf das zunehmende Hören ausländischer Radiosender erfolgte im Herbst 1941 mit der

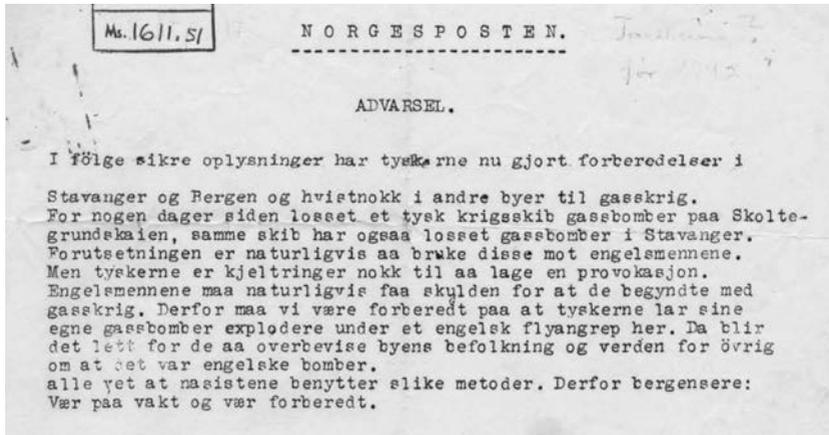
landesweiten Konfiszierung aller privaten Radioempfänger. Lediglich die Mitglieder der N. S. durften ihre Geräte weiterhin nutzen.

Die Versuche, den offiziellen nationalsozialistischen Positionen eigene Meinungen entgegenzusetzen, begannen auf der niedrigsten gesellschaftlichen Ebene. Die Verbreitung von illegalen Zeitungen und Flugblättern erfolgte meist durch kleine Gruppen auf lokaler Ebene. Eine zentrale Organisation der Herstellung illegaler Publikationen lässt sich im größeren Umfang nur für die Zeitung „Alt for Norge“ belegen, die von der schon früh im Untergrund operierenden Kommunistischen Partei Norwegens (NKP) herausgegeben wurde. Oft erreichten solche einfachen Printmedien aber nur geringe Auflagen und blieben in ihrer Zirkulation auf jene Orte beschränkt, in denen sie gedruckt wurden. Als Beispiel für die Arbeit der Widerstandsorganisationen in diesem Bereich kann die Organisation in Bergen angesehen werden, zu der auch die vier im Zuchthaus „Roten Ochsen“ hingerichteten Norweger gehörten.

Widerstand und illegale Presse in Bergen

Die Widerstandsgruppe um Kristian Stein war eine der größten ihrer Art an der Westküste Norwegens. Stein hatte zunächst seinen Beruf als Beamter auf einem Postschiff genutzt, um den Kontakt zwischen mehreren widerstandsbereiten Bekannten und Kollegen in verschiedenen Städten aufrechtzuerhalten. Der regionale Schwerpunkt der Gruppe lag in Bergen, aber sie verfügte über ein landesweites Netzwerk an Funktionsträgern und Kontakten.

Viele der Mitglieder seiner Organisation wurden von Stein in persönlichen Gesprächen rekrutiert und fügten sich in die verschiedenen Untergruppen der Organisation ein. In den Akten zu den Gerichtsprozessen, die nach der Festnahme Steins im Oktober 1941 gegen die Mitglieder der Widerstandsgruppe geführt wurden, ist dies dokumentiert.¹⁸ Im Falle von Birger Røsland kam es im Frühjahr 1941 zum ersten Treffen mit Stein. Dieser war am Rande einer Veranstaltung des N.S. in eine Schlägerei verwickelt worden und begleitete den Polizisten Røsland anschließend auf eine Wache, um dort Anzeige gegen die Schläger stellen zu können. Im Zusammenhang mit seiner Nebentätigkeit als Vertreter für eine Lebensversicherung besuchte Røsland Stein mehrmals in seiner Wohnung und kam mit ihm überein, bei der Verteilung illegaler Publikationen behilflich zu sein.¹⁹ Ebenso war der Postbeamte Simon Erstad mit der Verteilung illegaler Zeitungen betraut: „Er gibt zu, etwa 24 Stück ‚Radioavisen‘²⁰ und je ein Stück ‚Ulrikken‘



Ausschnitt aus einer Ausgabe des „Norgesposten“, 1940. Das Layout vieler illegaler Zeitungen war denkbar einfach gehalten. Der vorliegende Text warnt die Bevölkerung Bergens vor der Absicht der Wehrmacht, während eines britischen Luftangriffs Gas-Bomben in der Stadt zu zünden, um den Alliierten anschließend Kriegsverbrechen zu unterstellen.

und ‚Morgenbladet‘²¹ erhalten und davon insgesamt 12 Stück an Kollegen weitergegeben zu haben, nachdem er die Schriften selbst gelesen hatte.“², lässt sich in der Urteilsbegründung nachlesen. Der ehemalige Journalist Ivar Henning Ramussen-Skre war zusammen mit Karl Sakarias Osland und zwei weiteren Gleichgesinnten für die Redaktion der Inhalte der genannten Zeitungen verantwortlich.

Die Zeitungen beinhalteten eine Mischung aus internationalen und lokalen Nachrichten. Als Gegengewicht zu den offiziellen deutschen Meldungen zum Kriegsverlauf dienten Informationen über das Vorgehen der Alliierten oder über erfolgreiche Sabotageakte. Im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkriegs gewannen die Nachrichten von militärischen Niederlagen der deutschen Wehrmacht immer mehr an Gewicht – eine Entwicklung, an der die im Oktober 1941 verhaftete Gruppe freilich nicht mehr beteiligt war. Andere inhaltliche Schwerpunkte lagen in der Dokumentation der Kollaboration einzelner Teile der Bevölkerung. Beispielsweise veröffentlichte der „Norgesposten“ eine Liste der N. S.-Mitglieder in Bergen und Umgebung einschließlich ihrer Adressen.²³ Neben Ratschlägen zum Umgang mit den deutschen Besatzern und den norwegischen Kollaborateuren enthielten die Zeitungen auch Informationen über Veränderungen in

der Struktur der lokalen Justiz und Polizei. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Festnahme Birger Røslands durch die norwegische Staatspolizei schon wenige Tage später in der „Ulrikken“ kommentiert wurde.²⁴

Politische Justiz als Instrument zur Bekämpfung des Widerstands

In Bezug auf die Aktivitäten der verschiedenen Widerstandsgruppen zeigte sich die deutsche Justiz bemüht, ihren Einfluss auf einen möglichst weiten Bereich des alltäglichen Lebens in Norwegen auszudehnen. Die Grenze zwischen Legalität und Illegalität oppositionellen Verhaltens verschob sich innerhalb weniger Monate bis zu einem Punkt, an dem jegliches vermeintlich gegen die deutschen Interessen gerichtetes Handeln mit harten Strafen geahndet wurde.

Bei der konkreten polizeilichen und juristischen Bekämpfung des Widerstands verließ sich das deutsche Besatzungsregime in erster Linie auf seine eigenen Behörden und Gerichte. Die norwegische Polizei, deren Loyalität zu den Besatzern fragwürdig war, spielte lediglich eine marginale Rolle. Von Anfang an wurden die Prozesse gegen Widerstandskämpfer von den Organen der Militärgerichtsbarkeit geführt.²⁵ Neben den SS- und Polizeigerichten und den Standgerichten wurde allein das Reichskriegsgericht als oberster Gerichtshof der Wehrmacht in 40 bis 50 Prozessen gegen Widerstandsgruppen in den besetzten Gebieten tätig.²⁶ Die Zuständigkeit für die hier thematisierten norwegischen „Nacht-und-Nebel“-Gefangenen lag zunächst beim Sondergericht Kiel. Strafverfahren, denen eine besondere Gefährdung von Reichsinteressen zugrunde lag, zog jedoch der seit August 1942 von Roland Freisler (1893 – 1945) geleitete Volksgerichtshof an sich, der zu den Verhandlungen nach Kiel reiste.

Zur Bearbeitung der Prozesse und zur Umsetzung der Urteile griff die nationalsozialistische Justiz auf ein ausgedehntes System verschiedener Lager, Gefängnisse und Zuchthäuser zurück, das sich über das gesamte besetzte Europa erstreckte. In Norwegen existierten – zusätzlich zu den Gefängnissen der Polizei – Internierungslager und Wehrmachtgefängnisse, von denen aus die gefangenen Widerstandskämpfer nach Deutschland deportiert wurden. Røsland, Osland, Rasmussen-Skre und Erstad saßen bis zum Urteil des Volksgerichtshofes in der Untersuchungshaftanstalt Kiel ein. Die Anklage im Prozess belief sich bei jedem der vier Norweger auf ein Vergehen nach § 91 b des Strafgesetzbuchs in der Fassung vom 2. Mai 1934 mit der Bezeichnung „Feindbegünstigung“. Die Wort getreue Definition des Vergehens war denkbar breit gehalten:

Jeder, der im Krieg zum Nachteil des Reiches beziehungsweise seiner Verbündeten handele oder einer feindlichen Macht Vorschub leiste, solle mit lebenslangem Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft werden.²⁷ Damit stand für die nationalsozialistische Justiz ein Instrument zur Verfügung, mit dem eine große Zahl verschiedener Aktivitäten des Widerstands geahndet werden konnte.

Der Gerichtsprozess selbst verlief unter der Beteiligung von Richter, Staatsanwalt und Verteidigern, aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Der Staatsanwalt verfügte in seiner Funktion als Ankläger über außerordentliche Kompetenzen. Er entschied über die Zulassung von Beweismaterial aus dem Ausland, das in den NN-Prozessen meist die einzige Chance zur Entlastung der Angeklagten war, und konnte den Verhandlungstermin bei auftretenden Problemen beinahe beliebig oft vertagen lassen.²⁸ Hinter der Fassade der Rechtsstaatlichkeit erwies sich die Justiz in dieser Konstellation als ein die Diktatur zuverlässig sicherndes Instrument des Nationalsozialismus. Unter der Formel „dem Führer entgegen arbeiten“ (Ian Kershaw) bemühten sich Richter und Anwaltschaft in den NN-Prozessen darum, ein möglichst abschreckendes Strafmaß zu erzielen.²⁹ Dementsprechend ist es nicht überraschend, wenn sich in den hier betrachteten Fällen jeweils auffällige Übereinstimmungen in Anklageschrift und Urteilsbegründung zeigen. Die Angeklagten hatten keine Möglichkeit, das vorherbestimmte Urteil des Gerichts zu beeinflussen, wie aus der Übersetzung des Gnadengesuchs Birger Røslands hervorgeht: „Ich bekam nicht die Gelegenheit, mit meinem Verteidiger mich zu unterhalten, und konnte auch keine schriftliche Erklärung abgeben. Ich beherrsche nicht die deutsche Sprache, und als ich vor dem höchsten Gericht stand, wurde ich vom Dolmetscher darauf aufmerksam gemacht, dass ich ohne Umschweife auf die Fragen mit Ja und Nein zu antworten hätte. Deswegen war es mir beinahe unmöglich, irgendetwas zu meiner Verteidigung vorzubringen [...]“³⁰

Nach der Verkündung der Urteile durchliefen die vier Gefangenen eine Reihe verschiedener Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager. Im Falle Røslands lassen sich Aufenthalte im Untersuchungsgefängnis Hamburg-Stadt und im Zuchthaus Celle belegen, bevor er im September 1943 in das Zuchthaus Halle verlegt wurde. Die Haftbedingungen waren auf die größtmögliche Isolation der Gefangenen ausgelegt, die zu meist in Einzelhaft auf die Vollstreckung ihres Urteils warten mussten.

Selbst nach der Hinrichtung wurde penibel vermieden, Informationen über die Gefangenen an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. In einem Schreiben des Oberreichs-



Erkennungsdienstliche Fotos von Birger Røsland (1943)

anwalts an den Oberstaatsanwalt am Landgericht Halle vom 3. September 1943 wurde vorsorglich die Anweisung erteilt, über den Tod Røslands nichts bekannt werden zu lassen, wie es bei Hinrichtungen ansonsten häufig üblich war. Es sollte sogar verhindert werden, dass die Angehörigen Røslands vom Tod des Polizisten erfuhren: „Im übrigen werden, da es sich um einen NN.-Gefangenen handelt, die Bestimmungen der RV. [Rundverfügung – d. Verfasser] des Reichsministers der Justiz am 6. März 1943 [...] zu beachten sein. Insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass Abschiedsbriefe des Verurteilten nicht abgesandt werden, sondern nur zu den Akten zu übersenden sind.“³¹ Røsland, Osland, Rasmussen-Skre und Erstad waren vier von insgesamt 33 norwegischen Gefangenen, die während des Zweiten Weltkriegs im Zuchthaus Halle einsaßen.³² Sie waren unter ihren Landsleuten die einzigen, die wegen ihrer Aktivitäten im Widerstand in Halle hingerichtet wurden.³³ Ihr Tod war Ausdruck des Willens des deutschen Justizsystems, keine abweichenden Meinungen in den besetzten Gebieten zuzulassen und Widerstand hart zu bestrafen. Gleichzeitig zeigen die Lebensgeschichten der Gefangenen die europaweiten Dimensionen des nationalsozialistischen Unterdrückungs- und Strafsystems und geben einen Einblick in die Mechanismen der pseudo-rechtsstaatlichen politischen Justiz.

Anmerkungen

- 1 Bundesarchiv (BArch), VGH/Z, Røslund, Birger.
- 2 Die Richtlinien sind abgedruckt in: Internationaler Militär-Gerichtshof Nürnberg (Hrsg.): Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. 37, Nürnberg 1949, S. 570–574.
- 3 Vgl. Gruchmann, Lothar: ‚Nacht und Nebel‘-Justiz. Die Mitwirkung Deutscher Strafgerichtsbarkeit an der Bekämpfung des Widerstandes in den besetzten westeuropäischen Ländern 1942–1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29.3 (1981), S. 342–344. Gruchmanns Ausführungen sind in der deutschen Forschung der grundlegende Text über die NN-Gefangenen.
- 4 BArch R3001/20198.
- 5 Vgl. Sémelin, Jacques: Ohne Waffen gegen Hitler. Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa, Frankfurt/Main 1995, S. 135–160.
- 6 Gruchmann 1981, S. 395.
- 7 Hitlers Entscheidung zur Invasion Norwegens und Dänemarks war gleichzeitig auf spontane Ereignisse zurückzuführen. So spielte die Kaperung der „Altmark“, eines deutschen Kriegsgefangenen-Schiffes in neutralen norwegischen Gewässern durch die britische Marine eine maßgebliche Rolle. Vgl. Meyer, Frank: Norwegen. Nationalsozialistische Revolution von oben, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945, Bd. 1: Anpassung, Kollaboration, Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation, Berlin 1996, S. 46 f.
- 8 Vgl. Erlass des Führers über Ausübung der Regierungsbefugnisse in Norwegen vom 24. Apr. 1940, online unter <http://www.verfassungen.de/de/de3345/norwegen40.htm> [Stand vom 23. 04. 2013].
- 9 Vgl. Paulsen, Helge: Reichskommissar vs. Wehrmachtsbefehlshaber, in: Bohn, Robert/Elvert, Jürgen/Rebas, Hain/Salewski, Michael (Hrsg.): Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beihefte 1. Stuttgart 1991, S. 149–168.
- 10 Vgl. Meyer 1996, S. 43.
- 11 Zum zivilen Widerstand in Norwegen vgl. Halvorsen, Terje: Zwischen London und Berlin. Widerstand und Kollaboration in Norwegen 1940–1945, in: Bohn, Robert/Elvert, Jürgen/Rebas, Hain/Salewski, Michael (Hrsg.): Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beihefte 1. Stuttgart 1991, S. 341–344.
- 12 Vgl. März, Susanne: Landesverrat versus Widerstand. Stationen und Probleme der „Vergangenheitsbewältigung“ in Norwegen, in: NORDEUROPAforum 15.2 (2005), S. 43–73, online unter <http://edoc.huberlin.de/nordeuropaforum/20052/maerzsusanne43/XML/> [Stand vom 06. 08. 2013].

- 13 Vgl. Kalyvas, Stathis: Collaboration. A Comparative Perspective, in: *European Review of History* 15.2 (2008), S. 110.
- 14 Zum militärischen Widerstand siehe: Herrington, Ian: *The Special Operations Executive in Norway 1940–1945. Policy and Operations in the Strategic and Political Context*, Diss., Leicester 2004, S. 116–145.
- 15 Vgl. Meyer 1996, S. 65.
- 16 Vgl. Dahl, Hans F.: ‚Kollaborationsrundfunk‘ in Norway, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939–1945*, Bd. 5: *Kultur Propaganda Öffentlichkeit. Intentionen deutscher Besatzungspolitik und Reaktionen auf die Okkupation Berlin* 1998, S. 85.
- 17 Vgl. ebenda, S. 176–180.
- 18 Vgl. BArch VGH/Z Skre, Ivar, Urteil S. 3f.; BArch VGH/Z Erstad, Simon, S. 2. Da andere Quellen fehlen, sind die Angaben zur Steinorganisation auf die deutschen Gerichtsunterlagen angewiesen. Für die Gültigkeit der Annahmen zu Rekrutierungsmuster und Untergliederung spricht das Faktum, dass sowohl Røsland, Rasmussen-Skre und Erstad als auch Kristian Stein selbst dazu übereinstimmende Aussagen gemacht hatten. Vgl. auch BArch VGH/Z Stein, Kristian.
- 19 BArch VGH/Z Røsland, Birger.
- 20 Die „Radioavisen“ aus Bergen, die unter diesem Namen auch in vielen anderen Regionen Norwegens erschienen, enthielten die verschriftlichten Sendungen des norwegischen Programms der BBC.
- 21 *Morgenbladet*“, „Ulrikken“ und „Norgesposten“ waren Zeitungen, die regelmäßig in einer Auflage von wenigen Hundert Stück erschienen und von der Gruppe um Rasmussen-Skre in einer abgelegenen Skihütte mittels einer mechanischen Vervielfältigungsmaschine gedruckt wurden. Vgl. BArch VGH/Z Skre, Ivar, Urteil S. 4–9.
- 22 BArch VGH/Z Erstad, Simon.
- 23 Vgl. *Norgesposten Juni 1940*, 'Norgespostens Medlemsliste for N. S. i Bergen, Laksevåg og Fana. UniversitätsbibliothekBergen, Krigstrykksamling Ms1611.51, online unter <https://digitalt.uib.no/bitstream/handle/1956.2/2865/udatert.pdf> [Stand 15. 03. 2014].
- 24 Vgl. *Ulrikken* 1941, S. 1. Universitätsbibliothek Bergen, Krigstrykksamling, Ms 1611.68, online unter https://digitalt.uib.no/bitstream/handle/1956.2/2855/1941.Eneste_nr.pdf [Stand 15. 03. 2014].
- 25 Vgl. Frijtag Drabbe Künzel, Geraldien von: Rechtspolitik im Reichskommissariat. Zum Einsatz deutscher Strafrichter in den Niederlanden und in Norwegen 1940–1944, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48.3 (2000), S. 478–486.
- 26 Vgl. Haase, Norbert: Aus der Praxis des Reichskriegsgerichts. Neue Dokumente zur Militärgerichtsbarkeit im Zweiten Weltkrieg, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 39.3 (1991), S. 409.

- 27 Vgl. Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 2. Mai 1934. § 91b Abs. 1.
- 28 Vgl. Koch, Hansjoachim W.: Volksgerichtshof. Politische Justiz im 3. Reich, München 1988, S. 234.
- 29 Zu Kershaws Formulierung siehe: Kershaw, Ian: Hitler. Bd. 1: 1889–1936, Stuttgart 1998, S. 665–667.
- 30 BArch VGZ/Z Rösland, Briger; Gnadenheft S. 1.
- 31 BArch VGZ/Z Rösland, Birger.
- 32 Vgl. Ottosen, Kristian: Bak lås og slå. Historien om norske kvinner og menn i Hitlers fengsler og tukthus, Oslo 1993, S. 403–447.
- 33 Über das Schicksal der restlichen norwegischen Gefangenen im „Roten Ochsen“ ist wenig überliefert. In zwei Fällen erfolgte die Entlassung nach abgessener Zuchthausstrafe. Andere wurden in die Konzentrationslager Dachau und Neuengamme weitertransportiert. Der größte Teil der Gefangenen dürfte das Ende des Krieges in Halle erlebt haben. Vgl. Ottosen 1993, S. 403–447.

Die „Zeitreise-Manufaktur. Agentur für Geschichte und Kult(o)ur“- Bildungsangebote und Dienstleistungen auch für Gedenkstätten

Benjamin Kant / Reiner Trautmann

In einem Interview mit der Zeitung Impulse, einem Magazin für Unternehmer, stellte der Journalist uns eine Frage, mit der wir häufig konfrontiert werden: *„Wie kommen studierte Historiker und Kulturwissenschaftler dazu, Unternehmer zu werden? Hatten Sie Angst, als Taxifahrer zu enden?“*

Sicherlich, die Vermutung des Journalisten war nicht ganz unberechtigt, sind doch in diesem Bereich die Stellen eher rar gesät und werden zusätzlich noch durch den Sparzwang der Länder und Kommunen – insbesondere in den Bereichen Bildung und Kultur – zunehmend weniger. Deshalb haben wir uns zusammengefunden und gemeinsam überlegt, in welchen Bereichen wir tätig werden könnten. Wir, das ist ein Zusammenschluss von Historikern und Pädagogen aus Magdeburg, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Geschichte auf anschauliche und alternative Art und Weise aufzubereiten, darzustellen und zu vermitteln. Dabei stand von Anfang an der Grundsatz im Mittelpunkt, als Brücke zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit zu fungieren. Wir wollen dazu beitragen, das Interesse an der Geschichte zu wecken und einen bewussteren Umgang mit Geschichte zu fördern.

Trotz aller Bedenken und den mit einer Firmengründung verbundenen Risiken haben wir uns vor etwa einem Jahr dazu entschieden, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen und dem Klischee des taxifahrenden Geisteswissenschaftlers trotzig entgegenzutreten. Der Erfolg des vergangenen Jahres hat uns gezeigt, dass wir mit unserer Entscheidung offensichtlich gar nicht so falsch lagen. So ist es uns gelungen, durch großes Engagement und mit viel Fantasie aller Beteiligten, ein breites Spektrum an Geschäftsfeldern zu bearbeiten und teilweise neue Geschäftsfelder zu kreieren. Das Wirkungsfeld der Zeitreise-Manufaktur lässt sich folgendermaßen skizzieren:

- Geocaching mit kulturgeschichtlichem Hintergrund (Stadterkundung, Stadtgeschichte, themenorientiertes Lernen)
- Geocaching-Installationen an gewichtigen Erinnerungsorten (Gedenkstätten, Orte jüdischen Lebens u. ä.)



Das Team der Zeitreise-Manufaktur in der Geschichtskantine
(v. l. n. r.: Reiner Trautmann, Benjamin Kant, Andreas Weidinger, nicht im Bild: Hans-Jürgen Kant)

- Ausstellungs-Konzipierung bzw. Koordination von Begleitprogrammen
- History-Marketing bzw. Unternehmensgeschichte
- Systematisierung und Digitalisierung von Archivgut
- Workshops zur Geschichte, Kultur und historisch-politischen Bildung

Geocaching – Bildungstrip mit Erlebnischarakter

Das Geocaching erfreut sich immer größerer Beliebtheit, nicht nur bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Zeitreise-Manufaktur hat diesen Trend aufgegriffen und ihn zu einer interessanten Methode zur Vermittlung historischer Inhalte durch weitestgehend selbständige Erkundung weiterentwickelt. Auf eine spannende Art und Weise können Einzelpersonen, Gruppen aber auch Betriebsbelegschaften historische Orte oder großflächige Areale erschließen. Jede Tour wird von didaktisch geschulten Geschichts- und Kulturwissenschaftlern entwickelt und gründlich vorbereitet. Unsere Orts- und Sachkenntnis und unsere Beziehungen zu Einrichtungen, Institutionen und Insidern öffnen manche „Türen“, die vielleicht sonst verschlossen geblieben wären.

Die Teilnehmenden können historische Orte und aktuelle Sehenswürdigkeiten kennen lernen, sich mit historischen Hintergründen vertraut machen, sachkundiges Personal



Geocaching als Firmenevent (hier eine Gruppe der Ärztekammer Sachsen-Anhalt)

und ggf. auch Zeitzeugen befragen, fundiertes Wissen erwerben und vor allem: Alle Teilnehmer sind auf spannende und erlebnisreiche Weise unterwegs. Denn immer gilt: Der Geocache wird ganz oder überwiegend mit dem modernsten aller Fortbewegungsmittel durchgeführt: per pedes. Der Geocache beginnt mit einer Einweisung und endet mit einer Auswertung. Orte müssen (mit Hilfe unserer GPS-Geräte) gefunden werden. Informationen können entweder von zur Verfügung gestellten MP3-Playern abgerufen bzw. im Versteck gefunden werden oder aber sie sind, wo es sich anbietet, eigenständig zu erschließen. Darüber hinaus gilt: Auch der Weg ist das Ziel! Der Weg soll nicht nur zurückgelegt, sondern mit Aufmerksamkeit genossen werden. Erfolgreiches Geocaching erfordert umsichtiges und kreatives Handeln.

Inzwischen hat die Zeitreise-Manufaktur zahlreiche verschiedene Geocaching-Touren konzipiert, organisiert und durchgeführt. Dabei handelt es sich zum einen um Touren zur Geschichte der Stadt Magdeburg, zum anderen um thematische Touren wie bspw. „Jüdisches Leben“ in Bernburg, Wörlitz oder Wolmirstedt, um „Vergessene Arbeitswelten“ in Aschersleben, um „Orte der Courage“ in verschiedenen Regionen und ähnliches. Alle Touren werden dem Alter und dem Verstehenshorizont der Teilnehmenden angepasst.



Verfremdung eines Gebäudes mit Hilfe einer historischen Aufnahme (Collage eines heutigen Sozialgebäudes mit einer ehemaligen Gaststätte, die als nationalsozialistisches Wahllokal diente)

Auch für sogenannte „schwierige Orte“ mit einem entsprechend großen Areal bietet sich das Geocaching an – wenn auch in abgewandelter Form. Durch die aus didaktischer Sicht sinnvolle, selbständige Erkundung der Lernorte wird nachweislich eine größere Nachhaltigkeit des Lernprozesses bewirkt.

Geocaching-Installation an Lernorten

Gegenwärtig betätigt sich die Zeitreise-Manufaktur auch im Bereich der dauerhaften Geocaching-Installation an gewichtigen Lernorten. Für die Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge wird gegenwärtig ein umfangreiches Geocaching-System erarbeitet, das es Einzelpersonen und Besuchergruppen erlaubt, das Gedenkstatengelände mit Hilfe von GPS-Geräten und mit Tablet-PCs, auf denen sich multimediale Inhalte befinden, selbstständig zu erkunden. Darüber hinaus stehen für Schülergruppen und andere Interessenten sogenannte Logbücher zur Verfügung, in die die Ergebnisse der Erkundungen eingetragen werden können. Die notwendigen Geräte und Materialien zur Durchführung des Geocachings können – nach Fertigstellung der Installationen – in der Gedenkstätte ausgeliehen werden. Der konkrete Ablauf lässt sich folgendermaßen skizzieren:

Mit Hilfe der GPS-Geräte machen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, im Idealfall in Kleingruppen von etwa 5 Personen, die vorgesehenen Stationen auf dem Gedenkstättenengelände ausfindig. Nehmen mehrere Gruppen am Geocaching teil, so haben sie unterschiedliche Laufwege und zum Teil auch unterschiedliche Stationen und damit verschiedene Erkundungsschwerpunkte. Dabei zeigen die GPS-Geräte lediglich Himmelsrichtung und Entfernung der jeweils nächsten Station an. Am Ziel angekommen, schlagen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Erkundungsvorschläge zu der entsprechenden Station im Logbuch nach und nutzen anschließend die auf den Tablet-PCs angebotenen Materialien zur Bearbeitung. Bei den Materialien handelt es sich in der Regel um Audio- oder Videodateien, Fotografien, historisches Quellenmaterial oder anderweitige Texte. Die moderne Technik macht es möglich, Zeitzeugen (bspw. ehemalige Häftlinge) vor Ort zu hören bzw. zu sehen und die erfahrenen Inhalte direkt mit dem konkreten Ort zu verknüpfen. Darüber hinaus werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Erkundungsvorschläge angeregt, sich mit dem, was sie sehen (oder auch nicht sehen) auseinanderzusetzen. Die Ergebnisse, aber auch Fragen und Unklarheiten, können in den bereits erwähnten Logbüchern festgehalten werden. Nach Beendigung der Touren, nach dem Ablaufen von 5–10 Stationen, findet in den Räumen der Gedenkstätte eine gemeinsame Auswertung mit dem Gedenkstättenpersonal oder anderen kompetenten Personen statt. In dieser Phase besteht die Möglichkeit, die verschiedenartigen Erfahrungen der Gruppenmitglieder zu verknüpfen und zu diskutieren. Im Fall der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge sind insgesamt sechs Touren zu unterschiedlichen Schwerpunkten in Vorbereitung:

- Die ersten Tage und Wochen – Ein Außenlager des KZ Buchenwald entsteht
- Tod durch Arbeit – Produzieren für den „Endsieg“
- Der Lageralltag – Leben mit dem Tod im Nacken
- Die letzten Tage – Todesmarsch und Befreiung des Lagers
- Erinnerungskultur – Die Zeit der DDR und die Zeit danach
- Biografien – Auf den Spuren ehemaliger Häftlinge

Selbstverständlich sollen die Geocachings die klassischen Formen der gedenkstättenpädagogischen Arbeit nicht verdrängen, sie bieten sich jedoch als Alternative für die Kompetenz- und Wissensvermittlung an – insbesondere für Schulklassen und Jugendgruppen.



Eine beispielhafte Darstellung eines Tablet-PCs (bei der vorliegenden Variante mit Erläuterungstext)

Arbeiten im Gedenkstättenarchiv

Ein weiteres Dienstleistungsangebot der Zeitreise-Manufaktur bezieht sich auf Arbeiten in Archiven von Gedenkstätten. Unser Angebot reicht von der ersten Sichtung des Materials, der Entwicklung einer neuen Systematisierung des Bestandes, der Zuordnung der Dokumente zu den neuen Sachgebieten bis hin zur Digitalisierung von Karteien und Materialien. Für gewöhnlich bietet sich die Ordnung des Bestandes nach dem Provinenzprinzip an, das momentan als das zeitgemäße Ordnungsprinzip in der Archivarbeit gilt. Hierzu hat die Zeitreise-Manufaktur im Auftrag der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg eine eigene Datenbank entwickelt, die es erlaubt, die erfassten Datensätze nach Personen, Zeiträumen und Schlagwörtern zu durchsuchen. Darüber hinaus können jedem Datensatz Dateien bzw. digitale Dokumente zugeordnet werden, was eine sofortige Einsichtnahme ermöglicht. Gegebenenfalls werden von der Zeitreise-Manufaktur auch die Beschaffung der notwendigen Geräte und des technischen Zubehörs übernommen.

Ausstellungsbegleitung

Im Januar 2014 wurde die Wanderausstellung „Heimat im Krieg 1914 – 1918“, die vier Jahre lang an verschiedenen Orten Sachsen-Anhalts gezeigt wird, in Stendal eröffnet.

Chiffre	Titel	Provenienz	Quellenart	Inhalt	Datum	Nachname	Vorname	Funktion
KV.001	Grundgesetz der NS	Personen Karte/Personenliste Peitzing	Zweitkopie	NS-Verordnungen	01.01.1933	Loewig		Fachleiter
KV.002	Überföhrungsliste in das Brennereiwerk in Bernburg	Personen Karte/Personenliste Peitzing	Zweitkopie	Arbeitskartei	2.01.1933	Pauff		Kaufmann
KV.003			Zweitkopie	NS-Verordnungen	28.01.1933	Lohse		Kaufmann
KV.004	Überföhrungsliste in das Brennereiwerk	Personen Karte/Personenliste Peitzing	Zweitkopie	Arbeitskartei	28.01.1933	Loewig		Arbeitsleiter

Beispiel einer Archivadatenbank (Projekt für die Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg)

Für diese Ausstellung hat die Zeitreise-Manufaktur ein umfangreiches und anspruchsvolles Begleitprogramm zusammengestellt, das an den Orten der Ausstellung in einem gewissen Umfang gebucht werden kann. Das Angebot reicht von Konzepten zu Ausstellungseröffnungen über Autorenlesungen und Filmvorführungen sowie musikalischen Begleitprogrammen bis hin zu historischen Workshops rund um das Thema Erster Weltkrieg. Auch die Koordination der verschiedenen Angebote wird von der Zeitreise-Manufaktur übernommen.

Seminare und Workshops

Seminare und Workshops stellen ein weiteres Feld dar, auf dem die Zeitreise-Manufaktur tätig ist. Wir führen beispielsweise an Schulen und Orten der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung Projektstage und Seminare zu historischen und gesellschaftspolitischen Themen durch. Dabei kann selten auf fertig erarbeitete Konzepte zurückgegriffen werden; denn jedes Seminar bzw. jeder Workshop wird in Abstimmung mit dem Auftraggeber individuell erarbeitet und konzipiert. Die unterschiedlichen Kompetenzen unserer Mitarbeiter tragen dazu bei, dass die Seminare fachgerecht vorbereitet und begleitet werden können. Die Durchführung der Seminare und Workshops erfolgt entweder in unseren eigenen

Räumen in der Geschichtskantine, wo entsprechendes Quellenmaterial, Literatur, Computerarbeitsplätze usw. zur Verfügung stehen oder aber an den vom Auftraggeber gewünschten Orten, bspw. in einer Schule oder einer Gedenkstätte. Einige Beispiele für Workshops und Projekttage, die von der Zeitreise-Manufaktur durchgeführt wurden, seien genannt:

- „Historisches Forschen“ und Projektmanagement
- Auf den Spuren jüdischen Lebens in Magdeburg
- Alltagsrassismus
- Workshop zur Ausbildung von jugendlichen Stadtführern zum Thema „Spuren jüdischen Lebens ins Wolmirstedt“
- Tagesseminar zum Thema Luftkrieg und die Bombardierung Dresdens im Februar 1945

Auftraggeber in diesen Bereichen sind in der Regel Schulen, Vereine, Jugendverbände, die Landeszentrale für politische Bildung, außerschulische Bildungseinrichtungen und Parteiorganisationen.

Das Ergebnis eines Workshops, den wir gemeinsam mit Jugendlichen aus Dessau zu den „Spuren jüdischen Lebens in Wörlitz“ durchgeführt haben, kann unter der Internetadresse: <http://www.toleranzweg-woerlitz.de/> eingesehen werden.

Unternehmensgeschichte

Immer mehr Firmen erkennen, dass es wichtig für sie ist, auf eine gut aufgearbeitete Unternehmensgeschichte blicken zu können.

Auch wenn die Zeitreise-Manufaktur in diesem Segment erst geringe Erfahrungen sammeln konnte, so sind wir doch davon überzeugt, dass sich hier für Historiker und Kulturwissenschaftler ein breites Arbeitsfeld auftut.

Die Geschichtskantine

An Geschichte Interessierte sind auch gerne in unserer Geschichtskantine willkommen. Die Geschichtskantine ist der Sitz der „Zeitreise-Manufaktur“. Da ist zunächst die „Nähstube“, ausgestattet mit alten Nähmaschinen, wo in historischem Ambiente gegebenenfalls genäht, auf jeden Fall aber – im übertragenen Sinne – bei einem Glas Tee „gesponnen“ werden kann. Im „Eventbüro“ der Geschichtskantine können die Möglichkeiten des Geocachings entweder theoretisch erkundet oder – nach vorherigen Ab-

sprachen - auch praktisch gestartet werden. Im „Studierzimmer“, ausgestattet mit Bibliothek, Internet und Lesemagazinen, können vorzugsweise Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, alleine oder in Gruppen, ihren Bildungsinteressen nachgehen oder Wissen und Erfahrungen austauschen. Darüber hinaus werden Geschichtsvorträge, Workshops, Buchlesungen und Diskussionsabende für Jung und Alt durchgeführt. Hier befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung historischer Schulgeschichtsbücher, animierend zu einer Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Geschichtskonstruktionen.

Kontakt: Zeitreise-Manufaktur

Immermannstr. 29 | 39108 Magdeburg

Handy 0176 32 18 76 92 | Festnetz 0391 58 46 520

www.zeitreise-manufaktur.de

Aus der Arbeit der Stiftung



Die Umgestaltung des Außengeländes der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Ute Hoffmann

Im April 1944 ließen die Nationalsozialisten in den Thekenbergen bei Halberstadt ein Außenkommando des Konzentrationslagers Buchenwald errichten. Es sollte der Untertageverlagerung der kriegswichtigen Produktion der Junkers Flugzeug- und Motorenwerke dienen. Tausende Häftlinge verloren beim Ausbau der Stollen oder auf den Todesmärschen im Frühjahr 1945 ihr Leben. Seit 1949 erinnert eine Gedenkstätte an dieses Geschehen.

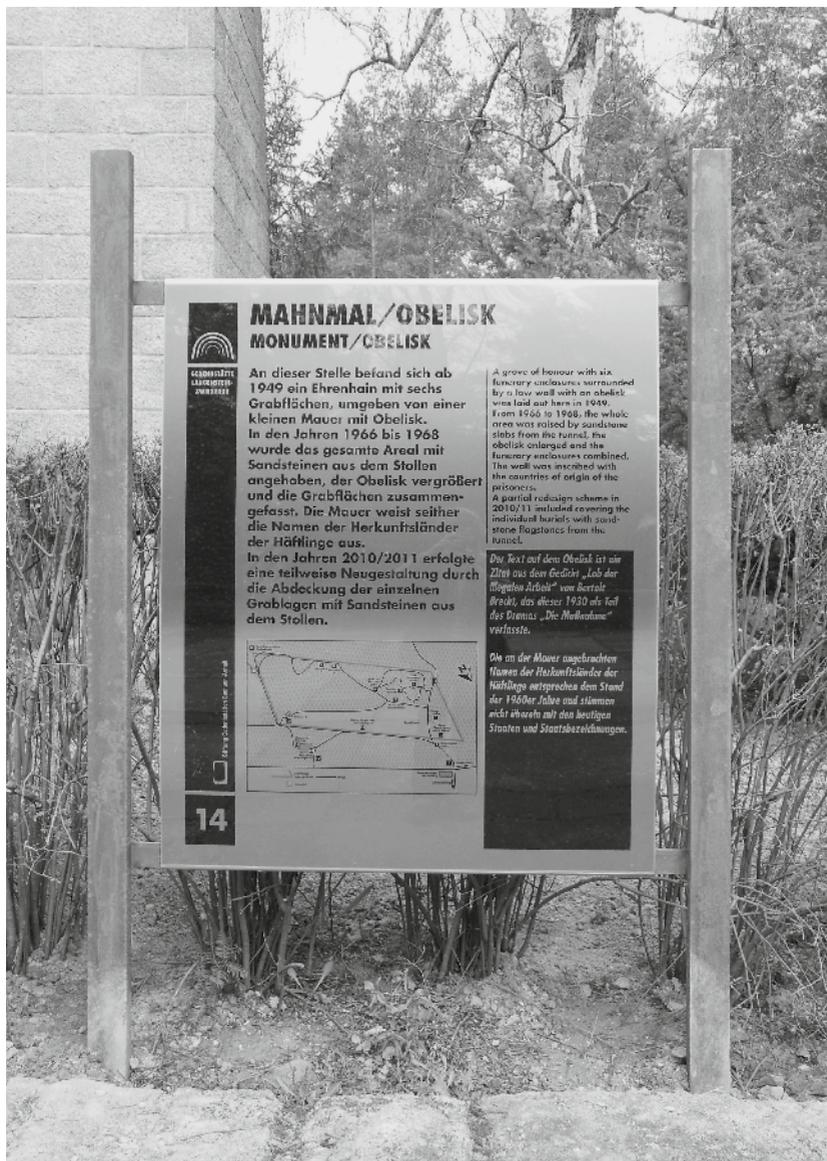
Heute gehört zur Gedenkstätte neben einem für Besucher begrenzt zugänglichen Stollenabschnitt in den Thekenbergen sowie einem Verwaltungs- und Ausstellungsgebäude noch ein Freigelände von etwa 13 Hektar, auf dem sich neben den baulichen Resten des Lagers auch Elemente der DDR-Gedenkkultur befinden.

Auf dem ehemaligen Lagergelände war über viele Jahre hinweg eine Mischung aus Hinweisschildern entstanden, die aus mindestens drei Bearbeitungsphasen stammten und auch in Fragen der Gestaltung und Anfertigung einen provisorischen Charakter trugen. Neben den optischen Differenzen und dem schlechten Erhaltungszustand einiger Schilder fehlten Sachinformationen zu baulichen und anderen Zeugnissen des Konzentrationslagers ebenso wie zu den Gestaltungselementen des Gedenkstättenengeländes. Dieser Zustand hatte zu erheblichem und durchaus nachvollziehbarem Unmut unter ehemaligen Häftlingen, deren Angehörigen und Besuchern der Gedenkstätte geführt. Nachdem während der „Tage der Begegnung“ 2012 ehemaligen Häftlingen, ihren Angehörigen und den anwesenden Mitgliedern des Fördervereins der Gedenkstätte drei Entwürfe des Grafikers Wolfgang Fischer der Firma SIGNA Quedlinburg für ein neues Besucherleitsystem mit der Bitte um Bewertung vorgelegt wurden, konnte der ausgewählte Entwurf bis zu den „Tagen der Begegnung“ 2013 realisiert werden.

Entstanden ist ein dreistufiges Besucherleitsystem:

1. An allen vier Zugangsmöglichkeiten stehen jetzt Informationstafeln mit historischen Erläuterungen, Besucherordnung und Öffnungszeiten der einzelnen Gedenkstättenbereiche.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge



Objektkennzeichnung am Mahnmahl

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

2. An insgesamt 14 Standorten gibt es Objektbeschriftungen, unter anderem an Fundamentresten, Gräbern und Kunstwerken. Diese Tafeln umfassen neben einer Karte mit Standortkennzeichnung eine Sachinformation zum Ort sowie einen Auszug aus der Erinnerung eines ehemaligen Häftlings in deutscher Sprache, der sich auf diesen Ort bezieht.
3. An 10 Standorten sind Wegekennzeichnungen installiert, die den Besuchern die Orientierung auf dem durch den Bewuchs teilweise sehr unübersichtlichen Gelände erleichtern sollen.

Mit Ausnahme der Auszüge aus den Zeitzeugenberichten sind alle Texte in deutscher und englischer Sprache verfasst und werden künftig durch ein Angebot in weiteren Sprachen in Form von Faltschirmen ergänzt. Die Gestaltung des Besucherleitsystems entspricht den Tafeln, die den Weg der Häftlinge vom Bahnhof bis zu einem der Stolleneingänge kennzeichnen: die Tafeln bestehen aus Edelstahl mit wetterfestem Siebdruck, die an einem rostig erscheinenden Trägersystem befestigt sind. Leider musste auf Grund des lang andauernden Bodenfrostes die Aufstellung des Trägersystems um einige Wochen verschoben werden, und die Einweihung des Besucherleitsystems konnte nur symbolisch mit den vorhandenen Tafeln vorgenommen werden.

Als nächste Aufgabe steht die Gestaltung des Geländes an. Dafür sind nicht nur die Regelungen der Denkmalpflege zu berücksichtigen, sondern auch die Geschichte der Gedenkstätte von 1949 bis zur Gegenwart und die Frage, was davon zu erhalten und zum Bestandteil gegenwärtiger und zukünftiger Erinnerungskultur zu machen ist.

Um diese einfach klingenden, aber inhaltlich schwierigen Fragen aus mehreren Perspektiven zu betrachten, hat der Direktor der Stiftung Gedenkstätten, Dr. Kai Langer, eine Arbeitsgruppe initiiert, die in vier geplanten Diskussionsrunden Vorschläge für das weitere Vorgehen erarbeiten soll. In dieser Arbeitsgruppe sind – neben dem Direktor der Stiftung Gedenkstätten und der Leiterin der Gedenkstätte – vertreten: der wissenschaftliche Beirat der Stiftung, der Beirat für die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in der Stiftung, das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, der Förderverein der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge und der Verein „Politische Memoriale e. V. Mecklenburg-Vorpommern“. Außerdem werden für spezielle Fragen externe Spezialisten hinzugezogen.

Seit der ersten Sitzung im September 2013 verständigten sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe zu folgenden Problemkreisen:

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge



Fundamentreste von Waschkauen auf dem Freigelände

- Klärung der Umriss des Lagers und der Kennzeichnung der Standorte der Baracken, von denen keine Fundamentreste erhalten sind
- Umfang und Möglichkeiten der Konservierung der baulichen Reste auf dem Gelände sowie der sog. Todeskiefer
- Gestaltung der Grababdeckungen auf dem Mahnmal in Anbetracht des schnellen Zerfalls der Sandsteine
- Gestaltung des südlichen Massengrabes
- Umgang mit den Nachbauten aus den 1970er/1980er Jahren

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die erforderlichen Maßnahmen einen beträchtlichen Umfang erreichen. Wie schnell die einzelnen Schritte zu bewältigen sind, wird sich möglicherweise erst im Verlaufe der einzelnen Arbeiten erweisen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin und der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv – Ein Rückblick

Melanie Engler

Das Jahr 2013 stand für die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin im Zeichen der Weiterentwicklung und des steten Aufbaus, verbunden mit dem Ziel, die Gedenkstätte sowohl regional als auch überregional stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und als aktiven Lern-, Dokumentations- und Erinnerungsort zu etablieren. Dabei ergaben sich im Laufe des Kalenderjahrs vielfältige Kooperationen, die diesen Entwicklungsprozess auf unterschiedlichste Art und Weise begleiteten. Zwischen der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin und der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv entwickelte sich eine rege Zusammenarbeit, die bereits im Oktober 2013 Früchte tragen sollte.

Die Berliner Stiftung Ernst-Reuter-Archiv wurde am 26. März 2010 gegründet. Sie widmet sich seither der Erforschung des Lebens und des Wirkens Ernst Reuters (zur Biographie Reuters siehe Beitrag von Michael C. Bienert in diesem Heft) und setzt gleichzeitig Akzente innerhalb der zeithistorischen Berlinforschung. Darüber hinaus organisiert die Stiftung Ernst-Reuter-Archiv Workshops und Tagungen, bereitet Ausstellungen vor und führt zudem eigene Forschungsprojekte durch. Ein zentrales Anliegen der Stiftung ist es, den Nachlass Ernst Reuters, der im Landesarchiv Berlin verwahrt wird, zu erweitern. Dem Kuratorium der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv gehören neben Edzard Reuter (Vorsitzender, Sohn von Ernst Reuter) und Prof. Dr. Uwe Schaper (stellvertretender Vorsitzender) auch Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Prof. Dr. Monika Grütters, MdB, Prof. Dr. Eberhard Jäckel, Walter Momper, André Schmitz, Prof. Dr. Hermann Wentker und Prof. Dr. Michael Wildt an.

Im Mai 2013 besuchte das Kuratorium der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. Melanie Engler, Leiterin der Gedenkstätte, führte die Kuratoriumsmitglieder zunächst durch die Dauerausstellung mit dem Titel „Es ist böse Zeit...“ Die Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg 1933–1945“, die im Dezember 2011 von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt eröffnet worden war. Daran schloss sich ein Rundgang über das Gelände des Schlosses Lichtenburg an, der sowohl verschiedene Facetten der KZ-Geschichte als auch die Haftzeit Ernst Reuters berücksichtigte.



Melanie Engler, Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin, führt die Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv und Vertreter der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt durch die Dauer- ausstellung (erste Reihe v. l. n. r. Michael C. Bienert, Prof. Dr. Uwe Schaper, Prof. Dr. Hermann Wentker, Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Edzard Reuter, Dr. Kai Langer und Prof. Dr. Matthias Puhle)

In einer anschließenden Gesprächsrunde, an der neben Prof. Dr. Matthias Puhle, Stell- vertretender Stiftungsratsvorsitzender der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, auch Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, teilnahm, diskutierten die Teilnehmenden sowohl über die Herausforderungen der Gedenkstät- tenarbeit vor Ort als auch über mögliche Kooperationsfelder zwischen beiden Stif- tungen. Edzard Reuter, der sich in der Vergangenheit maßgeblich für die Einrichtung der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin eingesetzt hatte, zeigte sich in einem abschlie- ßenden Pressegespräch betont zuversichtlich: „Ich bin das erste Mal seit vielen Jahren der festen Überzeugung, dass die strukturelle Einbindung [der Gedenkstätte – Anm. der Verf.] klar ist und die personellen Strukturen nun so sind, dass man darauf verläss- lich aufbauen kann. [...] Jetzt sind alle Fundamente da und die Zuversicht ist bei mir ungebrochen, dass der Weg gut in die Zukunft führen wird.“¹

Schon wenige Monate später trug die Zusammenarbeit erste Früchte: anlässlich des 60. Todestages von Ernst Reuter hatte die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin in Kooperation mit der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv und dem Landesarchiv Berlin am 22. Oktober 2013 zu einer Gedenkveranstaltung eingeladen, an der mehr als 60 Gäste

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin



Edzard Reuter im Rahmen der Gedenkveranstaltung anlässlich des 60. Todestages von Ernst Reuter im Oktober 2013

teilnahmen. Im Rahmen dieser Veranstaltung übergab Prof. Dr. Uwe Schaper, Direktor des Landesarchivs Berlin, ausgewählte Reproduktionen von Dokumenten, die die KZ-Haft Reuters thematisieren, an die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin und wertete damit den hiesigen Sammlungsbestand maßgeblich auf. Die Übergabe ist zugleich Ausdruck der guten und vertrauensvollen Kooperation zwischen der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin und der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv.

Prof. Dr. Mathias Tullner, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, hatte zuvor wichtige Stationen aus dem Leben Ernst Reuters skizziert und unterstrich damit einerseits dessen regionale Bedeutung als Magdeburger Oberbürgermeister, wies aber gleichzeitig auch auf Reuters Rolle als Regierender Bürgermeister Berlins hin. Christoph Schreiber (Geige) und Dagmar Halte (Gitarre) gelang es auf hervorragende Weise, mit ihren Instrumenten einen würdevollen musikalischen Rahmen zu schaffen.

Anmerkung

- 1 Mitteldeutsche Zeitung, Jessener Land, vom 17. Juni 2013.

Die Präsentation der Ausstellung „Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt“ in Brüssel, 30. 10. – 6. 12. 2013

Michael Viebig

Wie in dem im Juli 2013 unterzeichneten Kooperationsvertrag zwischen der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung, der Landeszentrale für politische Bildung, der Heinrich-Böll-Stiftung sowie dem Landesbüro Sachsen-Anhalt der Friedrich-Ebert-Stiftung vereinbart, zeigten die genannten Partner die Ausstellung „Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt“ vom 30. Oktober bis 6. Dezember 2013 in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union in Brüssel.¹

Dem Grundprinzip der Wanderausstellung entsprechend wurden auch für Brüssel zusätzliche Ausstellungstafeln erarbeitet. Sie dokumentieren Strafverfahren gegen belgische Staatsbürger auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Sachsen-Anhalt und vertiefen dieses Thema durch die Darstellung eines Sondergerichtsverfahrens in Magdeburg, in dessen Ergebnis die Belgierin Susanne Quidousse zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Die 18-Jährige hatte sich an ihrem Arbeitsort, den Henkel-Werken in Genthin, verbotenerweise in einen kriegsgefangenen Landsmann verliebt. Eine weitere Tafel stellt den zuletzt am Oberlandesgericht Naumburg beschäftigten Juristen Dr. Leo Braeunlich vor, der 1940 zur Wehrmachtjustiz wechselte und bis zum Ende der Besatzungszeit in Belgien sowohl als Richter als auch als Anklagevertreter an Militärgerichten in Antwerpen und Brüssel tätig wurde. Den Mitgliedern der belgischen Widerstandsgruppe „Luc Marc“, die vom Reichskriegsgericht in Torgau zum Tode verurteilt und Mitte 1944 in der Dölauer Heide am Stadtrand von Halle erschossen wurden, ist eine gesonderte Tafel gewidmet.

Auf Initiative der Landesvertretung ließen die Organisatoren der Ausstellung die Texte der für Brüssel erarbeiteten sowie einiger ausgewählter Tafeln mit grundlegenden Informationen zur NS-Justiz (Sonderjustiz, Justiz der Wehrmacht, Kooperation von Justiz und Polizei usw.) ins Englische übersetzen. So entstand ein 50 Seiten starkes zweisprachiges Handout, das den Besuchern der Ausstellung pünktlich zur Eröffnung vorlag.²



Die Verantwortlichen für die Präsentation (v. l. n. r.: Michael Viebig; Dr. Henrike Franz, Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt; Prof. Dr. Angela Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung; Dr. Ringo Wagner, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung; Dr. Kai Langer, Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt; Prof. Dr. Ingo Müller; Daniel Bohse, Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg)

Am 30. Oktober 2013 eröffneten die Ministerin für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Prof. Dr. Angela Kolb, und die Leiterin der Landesvertretung, Frau Dr. Henrike Franz, die Ausstellung im Festsaal der Vertretung am Boulevard Saint Michel in Brüssel. Ein Grußwort sprach der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Dr. Kai Langer.

Vor weit mehr als 100 Gästen – einer ungewöhnlich hohen Zahl für eine Veranstaltung zu solch einer speziellen Thematik – hielt mit Prof. Dr. Ingo Müller einer der renommiertesten Vertreter der Forschung zur Justizgeschichte, insbesondere des Wirkens der nationalsozialistischen Sondergerichte, die Festrede. Müller würdigte dabei die intensive Beschäftigung mit diesem dunklen Kapitel deutscher Geschichte durch die Kooperation verschiedener Stiftungen und anderer Bildungsträger mit der Justiz im Land Sachsen-Anhalt als einzigartig und beispielgebend.

Als Gäste der Eröffnungsveranstaltung konnten neben leitenden Vertretern des Landesbüros Sachsen-Anhalt und der Friedrich-Ebert-Stiftung zahlreiche Mitglieder der Europäischen Kommission begrüßt werden, darunter einer der Direktoren der Generaldirektion Justiz der Kommission, eine Vertreterin des Verbindungsbüros des Deut-



Prof. Ingo Müller bei seinem Festvortrag

schen Bundestages bei der EU, Mitarbeiter der Deutschen Botschaft in Belgien sowie anderer in Brüssel tätiger deutscher Landesvertretungen, Mitglieder der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Pädagogen aus verschiedenen belgischen Städten, Journalisten, Studentinnen und Studenten sowie weitere Interessierte. Zahlreiche Besucher nutzten das Angebot, in kleinen Gruppen durch die Ausstellung geführt und auf besondere Inhalte hingewiesen zu werden.³ Unter ihnen befanden sich Studentinnen und Studenten der Katholischen Universität Leuven, Mitglieder des Deutschen JuristInnenbundes e. V. und eine Gruppe Pädagogen aus Sachsen-Anhalt. Von besonderer Bedeutung war der Besuch einer Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Direktion Grundrechte und Unionsbürgerschaft der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission unter Leitung ihres Direktors, Paul Nemitz. Die Gruppe nahm sich mehr als zwei Stunden Zeit für eine Führung, die von Michael Viebig und Daniel Bohse gemeinsam realisiert wurde. An verschiedenen Stellen entwickelte sich eine sehr interessante Diskussion, die die unterschiedlichen Blickwinkel der aus verschiedenen Staaten Europas stammenden Teilnehmer zeigte und immer wieder in eine Erörterung durchaus aktueller Rechtsfragen mündete. Einig waren sich die Gäste in der großen Anerkennung des Sachsen-Anhalt-Projektes insgesamt.



Michael Viebig (2. v. r.) bei einer Führung

Am 5. Dezember 2013 gestaltete Hannes Liebmann vom Theater der Altmark mit seiner Lesung des Stücks „Unkraut vergeht nicht“ die Finissage der Ausstellung. Auch zu dieser Veranstaltung waren noch einmal mehr als 40 Besucher erschienen, die Liebmanns Interpretation des Theaterstücks um das Todesurteil des Sondergerichtes Magdeburg gegen die Schönebecker Rentnerin Anna Piehler viel Beifall zollten.

Der besondere Wert der Präsentation in Brüssel zeigt sich in mehrfacher Hinsicht. Zunächst konnten die intensiven Bemühungen der Kooperationspartner um die Aufarbeitung eines der schwierigsten und diffizilsten Kapitel deutscher Vergangenheit an einem exponierten Ort, wie es Brüssel als Sitz der Europäischen Kommission und des Europaparlaments ist, unter Beweis gestellt werden. Die dabei erzielte Aufmerksamkeit und der erreichte Personenkreis gehen weit über das erwartete Maß hinaus. Einhellig brachten zahlreiche Teilnehmer der verschiedenen Veranstaltungen ihren großen Respekt zum Ausdruck, den sie der Ausstellung und den von ihr getragenen Intentionen zollen.

Als besonders bedeutsam ist sicher der Vernetzungseffekt zu bezeichnen. Es haben sich bereits jetzt intensive Kontakte sowohl für die weitere Forschung (Universität Lüttich, diverse belgische Archive) als auch und insbesondere für pädagogische Projekte ergeben. So ist eine Schülerwoche über Sondergerichtsverfahren gegen Belgier und eine weitere Lesung in einer Schule in Antwerpen in Planung, ebenso der Besuch

belgischer Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt sowie die Unterstützung einer Gedenkveranstaltung in Halle im Sommer 2014, die aus Anlass der Erinnerung an die 70 Jahre zuvor erfolgte Erschießung der Lütticher Pfadfinder in der Dölauer Heide stattfinden wird.

Die Beschäftigung mit den für Brüssel zu erarbeitenden Ausstellungstafeln erweiterte auch den Horizont der damit befassten Mitarbeiter aus den in das Projekt eingebundenen Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt. Sie befassten sich erstmals intensiver mit einer nicht-deutschen nationalen Opfergruppe und lenkten den Blick darüber hinaus auf einen Tätigkeitsbereich von Vertretern des sonst in Mitteldeutschland tätigen Justizpersonals hin zu deren Einsatz im Ausland, wie am Beispiel des Juristen Dr. Braeunlich. Das Ausstellungsprojekt in Brüssel kann also auch unter diesem Aspekt betrachtet ein Pilotprojekt für eine ähnlich intensive Beschäftigung mit anderen, ehemals von Deutschen besetzten Ländern und Gebieten Europas sein. Oder wie ein Gast in das Besucherbuch der Exposition schrieb: „Ich wünsche dieser Ausstellung noch eine lange Reise.“

Anmerkungen

- 1 Vgl. zur Ausstellung Bohse, Daniel /Viebig, Michael: „Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes – Sachsen-Anhalt“: Stationen der Wanderausstellung 2012, in: *Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung*, 1/2013, S. 36–45.
- 2 Die Publikation ist online verfügbar auf den Internetseiten des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung sowie der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt.
- 3 Die Führungen übernahmen freundlicherweise vor allem Henrike Franz, die Leiterin der Landesvertretung, und André Lange, Verantwortlicher für Angelegenheiten des Innern und der Justiz in der Landesvertretung.

Das Seminar „Unrechtssysteme in Deutschland“ vom 4. bis 8. 11. 2013 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Ulrike Groß

Im Jahr 2013 konnte das Seminar „Unrechtssysteme in Deutschland“ bereits zum zwölften Mal durchgeführt werden. Die gemeinsame Veranstaltung der Gedenkstätten Bergen-Belsen (Niedersachsen) und Deutsche Teilung Marienborn wurde gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und die Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt.

Wie in den vorhergehenden Jahren kamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Klassenstufe 10 der Sekundarschulen Gernrode (Sachsen-Anhalt) und Walsrode (Niedersachsen). Für den ersten Teil des Seminars fahren die Schüler jährlich im Frühjahr mehrere Tage in die Gedenkstätte Bergen-Belsen und beschäftigen sich in mehreren Workshops auf kreative Weise mit dem Nationalsozialismus und der Geschichte des ehemaligen Konzentrationslagers. Im zweiten Teil des Seminars sind die Schüler jeweils im Herbst eine Woche zu Gast in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, erfahren viel über das Leben und das Eingegrenzt-Sein in der früheren DDR. Ihre Eindrücke verarbeiten sie in vier künstlerischen Workshops (Fotografie, Video, Theater und künstlerische Gestaltung). Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über den zweiten Teil des Seminars, der im November 2013 in Marienborn durchgeführt wurde.

Am ersten Tag sahen die Schülerinnen und Schüler den Film „Gesicht zur Wand – 15 Jahre politische Haft in der SBZ und DDR“ und sprachen mit der Protagonistin Melanie Kollatzsch über ihre lange Haftzeit und das Leben danach. In den Workshops erarbeiteten sie gemeinsam mit den Teamern erste Ideen für die Endpräsentation. Diese Arbeit lief in den kommenden Tagen jeweils parallel zu den thematischen Programmpunkten weiter.

Am zweiten Tag berichtete am Gedenkmal Hötensleben der Zeitzeuge Hermann Pröhl, ein ehemals in Hötensleben stationierter Grenzsoldat, über seinen Dienst bei den Grenztruppen der Nationalen Volksarmee und seine Flucht 1968 in die Bundesrepublik. Ergänzt wurde sein Bericht durch Achim Walther. Der Ortschronist und Vorsitzende des Gedenkmalvereins Hötensleben erzählte den Schülern über das Leben zwischen 1945 und 1989 im Grenz- und Sperrgebiet.



Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Höhepunkt in diesem Jahr war eine Einladung des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, am Mittwoch, dem 6. November 2013 gemeinsam mit ihm die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu besuchen. Der Ministerpräsident hatte von den langjährigen Seminaren „Unrechtssysteme in Deutschland“ gehört und für diesen Besuch im früheren zentralen Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) die Schüler der engagierten Sekundarschulen Gernrode und Walsrode eingeladen.

In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen angekommen, wurden die Teilnehmer von der Gedenkstättenpädagogin Christiane Rudolph begrüßt. Zuerst wurden die Schüler von zwei Besucherreferenten, die selbst in diesem Gefängnis inhaftiert gewesen waren, durch die Gebäudekomplexe geführt. Sie berichteten den Schülern von ihrem Schicksal und zeigten ihnen Verhörräume, Zellen und Freigangmöglichkeiten. Hans-Jochen Scheidler hatte im August 1968 aus Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings durch Truppen des Warschauer Pakts zusammen mit Freunden Flugzettel verteilt, wurde wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zu einer zweieinhalbjährigen Haftzeit verurteilt und konnte nach der Haftentlassung in die DDR keine gewünschte berufliche Laufbahn einnehmen. Thomas Raufeisen wuchs in Hannover auf, sein Vater war Mitarbeiter eines Industrieunternehmens und gleichzeitig als Inoffizieller Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR tätig. Als 1979 dem Vater von Michael Raufeisen die Verhaftung drohte, wurde die Familie vom MfS in die DDR geholt. Doch bald waren sie mit dem Leben in der DDR unzufrieden und begannen, ihre Flucht zurück in die Bundesrepublik zu planen. 1981 wurde Thomas Raufeisen vor einer Reise nach Ungarn verhaftet und wegen „ungesetzlichen Grenzübertritts“ und „landesverräterischer Agententätigkeit“ zu drei Jahren Haft verurteilt. Nach Verbüßung der Haftzeit in der Sonderhaftanstalt Bautzen II konnte Thomas Raufeisen 1984 in die Bundesrepublik ausreisen.

In der anschließenden etwa einstündigen, von einem Fernsteam begleiteten Gesprächsrunde stand Dr. Reiner Haseloff gemeinsam mit dem Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Dr. Hubertus Knabe, dem Leiter der Gedenkstätte Marienborn, Dr. Sascha Möbius, und den beiden Zeitzegen für die Fragen der Jugendlichen zur Verfügung. Die Schüler erlebten die Besichtigung des früheren Gefängnisses als sehr emotional und waren tief beeindruckt von den Berichten der Zeitzegen. Die Diskussion um die NSA-Abhöraffäre war gerade auf ihren Höhepunkt angekommen, und so wurden mit dem Gedenkstättenleiter Dr. Knabe auch Fragen zu Möglichkeiten und Grenzen der Menschenrechte in der DDR-Diktatur oder im heutigen Rechtsstaat diskutiert.

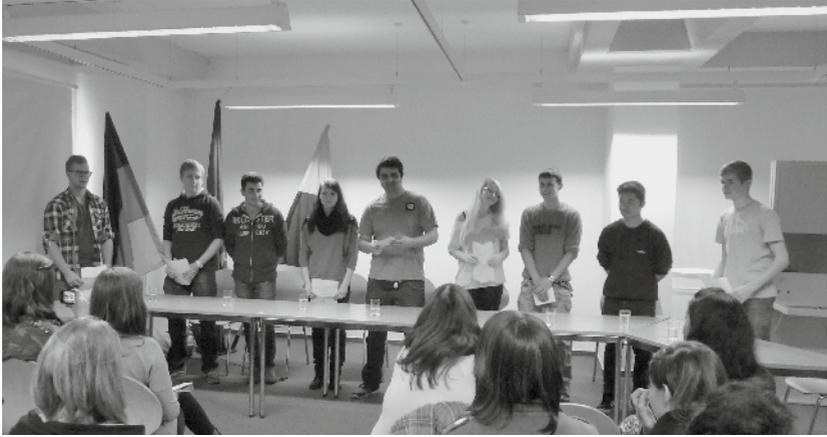


Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Foto-Workshops bei der Präsentation

Zum Abschluss des Besuches in Berlin-Hohenschönhausen fand eine intensive Gesprächsrunde mit dem Zeitzeugen Wolfgang Bischoff statt, der dafür aus Magdeburg angereist war. Er hatte bereits 1951 als Sechsjähriger erlebt, dass sein Vater von sowjetischen Soldaten verhaftet wurde und nie mehr wiederkam. Erst in den 1990er Jahren erfuhr die Familie, dass der Vater nach Moskau verbracht, zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war. Als Schüler der 10. Klasse einer Magdeburger Erweiterten Oberschule erlebte Wolfgang Bischoff die Macht des totalitären Staates, als er gegen die Verhaftung eines Schulfreundes protestierte und von der Schule relegiert wurde. Als junger Familienvater wurde er 1976 – 1977 aufgrund eines Ausreiseantrages beim MfS in Magdeburg und später in Cottbus inhaftiert und schließlich in die Bundesrepublik freigekauft.

Der vierte Tag des Seminars wurde dringend benötigt, damit die Schüler gemeinsam mit den Teamern die Arbeit in den Workshops fortführen konnten. Sie setzten sich mit den Erlebnissen der Zeitzeugen und mit ihren eigenen Eindrücken von den Orten der politischen Verfolgung und Ausgrenzung in der SBZ/DDR auseinander und präsentierten am letzten Tag des Seminars ihre Arbeitsergebnisse.

Die Teilnehmer des Workshops *Künstlerische Gestaltung* unter der Leitung von Christiane Heinlein, Gernode, präsentierten Zeichnungen von den Eindrücken des eingemauerten Dorfes Hötensleben und von verschiedenen Haftsituationen. Die Teilnehmer



Die Theatergruppe bei der Präsentation

des Workshops *Video* hatten mit den beiden Medienmanagement-Studenten Stefan Böttner und Matthias Andrasch von „Blende 39 Filmproduktion“ Magdeburg den Kurzfilm „9000 Tage“ anhand des Haftschicksals von Melanie Kollatzsch entwickelt und mit beeindruckender schauspielerischer Professionalität gedreht.

Die *Fotografiestudentin* Charlotte Sattler aus Halle ging mit den Teilnehmern ihres Workshops mithilfe alter Fotos des früheren Grenzübergangs Marienborn auf Spurensuche. Sie stellten Bilder mit den Motiven von früher und heute zusammen und dokumentierten den Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Die Teilnehmer des *Theater-Workshops* hatten unter Anleitung des Regisseurs Carsten Ludwig aus Dresden gearbeitet. In ihrer Aufführung gestalteten sie eine Präsidiumssitzung unter der Überschrift „Jetzt sitzen wir mal vorn“, in der sie den Besuch in der Gedenkstätte Hohenschönhausen Revue passieren ließen. Spielerisch nutzten sie Elemente der griechischen Tragödie mit Rezitation durch einen Einzelnen und Wiederholung durch den Chor und gingen so auf das Hochzeitsdatum der Eltern von Herrn Bischoff, auf sein eigenes Geburtsdatum und auf das Datum der Hinrichtung seines Vaters ein: jeweils an einem 24. Juli.

Nach den gelungenen Präsentationen bedankten sich die Schüler bei den Organisatoren des Seminars und fuhren voller Eindrücke nach Hause.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt auf der 6. Meile der Demokratie am 18. Januar 2014 in Magdeburg

Kai Langer

Seit 2009 veranstalten die Landeshauptstadt Magdeburg und das örtliche Bündnis gegen Rechts¹ die „Meile der Demokratie“. Alljährlich im Januar rufen sie die Einwohnerinnen und Einwohner dazu auf, sich an der Großveranstaltung im Herzen der Elbestadt zu beteiligen, um gegen Anhänger der rechtsextremen Szene zu protestieren, die das Gedenken an die Bombardierung Magdeburgs am 16. Januar 1945 in ihrem Sinne zu instrumentalisieren suchen. Den Initiatoren der bunten und gewaltfreien Aktionen geht es vor allem darum, ein weithin „deutliches Signal für ein demokratisches und welt-offenes Magdeburg“² auszusenden. Gemessen an den in der Presse veröffentlichten Teilnehmerzahlen ist ihnen das auch diesmal gelungen: Mehr als 12.000 Menschen haben „die Meile“ im Breiten Weg besucht oder einen der insgesamt 16 über das gesamte Stadtgebiet verteilten „Meilensteine“.³

In diesem Jahr beteiligten sich 700 Neonazis aus ganz Deutschland an dem sogenannten „Trauermarsch“⁴. Für dessen Anmeldung zeichnete wie in den Vorjahren eine „Initiative gegen das Vergessen“ verantwortlich. Die Gruppe um den aus Magdeburg stammenden NPD-Funktionär Andy Knappe sieht sich nach eigener Darstellung einer „deutschen Gedächtniskultur“ verpflichtet, die sich „gegen den Zeitgeist des Systems auf[lehnt], der durch den ewigen Schuld kult verkörpert wird“⁵. Der Begriff „Schuld kult“ zielt auf die Diskreditierung der demokratischen Erinnerungskultur, die sich in besonderer Weise dem Gedenken an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors verpflichtet fühlt. Die rechtsextremen Agitatoren bezwecken das genaue Gegenteil: einen „kompletten Ehrenschatz der toten Deutschen des letzten Krieges, der Opfer der Vertreibung sowie der tapferen Soldaten, die ihr Leben im Krieg und in der Gefangenschaft ließen“⁶.

Im steten Bemühen, die Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus zu revidieren, ließen die Initiatoren des „Trauermarsches“ auch in diesem Jahr nichts unversucht, um die Schuld Hitler-Deutschlands an den von Wehrmacht und SS begangenen Kriegsverbrechen unter Hinweis auf die deutschen Opfer zu leugnen oder zu relativieren.





Der Stand der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

So ist auch in der Selbstdarstellung der o. g. „Initiative“ vom „Bombenholocaust“⁷ die Rede. Mit der sprachlichen Usurpierung des Wortes „Holocaust“ soll die Bombardierung deutscher Städte durch anglo-amerikanische Verbände mit der planmäßigen Vernichtung der europäischen Juden gleichgestellt werden.

Um derartigen Versuchen zur Verfälschung der Vergangenheit zu begegnen, gestalteten die rund 170 an der Meile der Demokratie beteiligten demokratischen Initiativen und Organisationen ein vielfältiges Programm, das Raum für eine differenzierte und kritische Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte bot. Dazu leistete auch die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt einen Beitrag. In ihrem kürzlich verfassten Leitbild bekennt sie sich zu jenen Grundwerten, die aus Sicht ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ein friedliches Zusammenleben unabdingbar sind: Freiheit, Demokratie und Toleranz. Ausgehend von diesem Selbstverständnis sucht sie an der „Entwicklung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins“ mitzuwirken, „das auf Humanität, Rationalität und Pluralismus gründet“.⁸

Nachdem sie im vergangenen Jahr erstmals auf der „Meile der Demokratie“ vertreten war, beteiligte sich die Stiftung erneut mit einem eigenen Stand, der überwiegend von Kollegen der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg betreut wurde. Fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren direkt vor Ort, darunter Gedenkstättenleiter Daniel Bohse,

Dr. Ute Hoffmann von der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg sowie Stiftungsdirektor Dr. Kai Langer. Die Stiftung stellte sich mit den dazugehörigen Gedenkstätten vor, warb für Besuche in ihren Einrichtungen und ließ Publikationen zu historischen Themen verteilen, die auf breites Interesse stießen. Direkt hinter dem Stand befand sich ein für alle Passanten der Meile offenes Zelt. Darin waren einige Tafeln aus der stiftungseigenen Ausstellung „Unter dem Hakenkreuz“ zu sehen, die auszugsweise die Entwicklung auf dem Territorium des heutigen Sachsen-Anhalt im „Dritten Reich“ beleuchteten.⁹ Während der gesamten Dauer der Veranstaltung stellten sich die vor Ort anwesenden Kolleginnen und Kollegen den Fragen interessierter Bürgerinnen und Bürger. Dabei wurden auch Meinungen und Erfahrungen zu historischen und aktuellen Themen ausgetauscht.

Neben der Betreuung ihres eigenen Standes beteiligte sich die Stiftung auch an Aktionen anderer Veranstalter, die ebenfalls im Zeichen der „Meile der Demokratie“ stattfanden. Im Rahmen der gemeinsamen Kunst-Leseaktion der Stadtbibliothek in Kooperation mit dem Café Krähe der Hoffnungsgemeinde trug Stiftungsdirektor Langer Textpassagen aus den Tagebüchern des 1934 von den Nationalsozialisten ermordeten Schriftstellers Erich Mühsam vor. Darin schilderte dieser auf beklemmend schonungslose Weise seine zwiespältigen Gedanken und Empfindungen anlässlich des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren.

Darüber hinaus nahm der Stiftungsdirektor an einer mobilen Leseaktion unter dem Motto „Gedenkweg ‚Die rote Stadt im roten Land wird braun‘“ teil, die gemeinsam von Stadträten und Kommunalpolitiker/innen aller Fraktionen, städtischen Angestellten, der Arbeitsgruppe „Gedenkjahr 2013“, dem Bündnis gegen Rechts, dem DGB, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Volkshochschule Magdeburg und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt gestaltet wurde. Bei der Aktion handelte es sich um einen mehrstündigen Stadtrundgang, der an Magdeburger Kommunalpolitiker erinnerte, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zum Opfer fielen. An verschiedenen Stationen wurde aus dem Magdeburger Biographischen Lexikon sowie aus Schriften der betreffenden Politiker gelesen. In diesem Zusammenhang erinnerte Kai Langer an das Wirken des ehemaligen Oberbürgermeisters Ernst Reuter und verlas an der Ecke Ernst-Reuter-Allee / Willy-Brandt-Platz einen Text Reuters, den dieser unter dem Eindruck der bevorstehenden Reichstagswahl am 6. November 1932 in einer Zeitschrift des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ veröffentlicht hatte.





Die Ausstellung im Inneren des Zeltes

Als eigenständige Akteurin und Partnerin der demokratischen Zivilgesellschaft wird sich die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt auch künftig an Veranstaltungen beteiligen, die sich gegen demokratiefeindliche Tendenzen in unserer Gesellschaft und die Verfälschung historischer Tatsachen richten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Das Bündnis stellt sich vor, online unter <http://bgrmagdeburg.wordpress.com/uber/> [Stand: vom 31.01.2014].
- 2 Aufruf zum 18. Januar 2014, online unter <http://bgrmagdeburg.wordpress.com/aufruf-zum-januar/> [Stand vom 04.02.2014].
- 3 Vgl. Tausende demonstrieren gegen Neonazis, online unter http://www.volksstimme.de/aboservice/volksstimme.de_newsletter/1211423_Tausende-demonstrieren-gegen-Neonazis.html [Stand vom 31.01.2014].
- 4 Ebenda.
- 5 Wir über uns ... und was wir wollen, online unter http://www.gedenkmarsch.de/magdeburg/?page_id=3 [Stand vom 31.01.2014].
- 6 Ebenda.

- 7 Ebenda.
- 8 Leitbild der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, online unter <http://www.stgs.sachsen-anhalt.de/geschaeftsstelle-der-stiftung-gedenkstaetten-sachsen-anhalt/leitbild-der-stiftung-gedenkstaetten/> [Stand vom 31. 01. 2014].
- 9 Gegenwärtig arbeiten die Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus an einer Nachfolgeausstellung, die die bisherige Exposition ablösen und an verschiedenen Standorten in Sachsen-Anhalt zu sehen sein wird.



Veranstaltungen am 27. Januar 2014 in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus

Melanie Engler / Ellen Fauser / Ute Hoffmann / Michael Viebig

Am 3. Januar 1996 erklärte der damalige Bundespräsident Roman Herzog den 27. Januar eines jeden Jahres zum offiziellen Tag des Gedenkens der Bundesrepublik Deutschland an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Datum erinnert an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, dem Symbol nationalsozialistischer Vernichtungspolitik, am 27. Januar 1945. Am Nachmittag dieses Tages erreichten Einheiten der Roten Armee das Konzentrationslager Auschwitz; sie mussten ebenso wie die alliierten Truppen der englischen und amerikanischen Streitkräfte bei der Befreiung der Konzentrationslager Bergen-Belsen, Neuengamme und anderer Stätten der Vernichtung feststellen, dass das Grauen unbeschreiblich war und die Realität jegliche Vorstellungskraft übertraf.

In der **Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin** fand in diesem Jahr die zentrale Gedenkveranstaltung des Landes Sachsen-Anhalt statt, zu der Landtag und Staatskanzlei gemeinsam eingeladen hatten. Mehr als 150 Personen, darunter Angehörige ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers Lichtenburg, Vertreterinnen und Vertreter von Opferverbänden und Erinnerungsinstitutionen sowie Abgeordnete und Regierungsmitglieder, versammelten sich zunächst im ehemaligen „Bunker“, der als Ort der Bestrafung und des verschärften Arrests unweigerlich mit der Geschichte des Konzentrationslagers Lichtenburg verbunden ist. Szenisch adaptiert, rezitierten Katja Kase, Luisa Kaufmann, Sophia Weisbach und Ernst Hamann, Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Jessen, zwei Gedichte von Gustav Hammermann, der von April 1935 bis März 1936 im KZ Lichtenburg inhaftiert war. Sie unterstrichen damit die Worte des Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff, der in seiner Gedenkansprache betonte, dass Orte wie die Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin notwendig seien, um die Erinnerung an die NS-Verbrechen wach zu halten. Vor den Türen der ehemaligen Arrestzellen wurden im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus Kränze und Gebinde niedergelegt. Superintendent Christian Beuchel, Ordinariatsrat Thomas Kriesel und Landesrabbiner Meir Roberg sprachen christliche und jüdische Gebete.



Franziska Seßler während ihrer Ansprache am 27. Januar in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Die sich daran anschließende Gedenkstunde im Dokumentationsgebäude der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin wurde von Franziska Seßler eröffnet, die über das Leben ihrer Urgroßmutter Lina Haag reflektierte. Als kommunistische Widerstandskämpferin wurde Lina Haag von den Nationalsozialisten unter anderem im KZ Lichtenburg inhaftiert. Franziska Seßler hatte sich im Rahmen ihrer Bachelorarbeit im Fach Mediendesign mit der Lebensgeschichte ihrer Urgroßmutter auseinandergesetzt und ein Ausstellungsobjekt entwickelt, das unter dem Titel „Das Vermächtnis von Lina Haag. Ein dialektisches Ausstellungskonzept“ deren 105 Lebensjahre porträtiert.¹ Seßler verwandte sich in ihrer Ansprache gegen die Reduktion einer Biographie auf die Zeit des Nationalsozialismus, vielmehr könne man gerade durch die Darstellung einer Lebensgeschichte in ihrer Gesamtheit Empathie erzeugen. Als Urenkelin Lina Haags steht sie zugleich für die inzwischen dritte Generation, die jenen folgt, die den Nationalsozialismus selbst erleben mussten, und macht auf eindrückliche Art deutlich, wie sehr sie von der Lebensgeschichte ihrer Urgroßmutter geprägt wurde und wie Geschichte innerhalb einer Familie tradiert wird.

Landtagspräsident Detlef Gürth setzte sich in seiner Rede mit der Zukunft der Erinnerung auseinander und betonte, dass es unsere Aufgabe sei, der Verantwortung, die sich aus dem Vermächtnis der deutschen Vergangenheit ergebe, gerecht zu werden.



Judith Kruder und Ina Friebe in der Gedenkstätte Bernburg (von links)

Vor dem Hintergrund des unaufhaltbaren Ablebens der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen würden die Gedenkstätten als historische Orte der NS-Verbrechen und als Orte der Erinnerung in den kommenden Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen.

Prof. Dr. Andreas Nachama, geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, ging im Anschluss daran auf die Rolle unabhängiger Gerichte in einer Demokratie ein, die seiner Auffassung nach zu den wichtigsten Elementen einer demokratischen Grundordnung gehören. Die fehlende Trennung von Judikative und Exekutive hätte der nationalsozialistischen Regierung Handlungsspielräume eingeräumt, ohne dass diese einer Institution gegenüber Rechenschaft ablegen musste.

Die Veranstaltung wurde musikalisch von Schülerinnen und Schülern des Jessener Gymnasiums begleitet, die unter Leitung von Udo Sommer einen würdevollen Rahmen schufen.

In der **Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg** gestalteten Ina Friebe, Mitglieder des Ensembles Theatrum Hohenerxleben und Musiker vom Kammerorchester Schönebeck ein musikalisch-literarisches Programm zum Thema „Erinnerung“. Unter dem Titel „Es bleiben Dein Name und Dein Bild“ stellten sie die Biographien von vier Opfern der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg vor und setzten deren jeweiliges Lebens-



Kranzniederlegung im Innenhof des ROTEN OCHSEN (v.l.n.r.: Rüdiger Thiele, Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt; Prof. Dr. Angela Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung; Michael Viebig, Gedenkstätte ROTER OCHSE; Egbert Geier, Bürgermeister der Stadt Halle; Prof. Dr. Claudia Dalbert MdL)

umfeld in Gedichte und Musik um. Eingebettet in Bühnenbild und Licht, reichte das Spektrum von Kaffeehaus bis Klezmer. Anlass für dieses Thema war der Umstand, dass viele Angehörige auf Grund der Falschbeurkundungen nichts über den tatsächlichen Verbleib der Familienmitglieder wussten. Gleichzeitig zog der Umstand geistiger Behinderung bzw. psychischer Erkrankung in den Familien oft ein Schweigen über die betroffenen Personen nach sich, das erst durch folgende Generationen gebrochen wurde. Von vielen Opfern sind nur wenige Eckdaten der Biographie überliefert, manchmal noch weniger, nämlich nur der Name. In wenigen Fällen ist es trotz aller Bemühungen nicht möglich, den endgültigen Verbleib eines Menschen zu klären. All das wirft die Frage auf, was von den Toten bleibt – für die Familien und für die Gesellschaft.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine Kranzniederlegung im ehemaligen Krematorium, wo auch in diesem Jahr weitere zwei Bilder von Opfern der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg angebracht wurden.

Fast 100 Gäste ehrten in der **Gedenkstätte ROTER OCHSE (Halle)** die im Zuchthaus Halle inhaftierten und hier ermordeten Menschen. Bürgermeister Egbert Geier spannte in seiner Rede einen Bogen von der gesellschaftlichen Verantwortung für die Wahrnehmung geschicht-



Schüler bei der Führung auf dem Gelände der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

licher Ereignisse hin zur notwendigen Aufmerksamkeit für die heute immer weiter bis in die Mitte der Gesellschaft drängenden rechtsradikalen Kräfte, denen es bürgerschaftliches Engagement entgegenzusetzen gelte. Gemeinsam mit der Ministerin für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, Frau Prof. Dr. Angela Kolb, legten Mitglieder der im halleischen Stadtparlament vertretenen Parteien und Bündnisse, Landtagsabgeordnete, Mitarbeiter von Landes- und städtischen Behörden sowie Bürger der Stadt Blumen und Kränze nieder.

Im Anschluss an die von der Stadt Halle (Saale) und der Gedenkstätte gemeinsam organisierten Veranstaltung erfolgte die Eröffnung der Ausstellung „Deserteure und andere Verfolgte der NS-Militärjustiz: Die Wehrmachtgerichtsbarkeit in Hamburg“ mit einem Fachvortrag von Lars Skowronski (Landsberg), Mitautor der im Auftrag der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Hamburg erarbeiteten Ausstellung. Die in der Ausstellung gezeigten Dokumente und Fotos belegen das Wirken einer ganzen Reihe von Wehrmachtgerichten in der Hansestadt, die Funktion der Richtstätte im Untersuchungsgefängnis sowie das Zusammenspiel zahlreicher kommunaler und universitärer Einrichtungen bei der Verfolgung und Ermordung Nichtangepasster in der Nazizeit. Dabei gibt es zahlreiche Berührungspunkte zur Region, so auch in dem Fall des 1922 in Halle (Saale) geborenen Oberleutnants Hans-Rainer Möllmann², den der Redner in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte.

Auf dem Gelände der **Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge** bereiteten Schüler der 12. Klassen des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums Halberstadt bereits zum sechsten Mal unter dem Titel „Wir nehmen Euch an die Hand“ eine Gedenkveranstaltung von Schülern für Schüler vor. Im Rahmen einer mittlerweile zu einer guten Tradition gewordenen Einladung erklärten die 18-Jährigen den 11-Jährigen und deren Eltern ihr Anliegen: „Da die Stimme der ehemaligen Häftlinge beginnt schwächer zu werden, liegt es nun also an uns, neue Formen des Gedenkens zu finden, um die Erinnerung an die Geschehnisse zur Zeit des Nationalsozialismus zu bewahren. Deshalb wird diese Gedenkveranstaltung von Schülern für Schüler vorbereitet.“

Jeder der Zwölfklässler führte einen oder mehrere Schüler der 5. Klassen seiner Schule über das Gelände und erklärte, was geschehen war und was von diesem Geschehen heute noch zu sehen ist. Auch wenn es die eine oder andere thematische Abschweifung gab, waren alle mit großem Ernst bei der Sache. Der Abschluss des Rundgangs fiel zeitlich mit der Kranzniederlegung an den Massengräbern auf dem Mahnmalbereich zusammen, so dass die Schüler beider Klassenstufen teilnehmen konnten. Und für die Jüngeren unter ihnen ergab sich so die Möglichkeit, nicht nur etwas über die Vergangenheit zu erfahren, sondern auch darüber, wie man damit umgeht und dass dieser Umgang auch ganz unterschiedliche Formen haben kann.

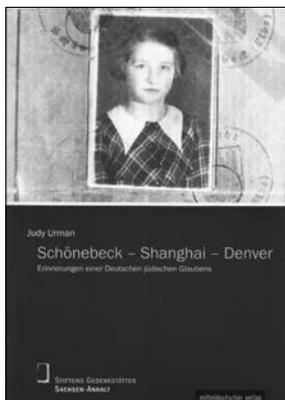
Die Gedenkveranstaltung fand am Abend ihre Fortsetzung mit der Vorführung des preisgekrönten Films „Das große Heft“ von János Szász nach dem Roman von Ágota Kristóf, der sich zahlreiche Interessenten in den Räumen der Moses-Mendelssohn-Akademie Halberstadt ansahen. Der Film, der seit dem 7. November 2013 in den Kinos war, beschreibt die psychischen Folgen des Erlebens von Kriegsgeschehen am Beispiel zwölfjähriger Kinder.

Anmerkungen

- 1 Die Sonderausstellung „Das Vermächtnis von Lina Haag. Ein dialektisches Ausstellungskonzept“ war vom 28. Januar bis zum 7. März 2014 in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin zu sehen.
- 2 Das Gericht der Wehrmachtkommandantur Hamburg verurteilte Möllmann am 3. April 1945 wegen unerlaubter Entfernung und dabei begangener Urkundenfälschung zum Tode. Die Exekution erfolgte einen Tag später auf dem Standortschießplatz Höttigbaum, der Leichnam wurde auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf bestattet.



Rezensionen



„Schönebeck – Shanghai – Denver“ von Judy Urman – eine Neuerscheinung in der Schriftenreihe Biographien, Erinnerungen, Lebenszeugnisse der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Kai Langer

Am 6. März 2014 fand in den Räumen des Schalom-Hauses in Schönebeck eine Buchpräsentation statt, zu der die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und der Mitteldeutsche Verlag gemeinsam eingeladen hatten. Bevor die Magdeburger Schauspielerin und Moderatorin Vera Feldmann aus den Erinnerungen der in Magdeburg geborenen und in Schönebeck aufgewachsenen Jüdin Judy Urman (geborene Jutta Lübschütz) las, eröffnete Dr. Kai Langer als Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt die Veranstaltung mit folgenden Worten:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Schumann,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
in meiner Eigenschaft als Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt darf ich Sie herzlich begrüßen zur Vorstellung des kürzlich in unserer Schriftenreihe *Biographien, Erinnerungen, Lebenszeugnisse* erschienenen Buches „Schönebeck – Shanghai – Denver“ von Judy Urman.

Dass wir dieses Buch nicht - wie eigentlich üblich - in einer der Gedenkstätten unserer Stiftung präsentieren, sondern hier in Schönebeck, hängt mit der Lebensgeschichte der Autorin zusammen, die von hier ihren Ausgang nahm.

Judy Urman ist in Schönebeck keine Unbekannte. 1927 als Jutta Lübschütz zur Welt gekommen, bewohnte sie zusammen mit ihren Eltern und ihrer Schwester Ruth eine Wohnung in der Friedrichstraße. Ihr Vater Julius Lübschütz sowie ihr Onkel Georg Marcus betrieben hier gemeinsam eine Sackgroßhandlung im Breiteweg.

Als die Nationalsozialisten 1933 die Macht übernahmen, brach für die Familie Lüb-schütz eine furchtbare Zeit an. Als Juden waren sie in zunehmendem Maße betroffen von Diskriminierung und Hetze, von Ausgrenzung und Gewalt. Die Familie musste ihre Wohnung verlassen, die ältere Schwester Ruth ihre Schulausbildung abbrechen. Bekannte und Nachbarn wandten sich ab.

Auch Schönebeck blieb nicht verschont von der sich ausbreitenden antisemitischen Pogromstimmung. „Der Jude ist ein Parasit am Volkskörper. Wo der Jude ist, gehen Völker zugrunde.“, heißt es in einem 1934 von örtlichen Nationalsozialisten verbreiteten Hetzblatt, das sich an Personen richtete, die in jüdischen Geschäften einkauften. Mit der sogenannten Kristallnacht am 9. November 1938 erreichte die Gewalt gegen jüdische Männer, Frauen und Kinder in ganz Deutschland einen vorläufigen Höhepunkt. Sie machte auch vor der Schönebecker Synagoge, in deren historischen Räumen die heutige Veranstaltung stattfindet, nicht halt. Judy Urman berichtet aus eigener Anschauung von der Schändung des Gotteshauses und den darin angerichteten Zerstörungen. Darüber hinaus beschreibt sie aber auch die abenteuerlichen Umstände ihrer erzwungenen Ausreise, die sie zunächst bis Shanghai führte. Dort warteten neuerliche Re-pressalien auf die Flüchtlinge, diesmal jedoch durch die mit Deutschland verbündeten japanischen Besatzer. Erst 1948 hatte sie die Möglichkeit, das chinesische Exil zu verlassen. Zusammen mit ihrem aus Österreich stammenden Mann Ernst Urman reisten sie zunächst in den neu gegründeten Staat Israel aus. 1952 ließ sich das Paar in den USA nieder, wo sie eine neue Heimat fanden.

Ihre in Deutschland zurück gebliebene Schwester Ruth hat den Terror der Nazis leider nicht überlebt. 1942 wurde sie mit ihrem Ehemann und ihren Kindern aus Hamburg nach Theresienstadt deportiert. Ab Oktober 1944 verliert sich ihre Spur in Auschwitz. Insgesamt 43 Bürgerinnen und Bürger aus Schönebeck wurden umgebracht, weil sie Juden waren. Ihre Namen sind nicht vergessen.

1987 hat Judy Urman ihre Heimatstadt erstmals wieder besucht. Nach der Wiedervereinigung war sie hier mit ihrem Mann Ernst gleich mehrfach zu Gast. Während eines Aufenthalts 1991 stifteten sie einen Preis, der dem Andenken an ihre Schwester Ruth Lüb-schütz gewidmet ist. Der Urman-Preis wird an Schülerinnen und Schüler des Alt-kreises Schönebeck verliehen, die einen Beitrag zur Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus geleistet haben. Die diesjährige Preisverleihung steht für den 11. April bevor und wird ebenfalls in diesen Räumlichkeiten stattfinden.

Außerdem wird eine Gruppe Schönebecker Jugendlicher und Erwachsener mit Unterstützung des Kultusministeriums, des Landesschulamtes, der Stadtwerke Schönebeck und anderer Unterstützer noch in diesem Monat in Richtung USA aufbrechen, um Frau Urman in Denver zu besuchen. In ihrem Gepäck werden sie auch das noch druckfrische Buch mit sich führen.

In „Schönebeck – Shanghai – Denver“ berichtet die inzwischen 86-Jährige auf eine erstaunlich zurückgenommene Weise über das, was ihr und ihrer Familie an schwerstem Unrecht widerfahren ist. Da Frau Urman unserer Einladung leider nicht Folge leisten konnte, um selbst aus ihren Erinnerungen vorzulesen, wird ihr Vera Feldmann – die Sie vielleicht schon bei anderer Gelegenheit als Schauspielerin, Kabarettistin oder Moderatorin kennengelernt haben – die Stimme leihen.

Bevor es gleich so weit ist, möchte ich einige kurze Zeilen verlesen, die Frau Urman aus Anlass des heutigen Abends verfasst hat:

„Ich wünsche Ihnen guten Erfolg zu der Buchvorstellung und danke Ihnen sowie Frau Meldau, Herrn Hille und allen, die damit verbunden sind. Ich bin sehr erfreut über die Herausgabe des Buches. Mein Mann und ich besuchten das Gymnasium jedes Mal, wenn wir in Schönebeck waren. Während eines Besuches bat Dr. Weigel mich, ein Buch über unser Leben in Deutsch zu schreiben. So entstand das Buch.“

Dem Dank an Frau Meldau und Herrn Hille schließe ich mich ausdrücklich an. Sie haben das Buchprojekt nicht nur initiiert, sondern auch den Kontakt zu Frau Urman hergestellt.

Selbstverständlich möchte ich es nicht versäumen, auch der Autorin zu danken, die uns ihr Manuskript vertrauensvoll zur Veröffentlichung überlassen hat. Sie hat es ihrem Ehemann Ernst Urman gewidmet, der leider im vergangenen Jahr verstorben ist. Da sie eine Video-Aufzeichnung der Veranstaltung erhält, möchte ich Sie von hier aus herzlich grüßen.

In meinen Dank möchte ich alle einschließen, die zum Zustandekommen des Buches beigetragen haben.

Besonders bedanken möchte ich mich bei Frau Dr. Hoffmann und Herrn Dr. Mieke, die den Text stilistisch behutsam bearbeitet und zum besseren Verständnis mit historischen Erläuterungen versehen haben.

Unterlagen und Fotos haben uns dankenswerterweise das Stadtarchiv und das Salzmuseum Schönebeck zur Verfügung gestellt, das Stadtarchiv Magdeburg, das

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, das United States Holocaust Memorial Museum Washington, das Wiener Stadt- und Landesarchiv, der Verlag PHARUS-Plan Berlin sowie Horst Peter Eisenfelder, der als junger Mann ebenfalls nach Shanghai emigrierte. Natürlich gilt mein Dank dem Mitteldeutschen Verlag Halle – stellvertretend den Herren Pliske und Dr. Fricke – für das wissenschaftliche Lektorat, die wunderbare Gestaltung, die unserer biographischen Schriftenreihe ein unverwechselbares Gesicht verleiht, aber auch für die professionelle Herstellung und Vermarktung. Mit dem aktuellen Titel möchten wir als Stiftung eine längerfristige Zusammenarbeit mit dem MDV begründen, aus der hoffentlich noch viele spannende Projekte erwachsen werden.

Schließlich danke ich der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde Schönebeck, die uns das Schalomhaus für die heutige Buchvorstellung zur Verfügung gestellt hat. Kein anderer Ort ist dafür besser geeignet als dieser.

Last but not least danke ich Ihnen für Ihr Kommen und Ihr Interesse. Ich wünsche uns einen interessanten Abend und unserem Buch viele Leserinnen und Leser (nicht nur in Schönebeck). Im Anschluss an die heutige Lesung haben Sie die Möglichkeit, es sich noch heute zu beschaffen – ansonsten stehen die örtlichen Buchhandlungen wie auch der Verlag als Bezugsquellen zur Verfügung.

Doch zunächst wünsche ich uns allen eine interessante Lesung mit Vera Feldmann!

Das Buch ist erhältlich zum Preis von 9,95 € in der Geschäftsstelle der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, in der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg, beim Mitteldeutschen Verlag und kann über alle Buchhandlungen bestellt werden:

Judy Urman: **Schönebeck – Shanghai – Denver.** Erinnerungen einer Deutschen jüdischen Glaubens, Herausgegeben von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Band 2 der Schriftenreihe Biographien, Erinnerungen, Lebenszeugnisse, mdv Halle 2014

128 S., Br., 148 × 210 mm, mit s/w-Abb.

ISBN 978-3-95462-223-8



Alexander Bastian: Repression, Haft und Geschlecht. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit Magdeburg-Neustadt 1958-1989

Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2012

Rezensiert von Alexander Sperk

Andersdenkende und Gegner des SED-Staates inhaftierte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in eigenen Untersuchungshaftanstalten (UHA). Die Vorwürfe lauteten versuchter oder vollendeter illegaler Grenzübertritt, staatsgefährdende Propaganda und Hetze, Militär- und Wirtschaftsspionage oder Verleiten zum Verlassen der DDR. Solche „Vergehen“ machten die Häftlinge zu „Staatsfeinden“. In den MfS-UHA erfuhren Häftlinge sowohl psychische als auch physische Repressionen. Zielgerichtete Maßnahmen während der Untersuchungshaft (U-Haft) waren körperliche Gewalt, Isolation sowie systematischer Schlafentzug in Verbindung mit Dauerverhören. Während der U-Haft gewährte das MfS die in der DDR bestehenden Rechte entweder gar nicht oder nur unter ermittlungstaktischen Erwägungen. Die Untersuchungshaft beim MfS war eines der bedeutendsten Instrumente, um Gegner des SED-Regimes zu verfolgen bzw. auszuschalten und damit den Fortbestand der DDR zu sichern.

Auch im Magdeburger Stadtteil Neustadt gab es eine solche MfS-UHA, die für den Bezirk Magdeburg zuständig war. Hier arbeiteten die MfS-Abteilungen IX (Untersuchungsorgan) und XIV (Haftvollzug). Heute befindet sich auf diesem Gelände am Moritzplatz eine Gedenkstätte.

Vor 1990, aber insbesondere nach Öffnung der MfS-Akten, erschienen zahlreiche Publikationen zur politischen Haft in der DDR und im Speziellen zu früheren Untersuchungshaftanstalten des MfS in den Bezirken. Diese Veröffentlichungen haben zu grundlegenden Forschungsergebnissen hinsichtlich der politischen Repression in der DDR geführt. Das Thema gilt inzwischen als eines der am besten erforschten. Was die hier zu besprechende Studie von Alexander Bastian – im Sommer 2010 an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg als Dissertation angenommen – von diesen

Werken abhebt, ist der geschlechterspezifische Forschungsansatz. Denn neben der Tatsache, dass mit dem Buch die erste geschlossene Darstellung der Magdeburger Untersuchungshaftanstalt vorliegt, ist wissenschaftlich von großer Bedeutung, dass Bastian erstmalig zum Thema insbesondere die Beteiligung von Frauen am Repressionsapparat analysiert (S. 196–277) und gleichzeitig den Umgang mit männlichen und weiblichen Häftlingen in der Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt untersucht (S. 278–351).

Dieser Ansatz zielt auf ein Forschungsdesiderat. Bisherige Publikationen zum MfS grenzten die Frage nach Geschlecht und Mittäterschaft von Frauen weitgehend aus. Zwar war das MfS eine Männerwelt. Im Jahr 1988 lag der Anteil von Frauen im Ministerium bei 18 %. Lediglich 1,8 % der Abteilungsleiter- und 4,8 % der Referatsleiterstellen waren von Frauen besetzt.¹ Dennoch trugen sie zum Erhalt des Repressionsapparates bei, waren Täterinnen in der SED-Diktatur. Dies verdeutlicht Bastian am Beispiel der Aufseherinnen in der MfS-UHA Magdeburg-Neustadt. Die Häftlinge nahmen die Frauen als härter, strenger und brutaler als ihre männlichen Kollegen wahr. Trotzdem besaßen sie nicht dieselben Aufstiegsmöglichkeiten wie sie. Bastian gelingt es durch die Untersuchung des männlichen und weiblichen Personals, persönliche und dienstliche Merkmale herauszuarbeiten. Das ist eine wichtige Ergänzung der bisherigen Forschungen. Auch bei der geschlechtsspezifischen Analyse der Häftlinge in Magdeburg präsentiert der Autor wichtige Ergebnisse zur Anzahl von Männern und Frauen in der U-Haft, zu Straftatbeständen, zu Behandlungsweisen von männlichen und weiblichen Untersuchungshäftlingen oder zur Dauer der Untersuchungshaft, aber auch zu sozialen Hintergründen wie Beruf und Arbeit. So stellt Bastian u.a. fest, dass weibliche Häftlinge gemessen an der Gesamtzahl der Inhaftierten gegenüber Männern immer deutlich in der Minderzahl waren, dass Frauen verhältnismäßig häufiger wegen Spionage verurteilt wurden als Männer und dass Frauen im Verhältnis zu Männern im Durchschnitt eine längere U-Haft ertragen mussten. Die im Anhang befindlichen 34 Tabellen (S. 390–414) untermauern die Ausführungen im Detail.

Letztlich eröffnet Bastians Verknüpfung von Forschungsansätzen aus der Genderforschung mit solchen der Sozial- und Kulturgeschichte neue Fragestellungen, die über den institutionsgeschichtlichen Zugang der bisherigen Forschung zum Untersuchungshaftvollzug des MfS hinausgehen. Nicht umsonst erhielt die Studie im November 2011 als beste Dissertation den Förderpreis für Forschung im Bereich Frauen- und Ge-

schlechterforschung in Sachsen-Anhalt. In der Laudatio heißt es dazu: „Seine Arbeit stellt einen wichtigen Beitrag zur Grundlagenforschung der DDR-Geschichte dar. Nach Einschätzung der Jury entdeckt der 30-Jährige in einem Feld, das bis dahin gänzlich genderneutral oder durch (positive) Vorurteile gegenüber Frauen bestimmt war. Die spezifische Art der Auswahl und Bearbeitung der Quellen, die er entwickelt hat, lassen Genderfragen erst hervortreten.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Anmerkung

- 1 Vgl. Der Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, MfS, HA KuSch, Nr. 238, Bl. 22.

Autoren

Michael C. Bienert ist Geschäftsführer der Stiftung Ernst-Reuter-Archiv. | **Melanie Engler** ist Leiterin der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. | **Ellen Fauser** ist Mitarbeiterin der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Ulrike Groß** ist Mitarbeiterin der BSTU-Außenstelle Magdeburg. | **Dr. Ute Hoffmann** ist Leiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg und der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Benjamin Kant** ist Geschäftsführer der Zeitreise-Manufaktur. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Sebastian Merkel** ist Student im Masterstudiengang Geschichte an der Universität Hamburg. | **Jana Müller** ist Sozialarbeiterin im Alternativen Jugendzentrum Dessau e. V. | **Georges Petit** ist ein Überlebender des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Dr. Alexander Sperk** ist Mitarbeiter der BSTU-Außenstelle Magdeburg | **Reiner Trautmann** ist Mitarbeiter der Zeitreise-Manufaktur. | **Michael Viebig** ist Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | Markuc Wegewitz studiert im Masterstudiengang an der Universität Jena.

Fotonachweis

Titel: Schloss Lichtenburg Prettin, Sammlungsbestand der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin | S. 2, 10: Sammlungsbestand der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge | S. 7: Landesarchiv Berlin, E Rep. 200-21, Nr. 84 | S. 13: Landesarchiv Berlin, E Rep. 200-21, Nr. 88 | S. 15: Landesarchiv Berlin, E Rep. 200-21, Nr. 152 | S. 21, 31: Archiv des AJZ Dessau e. V. | S. 24, 27: Privatbesitz Gabriel Bach | S. 34: Privatarchiv Dr. Kai Langer, Magdeburg | S. 41: www.free-notes.net | S. 54: Universitätsbibliothek Bergen, Krigstrykksamling Ms 1611.51, online unter <https://digitalt.uib.no/bitstream/handle/1956.2/2865/Advarsel.pdf> [Stand 15. 03. 2014] | S. 57: Bundesarchiv, R 3017/14201, VGH/Z Rösland, Birger | S. 62, 63, 64, 66, 67: Archiv der Zeitreise-Manufaktur | S. 71, 73, 96: Sammlungsbestand der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge | S. 75, 76: Thomas Platow für das Landesarchiv Berlin | S. 79, 80, 81: Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt, Ref. Presse und Öffentlichkeit | S. 85, 86: Sammlungsbestand der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | S. 88, 90: Kai Langer | S. 92: Sammlungsbestand der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin | S. 94: Joachim Hennecke | S. 95: Sammlungsbestand der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Impressum

Herausgeber: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de

Redaktion: Kai Langer (verantw.) | Daniel Bohse | Gesine Daifi | Melanie Engler | André Gursky |
Ute Hoffmann | Sascha Möbius | Frank Stucke | Michael Viebig

Gestaltung | Druck: behnelux gestaltung, Halle (Saale) | eindruck Magdeburg

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: BIC: MARKDEF1810 | IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeber dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autoren die Verantwortung.

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | phone (035386) 60 99 75 | fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15.30 Uhr
Freitag 9 bis 13 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
phone (03471) 31 98 16 | fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@stgs.sachsen-anhalt.de
Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr | Freitag 9 bis 12 Uhr
jeder erste Sonntag im Monat 11 bis 16 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vorden Zwiebergen 1 | 38895 Halberstadt, OT Langenstein | phone (03941) 56 73 24 | phone/fax (03941) 30 24 8
mail: info-langenstein@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis Freitag
9 bis 15.30 Uhr | jedes letzte Wochenende (Samstag und Sonntag) in den Monaten April bis Oktober
14 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20 b | 06108 Halle | phone (0345) 22 01 337 | fax (0345) 22 01 339
mail: info-roterochse@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 10 bis 16 Uhr
jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag) 10 bis 17 Uhr sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | phone (0391) 24 45 590 | fax (0391) 24 45 599 9
mail: anmeldung-moritzplatz@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 9 bis 16 Uhr
Donnerstag: 9 bis 18 Uhr | Freitag 9 bis 14 Uhr | jeder erste Samstag im Monat 10 bis 16 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn A2 | 39365 Marienborn | phone (039406) 92 090 | fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@stgs.sachsen-anhalt.de | Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 10 bis 17 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Gruppenführungen bitten wir grundsätzlich vorher anzumelden.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
phone (0391) 244 55 930 | fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@stgs.sachsen-anhalt.de
web: www.stgs.sachsen-anhalt.de



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT